Das Soziale in Tübingen weiter denken

Sozialkonzeption für die Universitätsstadt Tübingen

08. Dezember 2014



WEEBER+PARTNER

Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Stuttgart/Berlin 2014

Das Soziale in Tübingen weiter denken

Sozialkonzeption für die Universitätsstadt Tübingen

08. Dezember 2014

Dipl.-Ing. Antje Fritz Sebastian Graf M.A. Prof. Dr. Rotraut Weeber Mitarbeit Sozialstrukturanalyse: Dipl.-Volksw. Dipl.-Soz.Päd. Iris Sadlowski

Im Auftrag des Fachbereichs Familie, Schule, Sport und Soziales im Dezernat 01 (Erste Bürgermeisterin)

WEEBER-PARTNER

Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Mühlrain 9 70180 Stuttgart, Tel. 0711 62009360 wpstuttgart@weeberpartner.de Emser Straße 18 10719 Berlin, Tel. 030 8616424 wpberlin@weeberpartner.de www.weeberpartner.de

Inhaltsverzeichnis

Kurz	fassung	1
1 Au	ufgabe und Vorgehen Zur Sozialkonzeption der Stadt Tübingen – Das Soziale weiter	7
	denken	7
1.2	Bausteine	8
2 Sc	ozialraumanalyse	11
2.1	Steckbriefe	12
2.2	Daten zum Vergleich der Sozialräume	55
2.3	Handlungsbedarf nach Sozialräumen	62
3 Ha	andlungsfelder	69
3.1	Familie, Kinder und Jugendliche	69
3.1.1	Situation und Planungen	69
3.1.2	Aufgaben und Ziele	71
3.2	Ältere Menschen	75
3.2.1	Situation und Planungen	75
3.2.2	Aufgaben und Ziele	77
3.3	Armut, Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit, Flüchtlinge	80
3.3.1	Armut	80
	Flüchtlinge – mehr Priorität als bisher	85
3.3.3	Von Wohnungslosigkeit bedrohte und betroffene Menschen	87
3.4	Menschen mit Behinderungen	88
	Situation und Planungen	88
	Aufgaben und Ziele	90
	Menschen mit Krankheiten, Menschen in Krisensituationen	92
	Situation und Planungen	92
3.5.2	Aufgaben und Ziele	95
	eitlinien zur Weiterentwicklung des Sozialen in Tübingen und ichtige Aufgaben	99
5 St	euerung, Struktur und Finanzierung	113
5.1	Förderungspraxis in Tübingen	113
5.2	Zuschüsse des Landkreises	118
5.3	Wie machen es andere?	120
5.3.1	Wie wohlhabend ist Tübingen im Vergleich mit anderen Städten in Baden-Württemberg?	120
5.3.2	Methoden und Kriterien bei der Vergabe von Zuschüssen in anderen Kommunen	121
5.4	Empfehlungen für die Förderbereiche sozialer Angebote in Tübingen	123
	ang Sozialraumkarten	I-XV
Anla	ge: Ergebnisse aus der Online-Erhebung	

Die Tübinger Sozialkonzeption - Das Soziale weiter denken

Kurzfassung

Grundlage für die Weiterentwicklung der sozialen Angebote und sozialräumlichen Strukturen in Tübingen

Welche Schwerpunkte sollen der zukünftigen Arbeit im sozialen Bereich zugrunde gelegt werden? Mit welchen Herangehensweisen kann mit den Bemühungen mehr Wirkung erreicht werden? Um diese Fragen zu beantworten, wurden die Angebote und Bedarfe sozialer Arbeit differenziert für Zielgruppen und Stadtteile untersucht und eine Konzeption zur Weiterentwicklung des Sozialen in Tübingen entwickelt. Sie wird den Gemeinderat der Stadt Tübingen dabei unterstützen, die Förderschwerpunkte im sozialen Bereich zu bestimmen. Insbesondere mit dem Kartenund Zahlenwerk der sozialräumlichen Analyse, auch mit den empfohlenen Kriterien und Verfahren zur Förderung liefert sie neues Handwerkszeug, um Qualitäten und Standorte sozialer Angebote und Dienste besser einzuschätzen und Förderentscheidungen zu vereinfachen.

Gute Strukturen und Fachplanungen für die soziale Arbeit und das soziale Engagement in Tübingen

Zur Ausrichtung und Gestaltung der sozialen Arbeit in Tübingen liegen meist aktuelle Fachplanungen oder Konzeptionen für die verschiedenen Handlungsfelder vor. Die Förderstruktur der sozialen Angebote in Tübingen ist mit guten Überlegungen und guten Traditionen der Zusammenarbeit über viele Jahre gewachsen. Es ist eine vielfältige Angebots- und Trägerstruktur entstanden. Das Interesse der Stadtgesellschaft an den sozialen Belangen und das ehrenamtliche Engagement sind groß. Dabei ist auch die Vernetzung der Beteiligten gut entwickelt. Mit dem Sozialforum und den Räumen am Europaplatz steht auch Infrastruktur für Selbsthilfe und Zusammenarbeit zur Verfügung. Weniger gut entwickelt sind die Strukturen für Bündelung und ressortübergreifende Lösungen.

Ziel: Allen Teilhabe ermöglichen, Tendenzen zur Vereinzelung und sozialer Spaltung entgegenwirken

Mit dem Sozialen ist hier das Miteinander der Tübinger gemeint. Der soziale Zusammenhalt zwischen jung und alt, arm und reich, alt eingesessen und zugezogen, usw. soll gestärkt werden. Ziel ist eine menschliche Gesellschaft, die allen Teilhabe ermöglicht, in die jeder einbezogen ist und sich auch einbringen kann, Anerkennung erfährt und bei Bedarf auch Hilfe bekommt.

Erarbeitung mit umfangreichen örtlichen Untersuchungen und Dialog mit vielen Beteiligten

Bausteine zur Erarbeitung der Sozialkonzeption waren: eine sozialräumliche Analyse differenziert nach Stadtteilen und Stadtquartieren, eine Bestandsanalyse der geförderten Angebote mit einer Online-Erhebung, eine ganztätige Zukunftswerkstatt mit über 100 Beteiligten, ein Städtevergleich zur Förderung und Steuerung sozialer Angebote, ein Workshop zu Grundsätzen der Finanzierung und Förderung, ein Feedback-Gespräch mit Vertretern des Gemeinderates, die Zusammenarbeit mit einem begleitenden Fachbeirat mit drei sehr anregenden Sitzungen.

Ansätze der Weiterentwicklung: die sozialräumlichen Potenziale und Gemeinsamkeiten in den zielgruppenbezogenen Handlungsfeldern

Die folgenden Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Sozialen in Tübingen richten sich besonders darauf,

- ► die städtebaulichen und sozialen Potenziale in den Nachbarschaften, Stadtquartieren und Stadtteilen für mehr Kontakte, Eigeninitiative und Miteinander besser zu erschließen,
- ▶ die Gemeinsamkeiten für die einzelnen Zielgruppen und Angebote stärker zu nutzen, um mehr Qualität und Wirkung zu erreichen,
- ▶ und den veränderten Problemlagen aufgrund des gesellschaftlichen und demografischen Wandels sowie der angestiegenen Zuwanderung insbesondere von Flüchtlingen gerecht zu werden.

Sie ergänzen und bündeln die dargestellten Aufgaben und Ziele in den fünf Handlungsfeldern für die unterschiedlichen Zielgruppen und bauen auf den Ergebnissen der Sozialraumanalysen auf. Sie beinhalten die Schwerpunkte zukünftiger Weiterentwicklungen über das Bestehende und bislang Geplante hinaus. Ansätze und Projekte, die bereits aus gutem Grund auf der Agenda sind, wurden nicht wiederholend dargestellt. Im Folgenden sind die wichtigsten Empfehlungen zusammengefasst.

Empfehlungen in zehn Punkten zusammengefasst

1 Kindertagesstätten und Schulen als Anlaufstellen für Familien in den Stadtteilen weiter entwickeln

Dazu gehört insbesondere:

- Weiterer Ausbau der Familientreffs in den Kindertagesstätten
- ► Fachberatung kommt auch in die Stadtteile
- ► Jugendhilfe in den Schulen anbieten, insbesondere auch in den Berufsschulen
- 2 Stärkung der Kontakte, der Initiativen in allen Handlungsfeldern und von Selbsthilfe in den Stadtteilen (Motto: man kennt sich, man interessiert sich, man kümmert sich)

Dazu gehört insbesondere:

- ► Städtebauliche Entwicklung von "Mitten" und lebendigen, inklusiven Orten in den Stadtteilen, insbesondere in WHO, Wanne, Winkelwiese, Weststadt
- ► Ausbau der Stadtteiltreffs mit örtlichen Initiativen, Bürgerengagement, Besuchsdiensten, Nachbarschaftshilfe,
- ► an Bedarfsschwerpunkten mit Stadtteilsozialarbeit und Gemeinwesenarbeit (zum Beispiel WHO, Weststadt)
- ► In diesem Rahmen wichtig: Angebote zur Gesundheitsförderung, Barrierefreiheit mit Partizipation in den Stadtteilen konkretisieren

3 Integrierte Entwicklung in Waldhäuser-Ost im Programm Soziale Stadt

Dazu gehört insbesondere:

- Vorbereitung und Antragstellung
- ► Stadtteilmanagement mit Gemeinwesenarbeit und auch aufsuchender Stadtteilsozialarbeit für die Menschen in schwierigen Lebenslagen, die nicht von sich aus Hilfen aufsuchen z.B. verwirrte alleinstehende alte Menschen, überlastete pflegende Angehörige oder Menschen jeden Alters mit Vermüllungs- und Verwahrlosungstendenzen

4 Weiterentwicklung und Ausbau der Hilfen für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sowie andere Menschen mit Assistenzbedarf

Dazu gehört insbesondere:

- ► Aktivitäten im Rahmen von 2.
- ► Ausbau des betreuten Wohnens zu Hause und von Wohn- und Pflegegemeinschaften, dies auch in den Ortschaften
- Besonderer Schwerpunkt bei den Hilfen für Menschen mit demenziellen Erkrankungen und ihre Angehörigen
- ► Entwicklungsbedarf bei der sozialräumlichen Organisation von Pflege- und Assistenzangeboten (Pilotprojekt)

5 Gezielte Bereitstellung von Mietwohnungen für Haushalte mit besonderem Wohnbedarf

Dazu gehört insbesondere:

- barrierefreie Mietwohnungen
- ▶ belegbare Wohnungen für Haushalte im Anschluss an stationäre Unterbringung und in anderen Notlagen
- ► siehe auch 8.

6 Schaffung von öffentlich geförderten Arbeitsplätzen für Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt

► Erschließung von Arbeitsangeboten in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und für den Bedarf der öffentlichen Hände

7 Ausbau der Schuldnerberatung mit allgemeiner Sozialberatung

Dazu gehört insbesondere:

- auch verstärkte Einbeziehung ehrenamtlicher Kräfte
- auch Kapazität für mit der Schuldnerberatung verbundene allgemeine Sozialberatung

8 Ausbau ganzheitlicher integrativer Hilfen für Flüchtlinge

Dazu gehört insbesondere:

- Bereitstellung kleinteiliger, dezentral gelegener Anschlussunterkünfte
- Verstärkung der Willkommensaktivitäten in Verbindung mit 2.

9 Zielgruppenübergreifende Bündelung von Angeboten

Dazu gehört insbesondere:

- Räumliche Bündelung von insbesondere kleinen Beratungsstellen, ggfs. mit Info- und Aufenthaltsbereich, um Synergien (inhaltlich, organisatorisch, räumlich) zu nutzen; zum Beispiel Tübinger Arbeitslosentreff, Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige, Verband alleinerziehender Mütter und Väter
- ► Keine Monostrukturen zum Beispiel bei der Neuordnung der räumlichen Unterbringung und Aufwertung von Beratungsangeboten und Anlaufstellen (zum Beispiel in Verbindung mit der Entwicklung am Europaplatz)

10 Qualifizierung übergreifender Aufgaben

Dazu gehört insbesondere:

- ► Begleitung und Schulung von ehrenamtlich Mitwirkenden
- ► Einwerben und beantragen von Finanzierungen (z.B: EU-Mittel)
- ► Mehr Kontinuität von Sozialberichterstattung, Evaluation und Zielvereinbarungen geförderter Projekte ermöglichen

Abläufe und Strukturen bei der Förderung freiwilliger Leistungen effektiver gestalten

- ▶ Dazu gehören insbesondere mehr Arbeitsteilung und Schwerpunktsetzungen zwischen Stadt und Landkreis. Die Stadt kann gezielt sozialraumbezogene Leistungen in der Stadt Tübingen zum Beispiel präventive Angebote der Fachberatungsstellen in den Schulen, Familientreffs oder Stadtteiltreffs ergänzend fördern und dann auch evaluieren.
- ▶ Die Steuerung der Förderung und Zusammenarbeit mit den vielen Initiativen und Diensten sollte mit Hilfe von Zielvereinbarungen verbessert werden. Dieses Instrument ist umfassender zur Ziel- und Aufgabenkonkretisierung, zur Evaluation und Weiterentwicklung zu nutzen.
- ► Mit Hilfe einer kontinuierlich fortgeschriebenen integrierten sozialräumlichen Berichterstattung sollten die Datengrundlagen zur Steuerung auf Dauer verbessert werden.

Kriterien bei Förderung und Zielvereinbarungen für die Bewertung und Weiterentwicklung sozialer Angebote

Die folgenden Kriterien zur Förderung sind Instrument zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung. Sie sind bei den Zielvereinbarungen differenziert für die jeweiligen Angebote zu interpretieren und sind keine Basis für ein schematisch anzuwendendes Punktesystem.

- ► Ehrenamt und Selbsthilfe (hier die Mitwirkung von Menschen aus der Zielgruppe) werden einbezogen.
- ► Fachberatungsstellen arbeiten auch sozialraumorientiert (informieren, Kontakte herstellen, Beratungssprechstunden, themenbezogene Gruppenangebote auch in den Stadtteilen).
- ► Drittmittel werden eingeworben und Eigenmittel eingebracht.
- Stadtteiltreffs sind inklusive Orte und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen.

- ▶ Das Verhältnis von übergreifenden Aufgaben (zum Beispiel Fortbildung, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, politische Arbeit) und direkter Hilfe für die Menschen (Beratung, Gruppenangebote, offene Angebote, Information für die Zielgruppen, schematisch: mindestens die Hälfte der Arbeitszeit) ist vertretbar.
- ► Kleinberatungsstellen und Zielgruppentreffs bilden auch räumlich einen Verbund mit anderen Angeboten.
- ► Die Angebote sind durch barrierefreie Räume, leichte Sprache, inklusive und interkulturelle Arbeitsansätze, Geschlechtersensibilität zugänglich.

1 Aufgabe und Vorgehen

1.1 Zur Sozialkonzeption der Stadt Tübingen – Das Soziale weiter denken

In Tübingen kann man bei der Sozialkonzeption auf vieles aufbauen

- ► die hohe Identifikation der Tübinger mit ihrer Stadt
- eine gut entwickelte soziale Infrastruktur in allen Handlungsfeldern
- sehr viel bürgerschaftliches Engagement
- und in fast allen Handlungsfeldern qualifizierte Fachplanungen die bei weitem noch nicht überholt sind und in denen wesentliche Ansatzpunkte für zukünftige Aufgaben bereits benannt sind.

Drei Ansatzpunkte haben wir für das Weiterdenken in unserem Auftrag mit auf den Weg bekommen:

1. Die sozialräumliche Dimension bei den Bedarfen und Hilfen stärker zu beachten.

Ausgehend von den Lebensverhältnissen in den Stadtteilen und Ortschaften sollen die Handlungsfelder im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit ganzheitlich betrachtet werden. Es gilt die Potenziale, Herausforderungen und Synergien in den Handlungsfeldern und in den Stadtgebieten zu berücksichtigen und auch eine Basis für die künftige Verortung von Hilfsangeboten zu erarbeiten. Eine solche ganzheitliche, sozialräumliche Perspektive ergänzt die Planung der stadtweiten, zentralen und auf einzelne soziale Gruppen bezogenen Angebote.

Damit werden auch die Möglichkeiten ausgelotet, mit den Hilfen näher am Lebensumfeld der Menschen zu sein. Kann man durch frühe und wohnortnahe Hilfen stärker präventiv tätig sein? Wie können Nachbarschaft und Selbsthilfe weiter gestärkt sowie Ressourcen im Umfeld der Menschen besser genutzt werden?

2. Das die Handlungsfelder Übergreifende, das Gemeinsame stärker in den Blick zu nehmen.

Die Frage nach den Gemeinsamkeiten stellt sich zunehmend,

- weil die spezialisierten Angebote für die Klienten auch unübersichtlich und schwer erreichbar werden
- ► weil immer weniger ganzheitlich geholfen werden kann (ein Klient ist z.B. nicht nur überschuldet, er hat auch ein Suchtproblem), man spricht kritisch von einer unguten Versäulung der Hilfen
- weil durch spezialisiertes Arbeiten auch Doppelarbeit und Doppelstrukturen entstehen.

3. Methoden und Kriterien für die Bestimmung der Prioritäten bei den freiwilligen Leistungen der Stadt und den Formen der Förderung zu erarbeiten.

Fast alle Projekte und Initiativen, insbesondere im Rahmen von ehrenamtlicher Arbeit, haben einen großen Wert. Jeder kann sich eine Vorstellung machen, wie schwer es für den Gemeinderat ist, zu entscheiden, wo die Mittel am besten eingesetzt sind, wo mehr ausgegeben und wo auch weniger ausgegeben werden kann. Es gibt immer ein Auf und Ab der finanziellen Rahmenbedingungen. Deshalb geht es vielmehr um Optimierung und zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Angebote und Strukturen als längerfristigen Prozess.

8 1 Aufgabe und Vorgehen WEEBER+PARTNER

1.2 Vorgehen

Sozialräumliche Analyse

Die soziale Situation wurde differenziert in den einzelnen Sozialräumen betrachtet, um zu erfahren, wo Potenziale und Herausforderungen liegen. In umfangreichen Abstimmungen wurde zunächst die Einteilung der Sozialräume und Quartiere festgelegt. Für die Analyse der sozialen Situation haben wir Daten zu ausgewählten Indikatoren – wie z.B. zur Demografie oder sozialen Lage – ausgewertet. Aber auch städtebauliche Aspekte wie Kontaktorte, Infrastruktur, Vernetzung oder Freiräume sind Teil der sozialräumlichen Beschreibung und Bewertung anhand von Steckbriefen. Grundlage waren eigene Stadtteil-Begehungen und Kartierungen sowie Einschätzungen von Menschen vor Ort und der Beteiligten an den Fachgesprächen.

Die Indikatoren im Bereich Gesundheit – Ergebnisse aus den Einschulungsuntersuchungen und verlorene Lebensjahre – haben wir für eine Beobachtung über einen längeren Zeitraum angeregt. Kleinräumig sind diese Daten aufgrund der kleinen Zahlen jetzt noch nicht aussagekräftig. Zukünftig können mehrere Jahrgänge zusammengefasst werden.

Bestandsanalyse

Um die Sicht der Akteure ausreichend zu berücksichtigen, haben wir eine Online-Erhebung, Gespräche mit Schlüsselpersonen (Vertretern der Stadtverwaltung und Landkreis) sowie Fachgespräche zu den Handlungsfeldern durchgeführt. In der Bestandsanalyse standen Fragen über aktuelle und künftige Bedarfe, Ziele, Zielgruppen, Konzeptionen und notwendige Weiterentwicklungen sowie Finanzierungen im Mittelpunkt.

In die Online-Erhebung zwischen Februar und April 2014 waren insgesamt 71 Angebote und Einrichtungen, die eine städtische Bezuschussung erhalten oder in den letzten fünf Jahren erhalten haben, einbezogen. Knapp 80% der angeschriebenen Zuschussnehmer haben sich daran beteiligt. Außerdem wurden auch weitere elf Einrichtungen, die durch den Landkreis bezuschusst werden, gebeten, einen Fragebogen auszufüllen. Auch hier liegen die Rückmeldungen mit 73% ähnlich hoch.

Das Team von Weeber+Partner hat acht Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung, des Landkreises und von Fachstellen geführt, weitere sieben Gespräche mit den Vorsteherinnen und Vorstehern aus den Tübinger Ortschaften. Zu den Handlungsfeldern und den Stadtteiltreffs fanden im Februar und März 2014 sechs Gruppengespräche mit insgesamt 49 Teilnehmenden statt.

Zukunftswerkstatt

Im Anschluss an die Datenerhebung und Bestandsanalyse fand am 10. Mai 2014 eine Zukunftswerkstatt statt, an der ca. 100 Interessierte aus Einrichtungen und Vereinen, engagierter Bürgerschaft, Politik und Verwaltung (Stadt und Landkreis) teilgenommen haben.

Es wurde darüber diskutiert, wie zukunftsfähige Lösungen für wichtige Aufgaben im Gemeinwesen aussehen können. Themen waren Chancen und Schwierigkeiten sozialräumlicher Orientierung, die Realisierung von lebendigen und attraktiven

inklusiven Orten im Stadtteil, das Zusammenwirken von Bürgerschaft, Hauptamtlichen, Wirtschaft und Stadt sowie Anknüpfungspunkte in der Bildungsförderung für mehr Chancengleichheit.

Zudem wurden in den Arbeitsgruppen über Qualitäten und Schwachstellen in den einzelnen Stadtteilen und Ortschaften für das soziale Leben sowie über Perspektiven wichtiger Aufgaben diskutiert. Fragen in Bezug auf die Handlungsfelder waren, welche Angebote wichtig und nicht mehr so wichtig sind bzw. was neu auf die Agenda kommen sollte.

Städtevergleich

Um die Förderstruktur und Bedingungen in Tübingen einzuordnen und einen Vergleich mit anderen Kommunen in Baden-Württemberg zu haben, haben wir Gespräche mit den Sozialamtsleitungen aus Esslingen am Neckar, Konstanz, Ravensburg, Reutlingen, Heidelberg und Heilbronn geführt, Unterlagen und Daten recherchiert und ausgewertet. Dabei ging es um Methoden der Schwerpunktsetzungen in der Sozialpolitik sowie der Förderung im Bereich der freiwilligen Leistungen.

Workshop zu Grundsätzen der Finanzierung und Förderung

In einem weiteren Workshop mit dem Fachbeirat und Vertreterinnen und Vertretern der bezuschussten Vereine wurde über Grundsätze der Förderung im Bereich der freiwilligen Leistungen diskutiert. Der Workshop hatte drei Fragestellungen zum Thema: Was sind Leitlinien zur Weiterentwicklung des Sozialen in Tübingen? Was sind künftig Kriterien für die Bezuschussung von Angeboten? Wie können Abläufe und Strukturen ggf. verbessert werden?

Feedback-Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderates

Bei einem Feedback-Gespräch am 21. Oktober 2014 konnte das Team von Weeber+Partner die Ergebnisse mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinderatsfraktionen diskutieren und Anregungen aufnehmen.

Begleitender Fachbeirat

Zu Beginn der Erarbeitung der Sozialkonzeption hat die Stadtverwaltung in Abstimmung mit dem Team von Weeber+Partner einen begleitenden Fachbeirat aus Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung sowie sozialer Einrichtungen und Organisationen aus Tübingen einberufen. Dieser unterstützte mit drei Sitzungen den umfangreichen Prozess und war wichtiger Ratgeber bei der Konzeption einzelner Bausteine sowie bei der Diskussion der Ergebnisse und Empfehlungen.

10 1 Aufgabe und Vorgehen WEEBER+PARTNER

2 Sozialraumanalyse

Die Orientierung an Sozialräumen ist für zukunftsweisende soziale Konzepte zur Verbesserung des Lebensumfeldes, der sozialen Infrastruktur und sozialen Dienste grundlegend und auch Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklungsplanung. Mit folgenden Inhalten wird versucht, die sozialräumlichen Charakteristika der Bevölkerung und Stadtteile zu beschreiben:

Ausgewählte Indikatoren zu den Handlungsfeldern und übergreifenden Themen beschreiben die demografische und soziale Situation und damit auch Bedarfssituationen in den Stadtgebieten. Die Sozialraumkarten und Steckbriefe veranschaulichen die Gliederung und Identität der Stadtteile und -quartiere. Die räumlich durch ihre Entstehungsgeschichte, Topografie und Bauformen zusammenhängenden Bereiche sowie die Barrieren und Verbindungen zwischen unterschiedlichen Quartieren prägen die Räume, die von der Stadtbevölkerung als Sozialräume wahrgenommen und genutzt werden. Die Infrastruktur für Einkauf, Dienstleistungen und öffentlichen Nahverkehr sowie die sozialen und kulturellen Angebote und Dienste sind über ihre Versorgungsfunktion hinaus auch Ankerpunkte für das örtliche Stadtteilleben. Die Aufenthaltsqualität und auch die informelle Kommunikation wird durch die öffentlichen Räume geprägt – Plätze, Wege, Grünanlagen, Parks und Erholungslandschaften. Nicht immer so leicht zu verorten sind die für das Stadtteilleben entscheidend wichtigen Vereine und andere bürgerschaftliche Initiativen. Identifikation, Stadtteilleben und informelle Kommunikation, die alle einbezieht, sind Schlüssel für den Zusammenhalt in einer Stadt.

Festlegung der Sozialräume und Quartiere

Bei der Festlegung der Sozialräume und Quartiere dienten die Sozialräume aus der Bildungsplanung sowie die bisherige Abgrenzung der Stadtviertel und Stadtteile als Grundlage. Nach einer Begehung und Kartierung aller 15 Sozialräume wurden die Abgrenzungen u.a. nach folgenden Kriterien angepasst:

- ► Abbild der Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner
- Entwicklungsgeschichte und Entstehungszeit (Quartiere)
- Art der Nutzung (homogene oder nutzungsgemischte Bereiche)
- ► Berücksichtigung neuer Entwicklungsbereiche (Französisches Viertel, Loretto, Mühlenviertel, Alte Weberei)

Die angepasste Abgrenzung wurde mit dem Auftraggeber und Vertretern der Fachabteilung Stadtplanung, Fachabteilung Geoinformation und EDV sowie der Abteilung Kommunales (Wahlen und Statistik) abgestimmt.

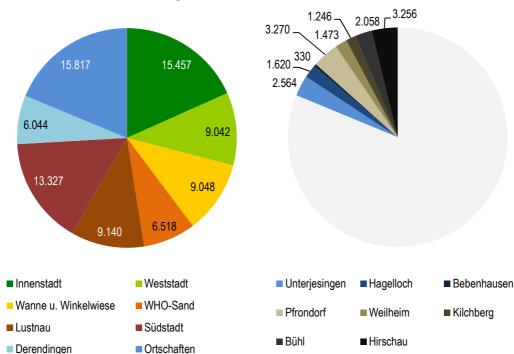
Sozialraumkarten mit folgenden Aspekten

- Quartiere nach baulicher Struktur (Entstehung, Geschichte, Nutzungen)
- ► Zentrale Bereiche: Zentren öffentlichen Lebens, Begegnungszentren, Knoten
- Merkzeichen: Markante Punkte / Besonderheiten / wichtige Orte
- ► Barrieren und Grenzen
- Wichtige Verbindungen und ÖPNV-Haltestellen
- ► Informelle Treffpunkte
- ► Freiräume: Grünräume, Bewegungs- und Erholungsräume
- ► Infrastruktur: Nahversorgungszentren, soziale Infrastruktur und Stadtteilleben (Weeber+Partner, Weiterentwicklung und Ergänzung der Methoden von Kevin Lynch zur Untersuchung der Stadtgestalt: Das Bild der Stadt, Basel 2001)

2.1 Steckbriefe

Die Steckbriefe beschreiben die 15 Sozialräume anhand von quantitativen und qualitativen Aussagen. Die qualitativen Aussagen (Vernetzung, Mobilität, Wohnen, Nahversorgung und Gastronomie, Freiraum, Stadtteilleben und Infrastruktur) beruhen auf eigenen Beobachtungen sowie Bewertungen durch Experten.

Für quantitative Aussagen und Vergleiche wurden verfügbare Daten aus den Bereichen Alters- und Haushaltsstruktur, Mobilität, sozio-ökonomische Lage, Betreuung und Bildung, Gesundheit und Wohnen ausgewertet.



Anteile der Wohnbevölkerung nach Sozialräumen

Quelle: Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.6.2013, Tübingen gesamt Wohnbevölkerung: 84.393 Grafiken: Weeber+Partner

Die größten Sozialräume im Kernstadtgebiet sind die Innenstadt und die Südstadt. Zu Stadtteilen mit mittlerer Bevölkerungszahl zählen die Weststadt, Wanne und Winkelwiese und Lustnau. Am wenigsten Menschen leben im Bereich WHO-Sand und in Derendingen. Die Ortschaften haben zusammen etwa so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie die Innenstadt. Die bevölkerungsstärksten Ortschaften sind Pfrondorf und Hirschau.

Definition Migrationshintergrund

Ermittelt mit dem Programm MigraPro aus dem Melderegister. Einwohner mit Migrationshintergrund: alle Ausländer/innen, Eingebürgerte, im Ausland geborene Deutsche sowie Aussiedler/innen. Kinder unter 18 Jahren, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat. ¹

٠

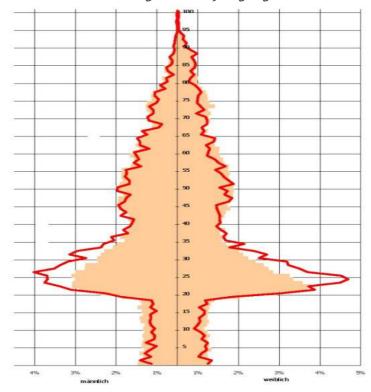
¹ Verband Deutscher Städtestatistiker – VDSt (2013): Migrationshintergrund in der Statistik – Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 2, S. 21. Als Stichtag für den Zuzug gilt der 01.01.1964.

Innenstadt (15.457 Einwohner)

Die Tübinger Innenstadt mit ihrem besonderen historischen Flair und der hohen Aufenthaltsqualität am Neckar und in der Altstadt ist ein starker Mittelpunkt für das Stadtleben. Sie ist auch der einwohnerstärkste Stadtteil Tübingens, Wohnen, Einkaufen und Aufenthalt stehen nach wie vor in enger Verbindung. Hier konzentriert sich auch ein Großteil der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Dementsprechend richten sich Aufmerksamkeit, Wege und Identifikation besonders auf die Innenstadt.

Die Innenstadt wird von allen Altersgruppen bewohnt und genutzt, allerdings sind die Wege für einige Gruppen aufgrund der Topografie (Schlossberg, Österberg) und der Pflasterung beschwerlich. Die Nutzung durch die verschiedenen Gruppen (Touristen, Studenten, Bewohner, jung und alt), Milieus und Szenen ist Motor der Lebendigkeit, aber auch Quelle von Konflikten. Neben der Altstadt gehören zur Innenstadt auch entfernter gelegene Quartiere wie Burgholz/Hennental mit Schlossberg, Österberg und Gartenstraße, überwiegend reine Wohngebiete.

Anteil der Bevölkerung im Altersjahrgang nach Geschlecht



Rote Linie: Innenstadt Orangene Fläche: Tübingen gesamt

Quelle: Universitätsstadt Tübingen, Stand: 30.06.2013

Soziale Lage der Bevölkerung in der Innenstadt

- ► In der Innenstadt leben viele junge Erwachsene zwischen 18 und 40 Jahren.
- ► Nach der Bevölkerungsprognose wächst die Einwohnerzahl.
- ► Die Fluktuation ist relativ hoch.
- ► Die **Bewohnerschaft ist heterogen**; auch hinsichtlich des Einkommens.
- ► Auffällig sind die durchweg **hohen Versorgungsquoten** für Kindertageseinrichtungen, die auch von Kindern aus anderen Stadtteilen genutzt werden.

Übersicht Innenstadt gesamt

		Innens	tadt	Tübingen	
	Einwohner absolut	15.45	57	84.393	
	Haushalte absolut	11.72	24	58.	509
	HH-größe Durchschnitt	1,32)	1,	45
gı	Prognose 2030	22.663 (+46,6%)		105.784 (+20,2%)	
l n	Trend	>			
er	Zuzüge insgesamt (2012)	3.522	22,8%	16.008	19,0%
<u> </u>	Wanderungssaldo	+313 2,02%		+905	1,07%
evölkerung	Durchschnittsalter 2013 (errechnet aus der Prognose)	38,4	9	39	,67
8	Migrationshintergrund	3.372	21,8%	18.533	22,0%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013

		Inner	stadt	Tübingen	
	SGB XII-Empfänger (Grund- sicherung, HLU, §67)	107	0,7%	734	0,9%
ه ٥ ا	Arbeitslose nach SGB II	153	1,3%*	874	1,5%*
Z 9	Arbeitslose nach SGB III	89	0,8%*	524	0,9%*
5	Familien mit Kindern, Anteil m	it verfügbare	m Einkommer	12	
ارا – او –	bis 20.400 Euro	23,	23,5%		2%
.으 눈	mit mehr als 40.000 Euro	47,5%		38,1%	
OZ Nis	mit mehr als 60.000 Euro	25,	25,5%		2%
S	Wohngeldempfänger	140	1,2%	845	1,0%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013; Bundesagentur für Arbeit, Stand 30.06.2014; * Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung (20 bis u. 65 J.)

		Inner	ıstadt	Tübiı	ngen
pu	Versorgungsquoten Kita				
n	Plätze u3	72,	0%	61	0/0
βu	Plätze u3 ganztags	45,4%		33%	
un g	Plätze ü3	135,5%		100%	
en	Plätze ü3 ganztags	65,5%		41%	
tr	Übergang Gymnasium	76,	9%	69,	2%
Be. Bil	Empfänger Bildungs-und Teilhabepaket	200	1,3%	1.407	1,7%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

			Innen	stadt	Tübiı	ngen
		Eingeladene Kinder zur ESU	11	8	76	67
pur		Sprachentwicklungstest (SETK), intensiver Förderbedarf	11,9	}% [*]	12,3%	
esi -	BMI: unter- / übe		3,8%*	8,7%*	6,2%	6,2%
9	Teilnahme U-Untersuchung		74,8	3%°	78,	2%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Landratsamt Tübingen, Abteilung Gesundheit, Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Okt. 2012 bis Sept. 2013; * kleinräumig noch nicht aussagekräftig aufgrund der kleinen Zahlen

-

² Familien mit Kindern in städt. Kindertageseinrichtungen, Einkommen nach Gebührenerhebung der Kitas; jährl. Bruttoeinkommen des Kindes, das einen Betreuungsplatz innehat und seiner mit im Haushalt lebenden Elternteile. Gesamtbetrag aller Einkünfte und Einnahmen nach den §§ 2 und 3 Einkommensteuergesetz (EStG)." s. Gebührensatzung

Quartiere im Sozialraum Innenstadt

	Alt- stadt	westl. Innen nen- stadt	Gar- ten- str.	Gmelin /Mörike /Mohl/ Hau- Berstr.	Wilhelms helms- vorstadt, Talklini- ken	Öster ter- berg	Bis- marck/ Schaff hau- senstr.	Burg- holz/ Hen- nental	Innen- stadt	Tübin- gen
BEVÖLKERUNG										
Einwohner absolut	4.024	843	1.000	2.418	2.205	1.681	1.042	2.244	15.457	84.393
Altersgruppe u.18	8,6	12,1	12,7	9,3	10,3	13,3	13,8	16,8	11,5	14,5
Altersgr. 18 bis u.40	58,5	52,4	43,3	47,1	59,2	40,3	48,1	33,5	49,2	41,0
Altersgr. 40 bis u.65	23,3	26,0	30,2	26,2	21,9	31,6	28,7	36,1	27,3	30,1
Altersgr. 65 bis u.85	8,1	7,6	12,0	12,9	7,4	13,0	8,6	11,8	10,1	12,3
Altersgruppe 85+	1,5	1,9	1,8	4,4	1,2	1,8	0,8	1,9	2,0	2,0
Haushalte absolut	3.310	637	723	1.897	1.737	1.184	744	1.492	11.724	58.509
Einwohner pro HH	1,22	1,32	1,38	1,27	1,27	1,42	1,40	1,50	1,32	1,44
Einpersonenhaush.	84,5	77,7	73,2	81,4	82,6	73,1	74,9	69,4	79,0	72,0
HH mit Kindern	8,5	12,2	13,6	8,0	8,8	11,6	13,3	15,8	21,0	13,8
Einwohner m. Migrhintergrund	24,3	19,9	18,1	19,4	22,9	17,5	41,9	15,2	21,8	22,0
MOBILITÄT (Umzüg	e)									
Zuzüge (2012) in%	27,1	23,6	27,4	20,5	24,3	20,7	19,6	16,8	22,8	19,0
Wanderungssaldo	2,1	0,9	10,7	3,1	0,5	1,2	-3,7	2,0	2,0	1,1
SOZIO-ÖKONOMISO	CHE LA	GE								
Wohngeld (Anteil an HH)	1,6	1,3	0,7	1,3	1,2	1,1	1,5	0,4	1,2	1,4
SGB XII	0,7	8,0	0,4	0,9	0,5	0,4	1,2	0,7	0,7	0,9
Schwerbehinder- tenausweise	6,0	6,3	9,2	9,4	5,2	5,9	6,8	6,2	6,7	8,5
Wohneigentums- quote	14,5	16,3	29,5	28,0	20,8	31,3	14,8	38,3	23,8	34,1
Wohnungen, verm.	75,9	69,0	57,7	65,2	72,0	62,9	74,2	54,0	67,6	60,0
WOHNEN										
Wohnungen absolut		416	499	1.288	1.163	954	534	1.197	6.051	42.990
Anteil in Gebäuden		I								
1-2 Wohnungen	24,1	12,7	10,8	11,6	9,7	30,9	18,9	35,6	20,9	29,1
3-6 Wohnungen	51,5	73,6	42,3	21,2	39,6	33,6	54,5	31,2	41,0	28,4
7-12 Wohnungen	17,5	13,7	29,9	26,2	12,9	22,7	11,8	17,0	18,9	17,4
13 und mehr Whg.	6,9	-	17,0	40,9	37,8	12,7	14,8	16,2	19,2	25,1
Wohnungseigent.										
Privatwirtschaft	3,9	-	1,2	-	1,7	1,8	3,4	3,3	2,3	5,0
Organisation o. Erwerbszweck oder Genossenschaft	15,0	13,7	10,2	5,7	12,8	11,0	27,0	6,9	12,1	13,1
WEG	31,1	38,7	59,9	76,2	59,5	46,9	33,9	44,9	48,1	45,3
Privatpersonen	50,0	47,6	28,7	18,1	26,0	40,4	35,8	44,9	37,6	36,6
Wohnungsgrößen										
Ein bis zwei Zimmer	21,9	17,8	19,6	33,4	35,9	23,6	21,9	24,0	25,8	26,2
5 und mehr Zimmer	25,4	30,8	36,5	16,7	26,2	39,1	28,7	35,3	28,3	32,6

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Wohnen: Vollerhebung Zensus 2011.

Abweichung vom Anteil in ganz Tübingen um 12% des Anteils und mehr

min. 12% bis 12%

plus 12%



Sozialräumliche Charakteristika

Vernetzung nach außen: Als Zentrum führen viele Wege in die Innenstadt, die Vernetzung für Fußgänger, Radfahrer und mit dem ÖPNV ist gut: fußläufig Richtung Weststadt über die Keltern-/Westbahnhofsstraße, Richtung Südstadt über den Europaplatz und die Unterführung, ebenfalls nach Lustnau in Richtung Osten. Die Nordstadt ist trotz räumlicher Nähe aufgrund der Topografie nur per Bus oder Auto gut zu erreichen.

Vernetzung im Inneren: Das kompakte Zentrum mit der Altstadt, der westlichen Innenstadt und der Wilhelmsvorstand sind eng und mit kurzen Wegen miteinander verbunden. Die Quartiere Österberg, Gartenstraße, Burgholz/Hennental und Bismark-/Schaffhausenstraße sind aufgrund ihrer topografischen Lage (langgezogen am Hang liegend) weitläufig und nur durch Busverbindungen, Auto oder lange Rad- und Fußwege erreichbar.

Öffentlicher Nahverkehr: Guter öffentlicher Busverkehr mit kurzen Taktungen im Bereich des Bahnhofs/Europaplatzes (Zentraler Omnibusbahnhof) und der Mühlstraße in alle Richtungen. Fahrradfreundlich im Bereich der Wilhelmsvorstadt/ Talkliniken und südlich des Neckars. Bahnhof mit Nah- und Regionalverkehr.

Wohnen

Überproportional viele Gebäude mit 3 bis 6 Wohnungen, insgesamt heterogene Bebauung der verschiedenen Quartiere. Hohe Wohneigentumsquote im Bereich Burgholz/Hennental mit großen, villenartigen Ein- und Mehrfamilienhäusern. Wenig barrierefreie Mietwohnungen in der Altstadt und westlichen Innenstadt.

Mehrere Anlagen für betreutes oder stationäres Wohnen für ältere Menschen: Pflegeheime Karolinenstift (Melanchtonstraße), Pauline-Krone-Heim (Wilhelmstra-

Be) und Bürgerheim (Schmiedtorstraße), Irene-Preuner-Haus (Wilhelmstraße), Seniorenwohnanlage "Bachgasse", Seniorenwohnungen in der Neckarhalde. Anschlussunterkünfte für Flüchtlingen in der Liststraße und Europastraße sowie eine Gemeinschaftsunterkunft in der Ernst-Bloch-Str. Gentrifizierungprozesse. Häufung von Problemlagen in der Schaffhausen Straße.

Zentrum, Nahversorgung & Gastronomie

Umfangreiches Angebot insbesondere in der Altstadt, auch im Bereich Europaplatz/Friedrichstraße südlich des Neckars. hat eine gute Infrastruktur. Kaum Nahversorgung und anderes Versorgungsinfrastruktur am Hang (Österberg, Burgholz/Hennental).

Freiraum

Alter Botanischer Garten als grüne Lunge in der Innenstadt, weitläufige Erholungsund Spazierwege entlang des Neckars und auf dem Österberg; Neckarinsel und Anlagenpark als weitere wichtige Erholungs- und Freiraumflächen. Städtische Treffpunkte sind der Marktplatz, der Holzmarkt vor der Stiftskirche und der Jakobusplatz in der Altstadt.

Stadt(teil)leben und Infrastruktur

Kulturelle und soziale Infrastruktur: Starke Konzentration der kulturelle und soziale Angebote in der Innenstadt, insbesondere in der Altstadt (Kinos, Stadtbücherei, Cafés, Beratungsstellen). Wichtige Angebote im sozialen Bereich u.a.: das Gemeindezentrum Lamm, die Klinke, das Mehrgenerationenhaus Infö (westliche Innenstadt), das Frauenprojektehaus, die Musikschule, Schlatterhaus mit Sonntagsküche.

Bildung, Betreuung, Angebote für Familien, Kinder und Jugend: Großen Bildungseinrichtungen (Gymnasien) südlich des Neckars im Bereich des Anlagensees, große Teile der Universität innerhalb der innerstädtischen Quartiere Wilhelmsvorstadt/Talkliniken und Gmelin-/Mörike-/Mohl-/Haußerstraße. Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe unter anderem Mobile Jugendarbeit, Jugendberatung, Jugendhaus, Arbeitskreis Leben, daneben auch dezentrale Kinderhäuser und Kindergärten in den Quartieren, Familientreff in der Kita Neckarbogen sowie eine Jugendhilfestation in der Bachgasse (Sophienpflege).

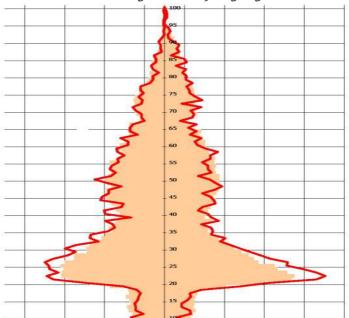
Für Ältere: Beratungs- und Begegnungsmöglichkeiten: Hirsch-Begegnungsstätte in der Hirschgasse, die Einrichtungen in der Schmiedtorstraße (Stadtseniorenrat, Tübinger Familien- und Altershilfe e.V., Bürgerheim, Bürgerbüro), Beratungsstelle für Ältere und deren Angehörige (Kirchgasse). Die Tübinger Familien- und Altershilfe organisiert Nachbarschaftshilfe vorwiegend für ältere Menschen im ganzen Stadtgebiet.

Für Menschen mit Unterstützungsbedarf: eingeschränkte Barrierefreiheit aufgrund der Höhenunterschiede und historischen Pflasterung. Einrichtungen unter anderem Sozialforum Tübingen am Europaplatz, hier auch Forum & Fachstelle Inklusion, die Tafel, Bahnhofsmission, Vesperkirche, Drogenkontaktladen, Asylzentrum. Verschiedene Szenen: Drogenabhängige, Alkohol konsumierende Menschen, jüngere Menschen, die nachts unterwegs sind (Meile zwischen Altstadt und Reutlinger Str.).

Weststadt (9.042 Einwohner)

Die Weststadt ist ein relativ zergliedertes heterogenes Stadtgebiet mit einer urbanen Struktur im an die Innenstadt angrenzenden Zentrum, geprägt durch Nutzungsmischung von Wohnen mit Büros, Praxen, kleineren Betrieben und dem Flusslauf im Ammertal. Durch Barrieren (Straße, Bahn) und Geländesprünge entwickeln sich die Wohnquartiere nach außen in Streifen entlang der Straßen, im Tal mit einem großen Gewerbegebiet und einem am Rand gelegenen Wohnquartier auch zur Unterbringung von Flüchtlingen. Die Hanglagen mit den Einfamilienhäusern im Norden werden durch das große Gelände der Uni-Kliniken Berg abgegrenzt.

Fünf relativ kleine Quartiere wurden zur Beschreibung der sozialen Strukturen gebildet. Am ehesten bilden die Wegenetze – Richtung Innenstadt – sowie die Lagebezeichnung "Weststadt" einen Zusammenhang als Stadtteil. Mitten für das soziale Leben, zum Verweilen und zur Entwicklung von Stadtteilidentität sind wenig ausgeprägt. An drei Standorten gibt es Einkaufzentren. Ein urbaner Mittelpunkt ist im Bereich der Westbahnhofstraße in Vorbereitung.



Anteil der Bevölkerung im Altersjahrgang nach Geschlecht

Rote Linie: Weststadt Orangene Fläche:

Tübingen gesamt Quelle: Universitätsstadt Tübingen, Stand: 30.06.2013.

Soziale Lage der Bevölkerung in der Weststadt

- ► In der Weststadt wohnen vergleichsweise **wenig Kinder und Jugendliche** unter 18 Jahren. Ausnahme: das Quartier "Sindelfinger Straße".
- ► Es gibt viele Zuzüge, ein deutlich positives Wanderungssaldo.
- ► Es leben durchschnittlich viele **Menschen mit Migrationshintergrund** in der Weststadt, eine deutlich erhöhte Anzahl findet sich in der Sindelfinger Straße.
- ► Insgesamt gibt es überdurchschnittlich viele Menschen mit sowohl wenig wie auch sehr viel Geld, so dass von einem heterogenen Stadtteil gesprochen werden kann.

Übersicht Weststadt gesamt

		Westst	adt	Tübingen		
	Einwohner absolut	9.042		84.393		
	Haushalte absolut	6.650		58.509		
	HH-größe Durchschnitt	1,36	ò	1,4	45	
g	Prognose 2030	13.092 (+30,9%)		105.784 (+20,2%)		
l n	Trend	>				
er	Zuzüge insgesamt (2012)	1.943	21,5%	16.008	19,0%	
<u> </u>	Wanderungssaldo	+139 1,54%		+905 1,07%		
evölkerung	Durchschnittsalter 2013 (errechnet aus der Prognose)	38,8	0	39,	67	
В	Migrationshintergrund	2.003	22,2%	18.533	22,0%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013

			West	stadt	Tübiı	ngen
		SGB XII-Empfänger (Grund- sicherung, HLU, §67)	70	0,8%	734	0,9%
	ره (Arbeitslose nach SGB II	82	1,2%*	874	1,5%*
ko n	E g	Arbeitslose nach SGB III	51	0,8%*	524	0,9%*
		Familien mit Kindern, Anteil m	nit verfügbarem Einkommen ³			
:	ا م	bis 20.400 Euro	30,	6%	27,	2%
.⊆	ر کر ا	mit mehr als 40.000 Euro	38,8%		38,1%	
0	oz Jis	mit mehr als 60.000 Euro	24,	6%	16,	2%
V	<u></u>	Wohngeldempfänger	93	1,4%	845	1,0%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013; Bundesagentur für Arbeit, Stand 30.06.2014; * Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung (20 bis u. 65 J.)

		West	stadt	Tübiı	ngen
uq	Versorgungsquoten Kita				
n	Plätze u3	55	5%	61	%
βu	Plätze u3 ganztags	29	0%	33%	
ung	Plätze ü3	10	7%	100%	
en	Plätze ü3 ganztags	49	0%	41%	
tre du	Übergang Gymnasium	58,	6%	69,	2%
Be. Bil	Empfänger Bildungs-und Teilhabepaket	126	1,4%	1.407	1,7%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

		West	stadt	Tübingen		
- -	Eingeladene Kinder zur ESU	5	9	76	67	
t t	Sprachentwicklungstest (SETK), intensiver Förderbedarf	10,2%*		12,3%		
e. es	BMI: unter- / übergewichtig	7,5%* 11,3%*		6,2%	6,2%	
9	Teilnahme U-Untersuchung	82%* 78,2%		2%		

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Landratsamt Tübingen, Abteilung Gesundheit, Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Okt. 2012 bis Sept. 2013; * kleinräumig noch nicht aussagekräftig aufgrund der kleinen Zahlen

³ Familien mit Kindern in städt. Kindertageseinrichtungen, Einkommen nach Gebührenerhebung der Kitas; jährl. Bruttoeinkommen des Kindes, welches einen Betreuungsplatz innehat und seiner mit im Haushalt lebenden Elternteile. Gesamtbetrag aller Einkünfte und Einnahmen nach den §§ 2 und 3 Einkommensteuergesetz (EStG)." S. Gebührensatzung

Quartiere im Sozialraum Weststadt

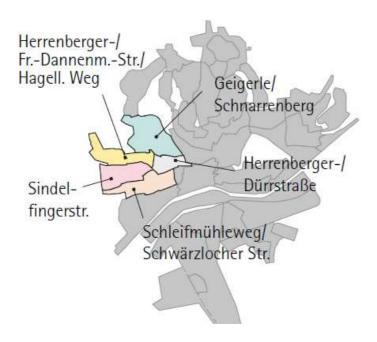
Quartiere IIII 3021aii 8	Herren-	Herrenber-	Gei-	Schleif- mühle-			
	berger- / Dürr- straße	ger-/Fr Dannenm Str./Hagell. Weg	gerle/ Schnar ren- berg	weg/ Schwärz -locher Straße	Sindel- finger Straße	West- stadt	Tübin- gen
BEVÖLKERUNG							
Einwohner absolut	2.190	2.176	2.193	1.900	583	9.042	84.393
Altersgruppe u.18	10,6	13,8	12,1	12,0	15,1	12,3	14,5
Altersgr. 18 bis u.40	52,0	39,8	51,9	44,2	31,4	46,1	41,0
Altersgr. 40 bis u.65	26,8	29,6	26,5	28,0	37,4	28,3	30,1
Altersgr. 65 bis u.85	9,5	14,2	8,6	12,8	14,2	11,4	12,3
Altersgruppe 85+	1,1	2,6	0,9	3,0	1,9	1,9	2,0
Haushalte absolut	1.693	1.519	1.651	1.394	393	6.650	58.509
Einwohner pro HH	1,29	1,43	1,33	1,36	1,48	1,36	1,44
Einpersonenhaushalte	80,8	73,1	80,3	75,5	66,2	76,9	72,0
Haushalte mit Kindern	9,2	12,4	10,4	12,1	17,0	11,3	13,8
Einwohner m. Migrati- onshintergrund	22,1	20,3	19,5	24,6	31,2	22,2	22,0
MOBILITÄT (Umzüge)							
Zuzüge (2012) in %	10,5	7,5	7,8	12,2	9,8	9,4	19,0
Wanderungssaldo	1,6	0,2	-0,1	5,8	-1,5	1,5	1,1
SOZIO-ÖKONOMISCHE LA	AGE						
Wohngeld (Anteil an HH)	1,4	1,6	0,8	1,9	1,3	1,4	1,4
SGB XII	1,2	0,8	0,3	0,6	1,4	8,0	0,9
Schwerbehindertenaus- weise	7,3	8,0	4,5	7,9	9,6	7,1	8,5
Wohneigentumsquote	26,1	31,4	21,6	28,2	27,4	26,5	34,1
Wohnungen, vermietet	66,4	63,4	73,3	66,2	67,7	67,7	60,0
WOHNEN							
Wohnungen absolut	1.074	1.048	1.035	953	365	4.792	42.990
Anteil in Gebäuden mit							
1-2 Wohnungen	14,2	31,8	20,2	12,8	30,4	20,7	29,1
3-6 Wohnungen	41,5	37,2	22,6	34,4	30,4	33,0	28,4
7-12 Wohnungen	19,5	23,3	9,0	21,9	25,8	18,3	17,4
13 und mehr Whg.	24,8	7,7	48,2	30,8	13,4	28,0	25,1
Wohnungseigentum							
Privatwirtschaft	1,4	1,4	8,9	5,9	3,6	4,6	5,0
Organisation o. Erwerbs- zweck od. Genossenschaft	11,7	10,9	17,1	8,3	31,0	13,8	13,1
WEG	57,1	47,6	45,3	56,7	46,6	50,8	45,3
Privatpersonen	29,8	40,1	28,7	29,2	18,9	30,8	36,6
Wohnungsgrößen							
Ein bis zwei Zimmer	23,6	17,6	57,5	25,1	13,4	31,4	26,2
5 und mehr Zimmer	22,1	35,2	20,0	23,3	43,0	26,2	32,6
Auswertung: Weeber+Partr	ner: Daten	Kommunalsta	tistik IIni	versitätssta	dt Tühinge	n Stand	30 06 2013

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Wohnen: Vollerhebung Zensus 2011.

Abweichung vom Anteil in ganz Tübingen um 12% des Anteils und mehr

min. 12% bis 12%

plus 12%



Sozialräumliche Charakteristika

Vernetzung nach außen: Durch die Westbahnhofstraße ist die östliche Weststadt direkt an das Altstadtzentrum angeschlossen. Der Tunnel vom Haagtor nach Süden zur Neckarhalde/Alleenbrücke ist eine wichtige Fuß- und Radwegverbindung.

Vernetzung im Inneren: Der Stadtteil wird durch die B28 durchzogen, eine wichtige Verkehrsverbindung (Richtung Südstadt/A81/B27), aber auch Barriere für Fußgänger und Radfahrer. Die Quartiere innerhalb der Weststadt sind entweder durch die große Verkehrsachse oder die Topografie getrennt, trotz Stadtnähe zum Teil weite Wege.

Offentlicher Nahverkehr: Mehrere Buslinien zum Hauptbahnhof, mit dem Westbahnhof ein Anschluss an die Ammertalbahn von Tübingen nach Herrenberg, Nahverkehr in Richtung Ammertal weniger gut.

Wohnen

Fünf relativ kleine Quartiere bilden sehr eigenständige Wohnlagen, in den zentrumsnäheren Bereichen mit guter Verbindung zur Innenstadt.

- ► Das Quartier um die Herrenberger-/Dürrstraße im Zentrum ist städtisch geprägt und besteht aus dreistöckigen Mehrfamilienhäusern.
- ► Das Gebiet "Geigerle/Eßlingsloh" am nördlichen Hang besteht überwiegend aus Einfamilien-/Doppelhäusern mit relativ großen Grundstücken und Gärten, außerdem: studentisches Wohnen.
- ▶ Die südwestliche Hanglage im Bereich der Herrenberger Straße/Hagellocher Weg besteht aus am Hang gestaffelten Einfamilienhäusern bzw. kleineren Mehrfamilienhäusern, entlang der Friedrich-Dannenmann-Straße und Gösstraße aus großen mehrstöckigen Mehrfamilienhäusern.
- ► In Tallage und Hanglage befindet sich das Quartier "Schleifmühlen-weg/Schwärzlocher Straße" fußläufig mit der Innenstadt verbunden, nach außen hin überwiegend bebaut mit kleinen Mehrfamilien- und Doppelhäusern mit Garten.
- ► In Tallage nördlich der Bahn liegt das Gewerbegebiet sowie der Häuserkomplex mit den Sozialwohnungen, in denen viele Flüchtlinge leben.

Besondere Wohnformen und Wohnangebote: Angebote für betreutes und stationäres Wohnen: Christiane-von-Kölle-Stifts (Aischbachstr.), Pflegeresidenz Vincenz von Paul (Schwärzlocher Str.), betreute Seniorenwohnungen in der Herrenberger Straße und Seniorenresidenz am Schloss (Schleifmühleweg). Betreute Wohnplätze für Menschen mit Behinderung in Wohngemeinschaften im Bereich Herrenberger Straße und Bei der Arbeitskelter. Anschlussunterkünfte für Flüchtlinge im Bereich Herrenberger Str. und Sindelfinger Str., sowie Anschlusswohnraum für Wohnungslose in der Westbahnhofstraße.

Zentrum, Nahversorgung, Gastronomie

Einkaufsmöglichkeiten an mehreren Stellen: entlang der Herrenberger Straße, im Bereich Westbahnhof-/Rheinlandstraße, entlang der östlichen Herrenberger Straße. Die Gaststätte "Coyote" am Westbahnhof mit Bedeutung für den Stadtteil. Gleichwohl fehlt ein urbaner Mittelpunkt mit Aufenthaltsqualität. Zur Diskussion stehen die Bereiche ehemaliges Milchwerk, Ecke Westbahnhofstr./Rappstraße und/oder das Areal um die Stephanuskirche.

Freiraum

Kaum innerörtliche Erholungs- und Grünflächen. Am westlichen Rand des Stadtteils auf beiden Seiten der Herrenberger Straße Felder und Äcker, die sich zum Spazieren gehen eignen, wichtig auch Ammertal und Spitzberg. Besondere Stadtplätze oder öffentliche Räume, die zum Verweilen einladen, sind wenig vorhanden (Ausnahme: Platz "Vor dem Haagtor", wird aber eher schon dem Zentrum zugerechnet, Spielplatz bei der Aischbachschule).

Stadt(teil)leben und Infrastruktur

Sportangebot: Sportmöglichkeiten zentral in der Hermann-Hepper-Halle (inklusive Außenplatz), ansonsten keine Outdoor-Sportmöglichkeiten im Stadtteil.

Kulturelle und soziale Infrastruktur: Engagierte Bürgerinitiative Weststadt; Gemeinwesenarbeit durch die Stephanusgemeinde (u.a. Nachtcafé mit Vorträgen, auch für ältere Menschen; Workshops und Betreuung von Kindern und Jugendlichen).

Angebote für Familien, Kinder und Jugend: Vielzahl an städtischen Kinderhäusern (KH Stöcklestraße, KH Sofie-Haug, KH Weststadt) und Kindergärten, sowie der Jugendtreff Weststadt. Familientreff im Kinderhaus Weststadt.

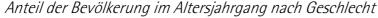
Menschen mit Unterstützungsbedarf: Im Stadtteil haben mehrere stadtweit agierenden Institutionen wie Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung e.V., Aids-Hilfe Tübingen und BruderhausDiakonie ihren Sitz. Die katholische Sozialstation bietet stadtweit professionelle Nachbarschaftshilfe an. Flüchtlingsunterkünfte isoliert, u.a. Austausch mit Anwohnern fehlt. Projekte des Asylzentrums für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Integration in den Arbeitsmarkt und Einbindung von freiwillig Engagierten als Paten und Brückenbauer eröffnen Zukunftsperspektiven für die Flüchtlinge.

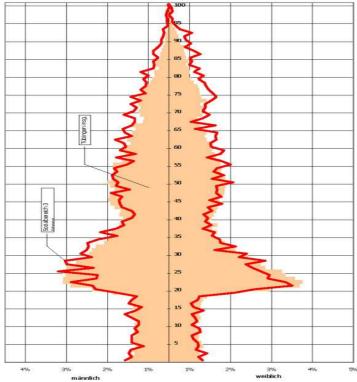
Insgesamt: Heterogener, weitläufiger, durch viele Barrieren geprägter Stadtteil mit unterschiedlichen Subzentren. Hohe Dichte an Wohnangeboten für Senioren. Trotz der Nähe zur Innenstadt scheint lediglich die östliche Weststadt (Herrenberger-/Dürrstraße) an diese gut angeschlossen.

Wanne und Winkelwiese (9.048 Einwohner)

Der Stadtteil besteht nahezu ausschließlich aus auf sich selbst bezogenen, relativ kleinen Wohngebieten, vielfach in Hanglage, relativ abgeschieden, mit wenig Nahversorgung, benachbart durch Flächenareale der Universität, Forschungsinstitute und große Klinikareale, verbunden durch den Nordring, der gleichzeitig auch eine Barriere zur Landschaft und zum Gebiet Waldhäuser Ost ist.

- Großzügige Ein- und Mehrfamilienhäuser der 1960er Jahre in Hanglage in den Quartieren Im Schönblick, Apfelberg, Engelsfriedenhalde/Horemer und Wanne/Stockwiesen.
- ► Das Quartier Ursrainer Egert entstand in den 1980er Jahren und besteht vorwiegend aus kleineren Einfamilienhäusern in Reihenbauweise.
- ► Das Quartier Wanne (nördlicher Teil des Philosophenwegs) dient als lokales Zentrum, ist aber aufgrund fehlender Verweilmöglichkeiten wenig attraktiv.





Rote Linie: Wanne u. Winkelwiese Orangene Fläche: Tübingen gesamt

Quelle: Universitätsstadt Tübingen, Stand: 30.06.2013.

Soziale Lage der Bevölkerung in Wanne und Winkelwiese

- ► Im Stadtteil wohnen überproportional viele **ältere Menschen** ab 65 Jahren. Die Bevölkerungsprognose weist im Vergleich zur Gesamtstadt einen geringeren Einwohnerzuwachs aus.
- ► Insgesamt gibt es viele **Haushalte mit mittlerem und hohem Einkommen**.
- ► Es gibt wenig Wohngeld- und Grundsicherungsempfänger, eine Ausnahme ist das Quartier Wanne-Stockwiesen, in dem beide Quoten deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegen.
- ► Der Anteil von **Mietwohnungen** ist unterdurchschnittlich, die **Wohneigentumsquote** überdurchschnittlich.

Übersicht Wanne und Winkelwiese gesamt

		Wanne u. Winkelwiese		Tübingen	
evölkerung	Einwohner absolut	9.04	48	84.393	
	Haushalte absolut	6.198		58.509	
	HH-größe Durchschnitt	1,46		1,45	
	Prognose 2030	9.769 (+8,0%)		105.784 (+20,2%)	
	Trend	→		>	
	Zuzüge insgesamt (2012)	1.645	18,2%	16.008	19,0%
	Wanderungssaldo	+94	1,04%	+905	1,07%
	Durchschnittsalter 2013 (errechnet aus der Prognose)	42,40		42,40 39,67	
Ω	Migrationshintergrund	2.050	22,7%	18.533	22,0%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013

			Wanne u.	Winkelwiese	Tübingen			
kono- Lage		SGB XII-Empfänger (Grund- sicherung, HLU, §67)	52	0,6%	734	0,9%		
	נו	Arbeitslose nach SGB II	51	0,9%*	874	1,5%*		
	Arbeitslose nach SGB III	62	1,1%*	524	0,9%*			
S Fa		Familien mit Kindern, Anteil mit verfügbarem Einkommen⁴						
ozio-ö iische	bis 20.400 Euro	20,2%		27,2%				
	mit mehr als 40.000 Euro	46,8%		38,1%				
	mit mehr als 60.000 Euro	21,8%		16,2%				
S	П	Wohngeldempfänger	68	1,1%	845	1,0%		

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013; Bundesagentur für Arbeit, Stand 30.06.2014; * Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung (20 bis u. 65 J.)

		Wanne u.	Winkelwiese	Tüb	ingen
u	Versorgungsquoten Kita				
n	Plätze u3	38	3 <mark>,</mark> 1%	6	1%
ρί	Plätze u3 ganztags	31,3%		33%	
ung g	Plätze ü3	110,5%		100%	
en	Plätze ü3 ganztags	48,0%		41%	
tr du	Übergang Gymnasium	72%		69,2%	
Be. Bil	Empfänger Bildungs-und Teilhabepaket	88	1,0%	1.407	1,7%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

			Wanne u. Winkelwiese		Tübingen		
esund- eit		Eingeladene Kinder zur ESU	84		767		
	Sprachentwicklungstest (SETK), intensiver Förderbedarf	13,1%*		12,3%			
	BMI: unter- / übergewichtig	10,0%*	1,4%*	6,2%	6,2%		
9		Teilnahme U-Untersuchung	75,1%*		75,1%* 78,2%		3,2%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Landratsamt Tübingen, Abteilung Gesundheit, Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Okt. 2012 bis Sept. 2013; * kleinräumig noch nicht aussagekräftig aufgrund der kleinen Zahlen

4

⁴ Familien mit Kindern in städt. Kindertageseinrichtungen, Einkommen nach Gebührenerhebung der Kitas; jährl. Bruttoeinkommen des Kindes, welches einen Betreuungsplatz innehat und seiner mit im Haushalt lebenden Elternteile. Gesamtbetrag aller Einkünfte und Einnahmen nach den §§ 2 und 3 Einkommensteuergesetz (EStG)." S. Gebührensatzung

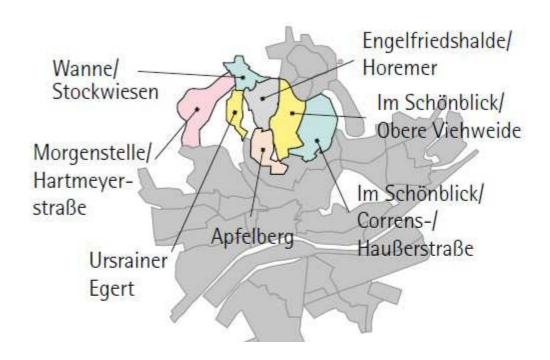
Quartiere im Sozialraum Wanne und Winkelwiese

Hartmeyer Sen	Tübin- gen 84.393 14,5 41,0
Einwohner absolut 792 1.463 1.687 1.058 1.147 763 2.138 9.048 8	14,5
Altersgruppe u.18	14,5
Altersgr. 18 bis u.40 33,1 49,1 34,0 35,6 38,4 35,3 38,4 38,3 Altersgr. 40 bis u.65 29,2 18,0 28,6 36,5 30,1 29,2 30,5 28,5 Altersgr. 65 bis u.85 16,9 13,8 21,0 13,2 15,7 15,3 13,2 15,6 Altersgruppe 85+ 3,2 10,0 3,7 1,3 3,1 2,8 1,6 3,7 Haushalte absolut 510 1.160 1.162 688 798 492 1.388 6.198 5 Einwohner pro HH 1,55 1,26 1,45 1,54 1,44 1,55 1,54 1,46 Einpersonenhaushalte 66,1 83,6 70,1 62,9 70,6 65,9 67,4 70,6 Haushalte m. Kindern 17,5 7,2 11,8 14,2 11,8 17,3 15,4 12,9 Einwohner m. Migrationshintergrund 21,6 36,0 16,3 19,1 14,9 23,5 24,6 22,7 MOBILITÄT (Umzüge) Zuzüge (2012) in% 15,5 36,4 13,4 11,1 13,0 15,7 17,6 18,2 Wanderungssaldo 0,9 4,9 -0,2 -1,5 -3,3 -1,4 3,9 1,0 SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 wohningen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen absolut 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	
Altersgr. 40 bis u.65 Altersgr. 65 bis u.85 Altersgr. 65 bis u.85 Altersgruppe 85+ Altersgr. 65 bis u.85 16,9 13,8 21,0 13,2 15,7 15,3 13,2 15,6 Altersgruppe 85+ Altersgr. 65 bis u.85 16,9 1,38 6,198 5 Einwohner pro HH 1,55 1,26 1,45 1,54 1,44 1,55 1,54 1,46 Einpersonenhaushalte 66,1 83,6 70,1 62,9 70,6 65,9 67,4 70,6 Haushalte m. Kindern Einwohner m. Migrationshintergrund MOBILITÄT (Umzüge) 21,6 36,0 16,3 19,1 14,9 23,5 24,6 22,7 Andrew 11,1 Altersgruppe 85+ Altersgr. 65 bis u.85 Altersgr. 65 bis u.85 15,6 Altersgruppe 85+ Altersgruppe 85+ 15,6 Altersgruppe 85+ 1,26 1,37 1,3 1,14 1,55 1,54 1,46 1,46 1,45 1,55 1,54 1,46 1,46 1,55 1,54 1,46 1,46 1,46 1,41 1,55 1,54 1,46 1,46 1,46 1,41 1,55 1,54 1,41 1,55 1,54 1,46 1,46 1,46 1,41 1,55 1,54 1,46 1,41 1,55 1,54 1,46 1,46 1,46 1,41 1,55 1,54 1,46 1,41 1,55 1,54 1,46 1,46 1,46 1,41 1,55 1,54 1,41 1,49 23,5 24,6 22,7 22,7 23,5 24,6 22,7 24,6 24,0 24,1 24,1 24,1 24,2 24,2 24,4 24,1 24,2 24,4 24,2 24,4 24,1 24,2 24,4 24,2 24,4 24,4 24,2 24,4 24,4	41 N
Altersgrupe 85+ 3,2 10,0 3,7 1,3 3,1 2,8 1,6 3,7 Haushalte absolut 510 1.160 1.162 688 798 492 1.388 6.198 5 Einwohner pro HH 1,55 1,26 1,45 1,54 1,44 1,55 1,54 1,46 Einpersonenhaushalte 66,1 83,6 70,1 62,9 70,6 65,9 67,4 70,6 Haushalte m. Kindern 17,5 7,2 11,8 14,2 11,8 17,3 15,4 12,9 Einwohner m. Migrationshintergrund 21,6 36,0 16,3 19,1 14,9 23,5 24,6 22,7 MOBILITÄT (Umzüge) Zuzüge (2012) in% 15,5 36,4 13,4 11,1 13,0 15,7 17,6 18,2 Wanderungssaldo 0,9 4,9 -0,2 -1,5 -3,3 -1,4 3,9 1,0 SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 1 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Schwerbehindertenausweise 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	71,0
Altersgruppe 85+ 3,2 10,0 3,7 1,3 3,1 2,8 1,6 3,7 Haushalte absolut 510 1.160 1.162 688 798 492 1.388 6.198 5 Einwohner pro HH 1,55 1,26 1,45 1,54 1,44 1,55 1,54 1,46 Einpersonenhaushalte 66,1 83,6 70,1 62,9 70,6 65,9 67,4 70,6 Haushalte m. Kindern 17,5 7,2 11,8 14,2 11,8 17,3 15,4 12,9 Einwohner m. Migrationshintergrund 21,6 36,0 16,3 19,1 14,9 23,5 24,6 22,7 MOBILITÄT (Umzüge) Zuzüge (2012) in% 15,5 36,4 13,4 11,1 13,0 15,7 17,6 18,2 Wanderungssaldo 0,9 4,9 -0,2 -1,5 -3,3 -1,4 3,9 1,0 SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Schwerbehindertenausweise 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen 39,6 18,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	30,1
Haushalte absolut 510 1.160 1.162 688 798 492 1.388 6.198 5	12,3
Einwohner pro HH	2,0
Einpersonenhaushalte 66,1 83,6 70,1 62,9 70,6 65,9 67,4 70,6 Haushalte m. Kindern 17,5 7,2 11,8 14,2 11,8 17,3 15,4 12,9 Einwohner m. Migrationshintergrund 21,6 36,0 16,3 19,1 14,9 23,5 24,6 22,7 MOBILITÄT (Umzüge) Zuzüge (2012) in% 15,5 36,4 13,4 11,1 13,0 15,7 17,6 18,2 Manderungssaldo 0,9 4,9 -0,2 -1,5 -3,3 -1,4 3,9 1,0 SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen absolut 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	58.509
Haushalte m. Kindern 17,5 7,2 11,8 14,2 11,8 17,3 15,4 12,9	1,44
Einwohner m. Migrationshintergrund MOBILITÄT (Umzüge) Zuzüge (2012) in% 15,5 36,4 13,4 11,1 13,0 15,7 17,6 18,2 Wanderungssaldo 0,9 4,9 -0,2 -1,5 -3,3 -1,4 3,9 1,0 SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen absolut 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	72,0
rationshintergrund 21,6 36,0 16,3 19,1 14,9 23,5 24,6 22,7 MOBILITÄT (Umzüge) Zuzüge (2012) in% 15,5 36,4 13,4 11,1 13,0 15,7 17,6 18,2 Wanderungssaldo 0,9 4,9 -0,2 -1,5 -3,3 -1,4 3,9 1,0 SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN - - - - - - - - - - - - - - - - -	13,8
Zuzüge (2012) in% 15,5 36,4 13,4 11,1 13,0 15,7 17,6 18,2 Wanderungssaldo 0,9 4,9 -0,2 -1,5 -3,3 -1,4 3,9 1,0 SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2<	22,0
Wanderungssaldo 0,9 4,9 -0,2 -1,5 -3,3 -1,4 3,9 1,0 SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN - 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0,6 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 <	
SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen absolut 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5	19,0
Wohngeld (Anteil HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen absolut 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0	1,1
HH) 0,8 2,2 0,3 1,3 0,6 1,2 1,0 1,1 SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN - - - - 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit - - - - 4.933 4 1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 </td <td></td>	
SGB XII - 1,2 0,5 1,5 0,3 - 0,2 0,6 Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen absolut 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	1,4
Schwerbehindertenausweise 10,6 10,5 8,9 6,7 5,4 8,0 7,0 8,1 Wohneigentquote 57,3 18,5 40,2 49,2 38,5 40,2 41,1 38,6 Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN Wohnungen absolut 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	0,9
Wohnungen, vermietet 39,4 74,4 56,2 45,0 58,6 52,7 52,2 56,2 WOHNEN 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	8,5
WOHNEN 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	34,1
Wohnungen absolut 386 890 1.054 524 647 425 1.007 4.933 4 Anteil in Gebäuden mit 1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	60,0
Anteil in Gebäuden mit 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	
1-2 Wohnungen 41,2 8,5 23,8 41,2 41,3 44,2 30,0 29,6 3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	42.990
3-6 Wohnungen 19,2 2,7 32,5 8,6 21,8 32,7 36,0 22,9 7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	
7-12 Wohnungen 39,6 18,5 30,5 9,4 21,0 23,1 18,2 22,4	29,1
	28,4
13 und mehr Wha - 70.2 13.2 40.8 15.9 - 15.8 25.1	17,4
15 and ment ving. - 15,2 15,2 15,2 15,5 - 15,6 25,1	25,1
Wohnungseigentum	
Privatwirtschaft 6,2 17,3 0,8 16,9 11,8 7,6	5,0
Organisation o. Erwerbszweck od. Genossenschaft	13,1
	45,3
Privatpersonen 41,5 8,3 40,1 41,8 49,8 36,5 37,4 35,1	36,6
Wohnungsgrößen	
Ein bis zwei Zimmer 9,1 41,8 32,2 23,1 22,6 10,6 21,1 25,7	26,2
5 und mehr Zimmer 42,0 16,1 33,5 36,6 41,6 45,0 35,4 33,8	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Wohnen: Vollerhebung Zensus 2011.

Abweichung vom Anteil in ganz Tübingen um 12% des Anteils und mehr

min. 12% bis 12% plus 12%



Sozialräumliche Charakteristika

Vernetzung nach außen: Von den benachbarten Stadtquartieren topografisch und durch große Verkehrsadern (Nordring, Berliner Ring) abgetrennt. Weitläufige Erschließung nach den Konzepten aus den 1970er Jahren, ausgerichtet auf Auto und Bus, mit Sackgassen und Ringerschließungen.

Vernetzung Im Inneren: Als Wanne wird der westliche Teil des Stadtteils benannt, die Winkelwiese ist der östliche Teil, der mit WHO etwas stärker verflochten ist. Teilweise wird Wanne und Winkelwiese zusammen mit WHO als Nordstadt betrachtet. Insgesamt wenig entwickelte Verbindungen zwischen den Quartieren, auch für Fußgänger und Radfahrer. Wichtig für den Bereich Winkelwiese die Fußund Radwegbrücke zum Studentendorf WHO und damit zum nahegelegenen Einkaufzentrum WHO-Zentrum Weite Wegeverbindungen mit teilweise großen Höhenunterschieden zwischen den Quartieren Apfelberg, Engelsfriedhalde/Horemer, Im Schönblick. Schwierige Orientierung.

Öffentlicher Nahverkehr: Mehrere Buslinien; das Quartier Ursrainer Egert wird nicht angefahren und ist dadurch z.T. abgehängt.

Wohnen

In vielen Quartieren hoher Anteil von Gebäuden mit 1 bis 2 Wohnungen, viel Wohneigentum, überdurchschnittlich viele Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern. Ausnahme: Quartier Wanne-Stockwiesen geprägt durch große Gebäude mit Einbis Zwei-Zimmer-Wohnungen. Sozialer Wohnraum Beim Herbstenhof.

Studentenwohnheime in der Hartmeyerstraße und im Hagellocher Weg. Betreute Wohnformen (ambulant u. stationär) für Senioren im Luise-Wetzel-Stift und den Altenwohnungen am Philosophenweg.

Zentrum, Nahversorgung, Gastronomie

Kaum Einzelhandel bzw. Nahversorgung in den Quartieren. Im Bereich Philoso-

phenweg/Hartmeyerstraße (Wanne-Stockwiesen)befindet sich ein kleines Einkaufszentrum mit gastronomischem Angebot und Ärztezentrum, das auch als lokales Zentrum dient. Nächste Versorgungsmöglichkeit: Stadtzentrum oder WHO-Zentrum. Zergliederung in sehr kleine Quartiere für Infrastruktur wenig tragfähig.

Freiraum

Die parkartige Grünfläche zwischen Schönblick und Technologiepark sowie der Botanische Garten nördlich der Uni-Kliniken als besonderer Erholungs- und Bewegungsraum. Nördlich schließen sich Felder und Äcker an, die jedoch durch den Nordring getrennt sind. Aufenthalt und Treffpunkt im Bereich des Nahversorgungszentrums (Wanne-Stockwiesen). Luise-Wetzel-Weg wichtiger Spazierweg für ältere Leute.

Stadt(teil)leben und Infrastruktur

Kulturelle und soziale Infrastruktur: Neben der Kunsthalle mit Café mit gesamtstädtischer Bedeutung im Philosophenweg, der Sternwarte im Technologiepark und Zweigstelle der Stadtbücherei in der Eduard-Spranger-Str. keine weitere kulturelle Infrastruktur. Katholische und Evangelische Kirchen aktiv in der Gemeinwesenarbeit (Altenheim, Kita), ansonsten kaum Vereins- oder Nachbarschaftsstrukturen. Ausnahme: Islamisches Kultur- und Begegnungszentrum (Philosophenweg).

Bildung, Betreuung, Angebote für Familien, Kinder und Jugend: Zweigstelle der Stadtbücherei Tübingen in der Grundschule auf der Wanne, Familientreff im Kinderhaus Helene von Hügel. Weitere Kinderhäuser: KH Waldschule und KH Horemer. Auf der Wanne fehlen Angebote für Jugendliche, eigene Räume für die Schulsozialarbeit, Spielplatz an der Wanne-Grundschule ist wichtiger Treffpunkt für Familien, sanierungsbedürftig, Rahmenbedingungen an der Grundschule Winkelwiese für Elternarbeit als Treffpunkt entwicklungsfähig.

Für Ältere: Angebote in der Tropenklinik Paul-Lechler, Sozial- und Pflegedienste des Luise-Wetzel-Stifts. Viele ältere, alleinstehende Menschen, z.B. in der Haußerstraße. Osteuropäische Pflegekräfte in vielen Haushalten.

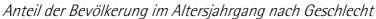
Insgesamt: Eher anonymes Wohngebiet, keine gewachsene Strukturen, wenig Identifikation mit dem Stadtteil, vielmehr "ruhiges Wohnen in stadtnaher Hanglage", Wanne und Winkelwiese haben nicht viel miteinander zu tun; Waldhäuser Str. ist Barriere und soziale Trennlinie

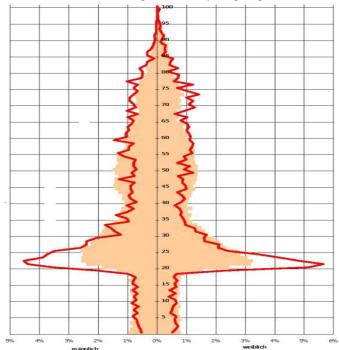
Es gibt Planungen für ein Quartierszentrum in der Correnstraße, bestehende Angebote (z.B. Kurse der Tropenklinik) dort integrieren, Möglichkeiten eines Stadtteiltreffs auf der Wanne zur Überprüfung vorgeschlagen

Waldhäuser Ost - Sand (6.518 Einwohner)

Waldhäuser Ost, eine große Siedlung der 1960er und 70er Jahre, am nördlichen Stadtrand auf einer leicht geneigten Anhöhe unmittelbar an die Landschaft anschließend gelegen. Für die große Wohnungsnachfrage mit viel sozialem Engagement gebaut, in ähnlicher Struktur wie viele Großsiedlungen der damaligen Zeit: Geprägt durch viele Hochhäuser und mehrgeschossigen Zeilenbauten im Zentrum, damals überwiegend preisgünstige öffentlich geförderte Mietwohnungen. Umgeben von kleineren Wohnquartieren vorwiegend mit Einfamilien- und Reihenhäusern. Separiert im Süden das durch Hochhäuser geprägte Studentendorf mit dem Schulzentrum der Geschwister-Scholl-Schule.

Insgesamt sind die vier Quartiere sehr heterogen und voneinander abgetrennte Lebenswelten unterschiedlicher sozialer Milieus. Das Stadtteilzentrum wird nicht als Identifikation prägende Mitte für den ganzen Stadtteil angenommen. Es ist zwar groß angelegt, mit seinem unwirtlichen, in die Jahre gekommenen Ambiente aber wenig attraktiv.





Rote Linie: WHO-Sand, Orangene Fläche: Tübingen gesamt, Quelle: Universitätsstadt Tübingen, Stand: 30.06.2013.

Soziale Lage der Bevölkerung in Waldhäuser Ost-Sand

Abgesehen von den vielen jungen Leuten im Studentendorf:

- ▶ Mit dem Stadtteil ist auch die Bevölkerung älter geworden. Es gibt überproportional viele **ältere Menschen**, auch viele **Menschen mit Behinderungen** (teilweise barrierefreie Erschließung von Freianlagen und Häusern im Zentrum).
- ► Im Zentrum wohnen auch sehr viele **Menschen mit Migrationshintergrund**.
- ► Hoher Anteil **Wohnungseigentümergemeinschaften**, auch Wohnungskauf durch Haushalte mit Migrationshintergrund.
- ► Die **Fluktuation** ist gering. Insgesamt gibt es überdurchschnittlich viele **Menschen mit sehr wenig Geld** und Empfänger von Transferleistungen, konzentriert im westlichen Teil des Zentrums.

Übersicht WHO-Sand insgesamt

		WHO-Sand		Tübingen	
	Einwohner absolut	6.5	518	84.393	
	Haushalte absolut	4.7	760	58.509	
	HH-größe Durchschnitt	1,37		1,45	
g	Prognose 2030	7.540 (+15,6)		105.784 (+20,2%)	
l n	Trend	>		>	
P.L.	Zuzüge insgesamt (2012)	1.686	25,9%	16.008	19,0%
Bevölkerung	Wanderungssaldo	+5	0,08%	+905	1,07%
	Durchschnittsalter 2013 (errechnet aus der Prognose)	39,61		39,67	
	Migrationshintergrund	2.318	35,6%	18.533	22,0%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013

		WHO-Sand		Tübingen		
	SGB XII-Empfänger (Grund-sicherung, HLU, §67)	74	1,1%	734	0,9%	
ozio-ökono- iische Lage	Arbeitslose nach SGB II	53	1,2%*	874	1,5%*	
	Arbeitslose nach SGB III	29	0,7%*	524	0,9%*	
	Familien mit Kindern, Anteil mit verfügbarem Einkommen⁵					
	bis 20.400 Euro	52,0%		27,2%		
	mit mehr als 40.000 Euro	17,3%		38,1%		
	mit mehr als 60.000 Euro	8,2%		16,2%		
S	Wohngeldempfänger	143	3,0%	845	1,0%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013; Bundesagentur für Arbeit, Stand 30.06.2014; * Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung (20 bis u. 65 J.)

		WHO-Sand	Tübingen
nd	Versorgungsquoten Kita		
u n	Plätze u3	93%	61%
β	Plätze u3 ganztags	55%	33%
ung	Plätze ü3	123%	100%
eu	Plätze ü3 ganztags	51%	41%
tre du	Übergang Gymnasium	68,6%	69,2%
Be. Bil	Empfänger Bildungs- und Teilhabepaket	(176) 2,7%	(1.407) 1,7%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

			WHO-	WHO-Sand		ngen	
		Eingeladene Kinder zur ESU	57		767		
esunc eit		Sprachentwicklungstest (SETK), intensiver Förderbedarf	14,0%*		12,3%		
	BMI: unter-/ übergewichtig	9,4%*	3,8%*	6,2%	6,2%		
9		Teilnahme U-Untersuchung	80,0%*		80,0%* 78,2%		2%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Landratsamt Tübingen, Abteilung Gesundheit, Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Okt. 2012 bis Sept. 2013; * kleinräumig noch nicht aussagekräftig aufgrund der kleinen Zahlen

⁵ Familien mit Kindern in städt. Kindertageseinrichtungen, Einkommen nach Gebührenerhebung der Kitas; jährl. Bruttoeinkommen des Kindes, welches einen Betreuungsplatz innehat und seiner mit im Haushalt lebenden Elternteile. Gesamtbetrag aller Einkünfte und Einnahmen nach den §§ 2 und 3 Einkommensteuergesetz (EStG)." S. Gebührensatzung

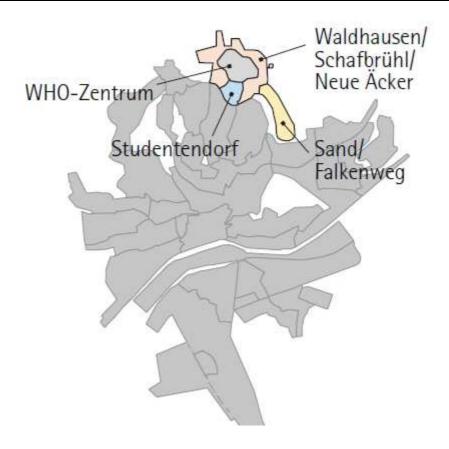
Quartiere im Sozialraum WHO-Sand

	WHO- Zentrum	Waldhau- sen/Schafbrü hl/ Neue Äcker	Sand/ Falken- weg	Studen- tendorf	WHO- Sand	Tübin- gen
BEVÖLKERUNG						
Einwohner absolut	2.811	1.271	753	1.683	6.518	84.393
Altersgruppe u.18	14,3	14,9	15,4	2,9	11,6	14,5
Altersgruppe 18 bis u.40	30,7	28,9	29,6	95,9	47,1	41,0
Altersgruppe 40 bis u.65	32,6	31,9	30,7	1,2	24,1	30,1
Altersgruppe 65 bis u.85	20,3	22	20,5	0	15,4	12,3
Altersgruppe 85+	2,0	2,4	3,9	0	1,8	2,0
Haushalte absolut	1.870	811	503	1.576	4.760	58.509
Einwohner pro Haushalt	1,50	1,57	1,50	1,07	1,37	1,44
Einpersonenhaushalte	65,9	59,8	67,2	95,7	74,9	72,0
Haushalte mit Kindern	13,4	16,0	14,3	2,5	10,4	13,8
Einwohner m. Migrationshin- tergrund	36,5	21,9	18,7	51,9	35,6	22,0
MOBILITÄT (Umzüge)						
Zuzüge (2012) in %	10,9	15,5	14,6	63,8	25,9	19,0
Wanderungssaldo in %	-0,5	1,6	2,4	-1,2	0,1	1,1
SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE						
Wohngeld (Anteil an HH)	1,7	1,4	1,4	6	3,0	1,4
SGB XII	1,8	1,3	8,0	-	1,1	0,9
Schwerbehindertenausweise	11,6	9,8	10,8	-	11,0	8,5
Wohneigentumsquote	41,9	38,7	59,9	-	29,0	34,1
Wohnungen, vermietet	55,3	57,8	34,8	96,3	67,4	60,0
WOHNEN						
Wohnungen absolut	1.324	649	471	1.309	3.753	42.990
Anteil in Gebäuden mit						
1-2 Wohnungen	4,8	36,2	45,9	-	13,7	29,3
3-6 Wohnungen	0,2	18,5	14,0	0,2	5,1	28,4
7-12 Wohnungen	17,3	28,4	1,3	-	11,2	17,4
13 und mehr Wohnungen	77,7	16,9	38,9	99,8	70,0	25,1
Wohnungseigentum						
Privatwirtschaft	12,6	16,5	2,1	_	7,6	5,0
Organisation ohne Erwerbszweck oder Genossenschaft	11,9	0,9	2,5	100,0	40,5	13,1
Wohnungseigentümergemein- schaft	70,7	45,0	49,5	-	38,9	45,3
Privatpersonen	4,8	37,6	38,4	-	13,0	36,6
Wohnungsgrößen						
Ein bis zwei Zimmer	33,6	33,1	28,2	90,0	52,5	26,2
5 und mehr Zimmer	26,2	34,5	43,9	7,2	23,2	32,6

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Wohnen: Vollerhebung Zensus 2011.

Abweichung vom Anteil in ganz Tübingen um 12% des Anteils und mehr

min. 12% bis 12% plus



Sozialräumliche Charakteristika

Vernetzung

Nordstadt: Der benachbarte Sozialraum Wanne und Winkelwiese und Waldhäuser Ost werden durch Lage und Infrastruktur auch zusammenhängend als Nordstadt betrachtet. Für Fußgänger und Fahrradfahrer sind aber die Entfernungen groß und die Verbindungen schlecht.

Nach außen: Von den benachbarten Stadtquartieren im Süden isolierte Lage, Straße und Geländeeinschnitt bilden eine starke Barriere, wichtige, eher versteckte Fußwegeverbindungen gehen durch das Gebiet WHO-Zentrum und vom Studentendorf in Richtung Süden (Schönblick/Winkelwiese).

Im Inneren: Die markante Auto-Erschließungsstraße, der Berliner Ring, ist das hauptsächliche verbindende Element. Getrenntes Fuß- und Fahrwegenetz. Dichtes unübersichtliches oft in Sackgassen endendes Fuß-Wegenetz im Inneren. Teilweise Barrierefreiheit durch treppenfreie Wege. Kaum Bündelungen in stärker frequentierte und belebte Hauptwege.

Öffentlicher Nahverkehr

Guter öffentlicher Busverkehr mit Taktung ins Tübinger Zentrum von tagsüber 5 Minuten, in den Nächten von Do bis Sa Nachtbuslinien. Durch Topografie und große Straßen (Berliner Ring, Nordring) wenig fahrradfreundlich. Wichtige Treffpunkte: die Haltestellen.

Wohnen

Ausgeprägte nach Gebäudetypen und Eigentumsformen unterschiedliche Wohnquartiere mit der konzentrierten Hochhausbebauung in der Mitte, dort auch viele kleine Wohnungen, barrierefrei erschlossene Wohnungen, Mietwohnungen.

Keine besonderen Wohnangebote und Wohnformen für Menschen mit Behinderung oder psychisch kranke Menschen. Betreutes Wohnen für ältere Menschen im Wohnpark am Schönbuch (Kastanienweg).

Zentrum, Nahversorgung, Gastronomie

Einkaufszentrum verödet, Notwendiges zur Versorgung vorhanden, aber wenig Aufenthaltsqualität: Zentrum brutalistischer Betonbau-Stil der damaligen Zeit, dominierende Fast-Food-Gaststätten, Verteilung der Läden auf zwei Geschosse mit dem Supermarkt im UG hinter einem großen Parkplatz, oben großer leerer Platz, wenig Publikum.

Eher abgelegene und versteckte Alternativen: Die "Tübinger Markthalle" mit Läden und Bistro und Gaststätten nordwestlich am Berliner Ring.

Freiraum

Viel Platz und Grünräume im Inneren der Siedlung, attraktive Landschaftsräume in der Umgebung, ein besonderer Bewegungs- und Erholungsraum: die Äcker und Felder im Bereich der Bauernhofsiedlung Waldhausen; im Waldgebiet "Geisshalde" am östlichen Rand; für Kinder und Jugendliche das Areal um die Geschwister-Scholl-Schule.

Stadt(teil)leben und Infrastruktur

Großes Sportangebot: Highlight ist das Hallenbad Nord mit Sauna im Zentrum, Sportplätze (Fußball, Basketball und Tennis), Reitsportanlage im nördlichen Teil sowie im Schulareal der Geschwister-Scholl-Schule. Waldsportpfad im östlichen Waldgebiet mit Jogging, Fahrrad und Wandermöglichkeiten, auch in Richtung Schönbuch – gesamtstädtische Nutzung.

Kulturelle und soziale Infrastruktur: vielfältige Aktivitäten der Kirchen, neuerdings Stadtteiltreff.

Bildung, Betreuung, Angebote für Familien, Kinder und Jugend: Jugendhilfestruktur fortschrittlich, in den 1990er Jahren bereits breite soziale Infrastrukturangebote, seit Jahren engagiert ausgebaut, Schulzentrum Geschwister-Scholl-Schule mit der größten Zweigstelle der Stadtbücherei, Schul-Café und Schulsozialarbeit, Grundschule Winkelwiese, drei Kindertagesstätten inklusive eines Familientreffs, Waldorfschule und Kindergarten, Jugendhilfestation der Martin-Bonhoeffer-Häuser.

Für Ältere: Seniorengymnastik und weitere Angebote in der Dietrich-Bonhoeffer Gemeinde. (Bedarfe: "Bezahlbare Möglichkeiten im Bestand für Pflege und betreutes Wohnen; Barrierefreiheit; Institutionalisierung der Pflege auch durch Nachbarschaftshilfe").

Insgesamt: Eher anonymes Wohngebiet, keine gewachsenen Strukturen, Umstrukturierung heute notwendig, aufgrund der veränderten Sozialstruktur (Alterung, Migration, Armut, Sprachbarrieren) auf diese Zielgruppen ausgerichtete Angebote notwendig. ("Es leben in WHO viele Menschen mit Migrationshintergrund – Bedarf: aufsuchende Sozialarbeit, mehr Paten für Menschen mit Migrationshintergrund, mehrsprachige Sprechstunden; Unterstützung auch für ältere Menschen mit Migrationshintergrund"). Verinselte soziale Infrastruktur – Angebote wirken teilweise auf sich, nach innen bezogen und entfalten wenig Strahlkraft im Stadtteil.

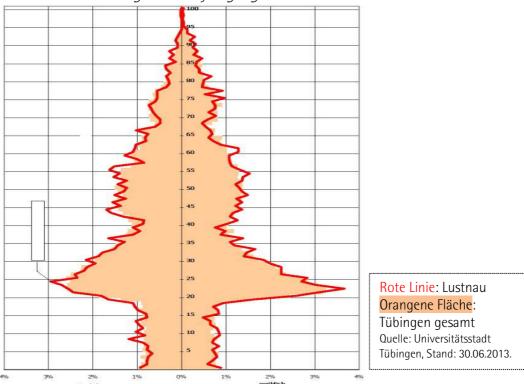
Lustnau (9.140 Einwohner)

Gewachsene bauliche und soziale Struktur in Lustnau aufgrund der Geschichte als ursprünglich eigenständiges Dorf. Der große Tübinger Stadtteil zentriert sich um einen Dorfkern mit historischen Gebäuden rund um die ev. Kirche, die auch markantes Merkzeichen im Stadtbild ist, sowie um die zentrale Dorfackerstraße mit dem lokalen Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie und den Ensembles im Tal am Neckar.

Neben dem Lustnauer Zentrum das Neubaugebiet "Herrlesberg", reines Wohnquartier vorwiegend aus Ein- und Mehrfamilienhäusern mit Gärten. Im ehemaligen Gewerbegebiet "Alte Weberei" entsteht ein neues Quartier für 700 Menschen und 100 Arbeitsplätze. Der Denzenberg ist aufgrund seiner topografischen Lage (am Hang, durch Wilhelmstr., Bebenhäuser Str. und Nordring begrenzt) nicht direkt an Lustnau angeschlossen.

- ► Lustnau ist durch seine eigenständige Identität als Stadtteil geprägt.
- ► Weite Teile des Herrlesberg und Oberen Herrlesberg sind durch Mittelschicht (Familien mit Kindern) geprägt.
- ► Sozialer Wohnungsbau zwischen Gartenstraße und Neckar.





Soziale Lage der Bevölkerung in Lustnau

- ► Die Sozialstruktur der **Bevölkerung** entspricht dem Tübinger Durchschnitt das Quartier Herrlesberg ist besonders durch Familien mit Kindern geprägt.
- ► Die **Fluktuation** ist gering.
- ► Wenig Menschen mit Migrationshintergrund in Lustnau.
- ► Die **Wohneigentumsquote** ist aufgrund des Quartiers Herrlesberg leicht erhöht.
- ► Insgesamt wenig Menschen mit Bedarf an staatlichen Transferleistungen. Viele Menschen mit mittlerem Einkommen.

Übersicht Lustnau gesamt

		Lus	tnau	Tübii	ngen
	Einwohner absolut	9.140		84.3	393
	Haushalte absolut	6.	288	58.509	
	HH-größe Durchschnitt	1,45		1,	45
βl	Prognose 2030	11.912 (+30,3%)		105.784 (+20,2%)	
l n	Trend	>		>	
er	Zuzüge insgesamt (2012)	1.612	17,6%	16.008	19,0%
<u> </u>	Wanderungssaldo	+58	0,63%	+905	1,07%
evölkerun	Durchschnittsalter 2013 (errechnet aus der Prognose)	39,38 39		67	
<u> </u>	Migrationshintergrund	1.693	18,5%	18.533	22,0%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013

		Lust	nau	Tübiı	ngen	
	SGB XII-Empfänger (Grund-sicherung, HLU, §67)	57	0,6%	734	0,9%	
ه ٥-	Arbeitslose nach SGB II	98	1,5%*	874	1,5%*	
E g	Arbeitslose nach SGB III	58	0,9%*	524	0,9%*	
Š	Familien mit Kindern, Anteil m	it verfügbare	m Einkommer	'		
ان- او	bis 20.400 Euro	11,	8%	27,2%		
J.으 5		47,	2%	38,1%		
oz nis	mit mehr als 60.000 Euro	16,	16,9%		2%	
S	Wohngeldempfänger	75	1,2%	845	1,0%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013; Bundesagentur für Arbeit, Stand 30.06.2014; * Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung (20 bis u. 65 J.)

		Lustnau	Tübingen
l pu	Versorgungsquoten Kita		
5	Plätze u3	62,8%	61%
βl	Plätze u3 ganztags	22,1%	33%
un	Plätze ü3	117,3%	100%
eu	Plätze ü3 ganztags	43,4%	41%
tre du	Übergang Gymnasium	79,7%	69,2%
Be. Bil	Empfänger Bildungs- und Teilhabepaket	(93) 1,0%	(1.407) 1,7%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

			Lust	nau	Tübiı	ngen
<u> </u>		Eingeladene Kinder zur ESU	9	1	76	67
pun 	_	Sprachentwicklungstest (SETK), intensiver Förderbedarf	4,4	0/ ₀ *	12,	3%
esi	כו	BMI: unter- / übergewichtig	11,1%*	3,7%*	6,2%	6,2%
<u> </u>		Teilnahme U-Untersuchung	82,0)%*	78,	2%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Landratsamt Tübingen, Abteilung Gesundheit, Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Okt. 2012 bis Sept. 2013; * kleinräumig noch nicht aussagekräftig aufgrund der kleinen Zahlen

6

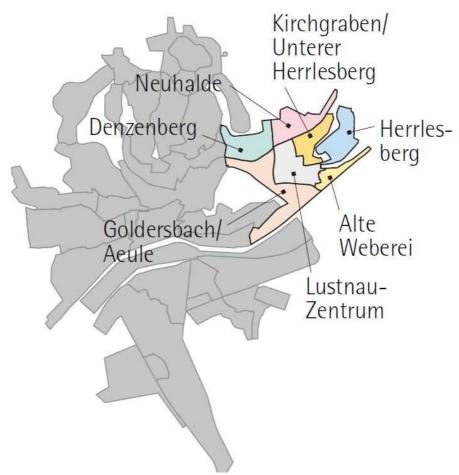
⁶ Familien mit Kindern in städt. Kindertageseinrichtungen, Einkommen nach Gebührenerhebung der Kitas; jährl. Bruttoeinkommen des Kindes, welches einen Betreuungsplatz innehat und seiner mit im Haushalt lebenden Elternteile. Gesamtbetrag aller Einkünfte und Einnahmen nach den §§ 2 und 3 Einkommensteuergesetz (EStG)." S. Gebührensatzung

Quartiere im Sozialraum Lustnau

	Lust nau- Zen- trum	Kirch- graben/ Unterer Herrles berg	Herrles berg	Alte We- berei	Denzen zen- berg	Golders- bach/ Aeule	Neu- halde	Lust- nau	Tübin- gen
BEVÖLKERUNG									
Einwohner absolut	2.055	792	2.143	43	1.403	1.484	1.220	9.140	84.393
Altersgruppe u.18	15,3	13,9	18,4	30,2	14,5	11,6	9,9	14,5	14,5
Altersgr.18 bis u.40	43,2	35,7	33,5	39,5	42,3	45,6	50,5	41,5	41,0
Altersgr.40 bis u.65	30,0	26,0	38,2	30,2	27,0	31,0	23,9	30,5	30,1
Altersgr.65 bis u.85	9,9	18,6	8,9	-	13,5	10,0	12,9	11,3	12,3
Altersgruppe 85+	1,6	5,8	1,0	-	2,7	1,8	2,8	2,2	2,0
Haushalte absolut	1.397	550	1.319	20	974	1.102	926	6.288	58.509
Einwohner pro HH	1,47	1,44	1,62	2,15	1,44	1,35	1,32	1,45	1,44
Einpersonenhaushalte	72,4	71,1	63,2	50,0	72,7	77,7	79,0	72,2	72,0
Haushalte m. Kindern	13,9	12,2	17,8	30,0	13,0	10,9	9,4	13,3	13,8
Einwohner m. Migra- tionshintergrund	16,4	17,4	19,0	14,0	14,8	22,0	22,3	18,5	22,0
MOBILITÄT (Umzüge)									
Zuzüge (2012) in %	16,6	21,8	11,8	16,3	19,8	18,9	23,0	17,6	19,0
Wanderungssaldo	2,6	0,1	-0,1	-4,7	-0,6	0,9	0,3	0,6	1,1
SOZIO-ÖKONOMISCHE	LAGE								
Wohngeld (Anteil an HH)	0,9	2,0	0,9	-	8,0	1,5	1,6	1,2	1,4
SGB XII	0,7	-	0,4	-	0,7	1,1	0,6	0,6	0,9
Schwerbehinderten- ausweise	8,4	10,0	4,6	-	6,6	6,8	7,1	6,9	8,5
Wohneigentumsquote	34,3	43,0	46,2	50,0	46,0	35,7	33,4	39,2	34,1
Wohnungen, vermietet	57,7	53,6	49,7	50,0	46,5	60,7	62,1	55,4	60,0
WOHNEN									
Wohnungen absolut	1.056	349	860	12	691	945	659	4.572	42.990
Anteil in Gebäuden mit									
1-2 Wohnungen	35,6	54,4	48,7	100, 0	34,7	29,9	29,9	37,6	29,1
3-6 Wohnungen	32,2	18,6	20,1	-	38,1	29,7	15,0	26,7	28,4
7-12 Wohnungen	13,4	2,9	19,9	-	7,4	8,1	9,7	11,2	17,4
13 und mehr Whg.	18,8	24,1	11,3	-	19,8	32,2	45,4	24,5	25,1
Wohnungseigentum									
Privatwirtschaft	-	-	4,5	25,0	-	10,1	0,9	3,1	5,0
Organisation o. Er- werbszweck oder Ge- nossenschaft	1,2	21,8	3,1	25,0	-	1,6	16,2	5,3	13,1
WEG	55,4	16,3	45,2	-	50,9	48,9	44,0	46,7	45,3
Privatpersonen	43,4	61,9	47,1	50,0	49,1	39,5	38,8	44,9	36,6
Wohnungsgrößen									
Ein bis zwei Zimmer	20,0	28,9	22,1	25,0	20,7	32,5	35,2	26,0	26,2
5 und mehr Zimmer	31,3	46,1	42,1	75,0	40,4	23,2	24,6	33,3	32,6

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Wohnen: Vollerhebung Zensus 2011.

min. 12% bis 12% plus 12%



Sozialräumliche Charakteristika

Vernetzung nach außen: Verbindung zur angrenzenden östlichen Innenstadt (Wilhelmsvorstadt, Mohlstraße) durch die Achse Wilhelmstraße, gut per Fahrrad zu erreichen. Durch städtische Randlage nicht direkt mit den benachbarten Stadtquartieren verbunden.

Vernetzung im Inneren: Lustnauer Zentrum gut per Fuß zu erreichen, dabei wichtige Fußwegverbindung durch den "grünen" Kirchgraben. Das Quartier Herrlesberg verfügt über eine Busanbindung, ansonsten nur zwei Zufahrtsstraßen zum Wohnquartier. Kompakter aneinanderhängender Stadtteil. Das Quartier Denzenberg ist aufgrund der begrenzenden Straßen (Bebenhäuser Str., Wilhelmstr.) von Lustnau abgehängt.

Öffentlicher Nahverkehr

Gute Anbindung an den Tübinger Stadtverkehr mit dem Bus, auch innerhalb des Stadtteils; verkehrsgünstig gelegen durch Nähe zur B27 und zum eigenen Bahnhof mit Regionalbahn-Anbindung.

Wohnen

Lustnau als dörflich geprägter Sozialraum besteht traditionellerweise aus Gebäuden mit 1 bis 2 großen Wohnungen mit vielen Zimmern, überproportional hohe Wohneigentumsquote. Entstehung des neuen Stadtquartiers "Alte Weberei" mit vielen Wohnungseigentümergemeinschaften.

Besondere Wohnangebote für Ältere im Altenzentrum Luise-Poloni-Heim, inklusive

betreuten Seniorenwohnungen und stationären Pflegeplätzen, weitere Wohnungen für Senioren des Siedlungswerks (Pfrondorfer Str.). Geplante Wohnplätze in integrativer Wohngemeinschaft im Quartier Alte Weberei für Menschen mit Behinderung.

Zentrum, Nahversorgung, Gastronomie

Einzelhandel rund um die zentral gelegene Dorfackerstraße; gastronomische Angebote im Bereich Kreuzstraße, Dorfackerstraße sowie am unteren Ende der Dorfstraße. Auf dem Herrlesberg lediglich ein genossenschaftlich organisierter Dorfladen sowie eine Pizzeria. Ursprünglicher Dorfkern sowie die Kreuzung Kreuzstraße/Pfrondorfer Straße bilden das fußläufig erreichbare Zentrum.

Freiraum

Gute Verbindungen zu Erholungsräumen: am nordöstlichen Ende des Stadtteils mit Feldern und dem Wald "Bitzle", über das Goldersbachtal in den Schönbuch in Richtung Bebenhausen. Im Stadtteil: der Kirchgraben als "grüne Lunge" und Fußwegeverbindung, mit Spielplätzen, Sportplatz sowie Basketballkorb und Tischtennisplatte. Weiterer Aufenthaltsraum auf dem zentralen Platz (Ecke Dorfackerstraße/ Riekertstraße/ Neuhaldenstraße). Spiel und Sportplätze sehr zentral im Dorfkern gelegen. Gute Radwege und viel Grün, viel Verkehr und Lärm durch B27.

Stadt(teil)leben und Infrastruktur

Vereinsleben: Geprägt durch ein aktives Vereinsleben, Lustnauer Vereine geben gemeinsames Nachrichtenblatt "Lustnau aktuell" heraus mit Informationen zu Veranstaltungen und Angeboten der Vereine und Kirchen. Jährliches Dorffest, "Dorfrally" für Kinder und Jugendliche etc.

Kulturelle und soziale Infrastruktur: Gute Infrastruktur und Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche, aber auch für ältere Menschen (Luise-Poloni-Heim). Angebote werden hauptsächlich von den örtlichen Vereinen gestellt, mit der Turn- und Festhalle sind zentrale Räumlichkeiten für Veranstaltungen. Aktive katholische und evangelische Kirchengemeinde mit Angeboten für verschiedene Ziel- und Altersgruppen. Bürgerbüro vor Ort von Vorteil für Menschen mit Mobilitätseinschränkung, insbesondere ältere Menschen (sollte aber barrierefrei erreichbar sein). Für Jugendliche ist der Hartplatz vor der Festhalle ein wichtiger Ort

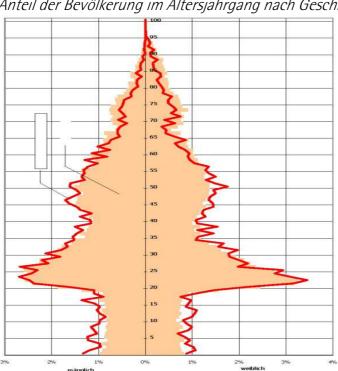
Bildung, Betreuung, Angebote für Familien, Kinder und Jugend: Jugendhaus "Bauwa Downtown" im Quartier Alte Weberei, Jugendtreff Lustnau, Kinder- und Jugendbüro auf dem Herrlesberg, Grund- und Hauptschule Dorfackerschule, Kita Kirchplatzschule, Städtisches Kinderhaus Herrlesberg, Stadtteilbauernhof.

Insgesamt: Eigene Identität als historisch gewachsener Stadtteil Lustnau, aktives Vereinsleben. Kompakter Sozialraum mit guten infrastrukturellen Bedingungen.

38 WEEBER+PARTNER 2 Sozialraumanalyse

Südstadt (13.327 Einwohner)

Die Südstadt war früher insbesondere unterhalb des ehemaligen Galgenbergs ein Stadtteil eher für ärmere Leute. Mit der Südstadtentwicklung, im Französischen Viertel und um den Lorettoplatz wurde gefragte urbane Lebensqualität geschaffen: gemischte Nutzung von Wohnen, Arbeiten, Dienstleistungen, vielseitige soziale Infrastruktur, viel Bürgerengagement, viele Baugemeinschaften mit Eigentumswohnungen, öffentliche Räume für ein lebendiges Stadtteilleben. Gute Vernetzung auch mit den mittelständischen innenstadtnahen älteren Wohnquartieren im Westen. Die Stuttgarter Straße wirkt als Barriere zu den Wohnlagen weiter im Süden. Diese sind geprägt durch den sozialen Wohnungsbau seit den 1960er Jahren, der auch heute noch überwiegend von Bevölkerungsgruppen mit wenig Geld, oft mit Migrationshintergrund und hoher Arbeitslosigkeit bewohnt wird. Durch Neubauten im Sanierungsgebiet Wennfelder Garten wird die Sozialstruktur auch in diesem Quartier breiter gemischt. Das Quartier Güterbahnhof/Depot/ Kiesäcker wird zu großen Teilen gewerblich genutzt. Dort befinden sich auch Teile des größten Einzelhandelsgebiets Tübingens, dahinter ein Wohnstandort, auch mit vielen Menschen ausländischer Herkunft.



Anteil der Bevölkerung im Altersjahrgang nach Geschlecht

Rote Linie: Südstadt Orangene Fläche:

Tübingen gesamt Quelle: Universitätsstadt Tübingen, Stand: 30.06.2013.

Soziale Lage der Bevölkerung in der Südstadt

- Die Südstadt ist ein Stadtteil mit einer jungen Bevölkerung, es gibt überproportional viele Kinder und Jugendliche und weniger ältere Menschen.
- ► Es leben dort viele Menschen mit Migrationshintergrund, dabei vor allem im Quartier Königsberger Str. / Wennfelder Garten.
- ► Es gibt insgesamt viele Menschen mit geringem Einkommen und Empfänger von Transferleistungen. Die Anteile liegen deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt.
- Die **Fluktuation** ist hoch, mit deutlichen Unterschieden in den Quartieren.

Übersicht Südstadt gesamt

	_	Süd	stadt	Tübiı	ngen	
	Einwohner absolut	13.327		84.3	84.393	
	Haushalte absolut	8.	962	58.509		
	HH-größe Durchschnitt	1,49		1,	45	
ور	Prognose 2030	17.639 (+32,4%)		105.784 (+20,2%)		
lkerun	Trend	7		>		
er	Zuzüge insgesamt (2012)	2.559 19,2%		16.008	19,0%	
<u> </u>	Wanderungssaldo	+61 0,46%		+905	1,07%	
evöl	Durchschnittsalter 2013 (errechnet aus der Prognose)	36,78		39	67	
В	Migrationshintergrund	3.644	27,3%	18.533	22,0%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013

		Süds	stadt	Tübii	ngen		
	SGB XII-Empfänger (Grund-sicherung, HLU, §67)	221	1,7%	734	0,9%		
ه ٥-	Arbeitslose nach SGB II	251	2,7%*	874	1,5%*		
ا کا ق	Arbeitslose nach SGB III	102	1,1%*	524	0,9%*		
l Sa	Familien mit Kindern, Anteil m	it verfügbare	m Einkommer	1 ⁷			
ار او	bis 20.400 Euro	36,	6%	27,2%			
[.으 5	mit mehr als 40.000 Euro	29,	7%	38,1%			
oz Nis	mit mehr als 60.000 Euro	9,0)%	16,2%			
S	Wohngeldempfänger	192	2,1%	845	1,0%		

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013; Bundesagentur für Arbeit, Stand 30.06.2014; * Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung (20 bis u. 65 J.)

		Südstadt	Tübingen
pu	Versorgungsquoten Kita		
5	Plätze u3	61,0%	61%
ρί	Plätze u3 ganztags	37,0%	33%
un g	Plätze ü3	110,6%	100%
an	Plätze ü3 ganztags	60,5%	41%
tre du	Übergang Gymnasium	62,0%	69,2%
Be. Bil	Empfänger Bildungs-und Teilhabepaket	(418) 3,1%	(1.407) 1,7%

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

		Süds	stadt	Tübingen		
_	Eingeladene Kinder zur ESU	14	18	76	67	
oun .	Sprachentwicklungstest (SETK), intensiver Förderbedarf	18,9	3%*	12,	3%	
es el	BMI: unter- / übergewichtig	3,1%*	9,3%*	6,2%	6,2%	
G P	Teilnahme U-Untersuchung	71,9	9%*	78,	2%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Landratsamt Tübingen, Abteilung Gesundheit, Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Okt. 2012 bis Sept. 2013; * kleinräumig noch nicht aussagekräftig aufgrund der kleinen Zahlen

⁷ Familien mit Kindern in städt. Kindertageseinrichtungen, Einkommen nach Gebührenerhebung der Kitas; jährl. Bruttoeinkommen des Kindes, welches einen Betreuungsplatz innehat und seiner mit im Haushalt lebenden Elternteile. Gesamtbetrag aller Einkünfte und Einnahmen nach den §§ 2 und 3 Einkommensteuergesetz (EStG)." S. Gebührensatzung

Quartiere im Sozialraum Südstadt

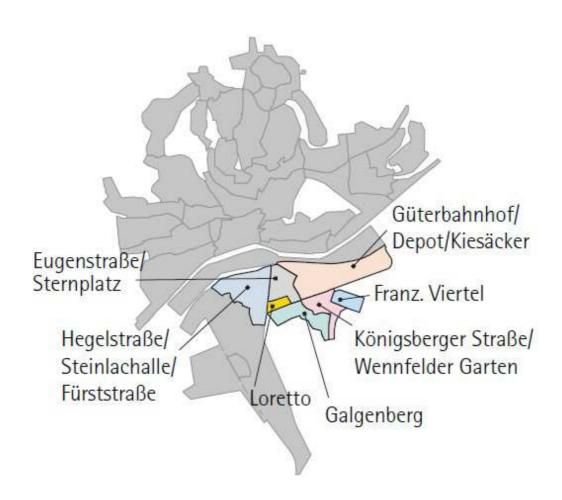
	Güter- bahn- hof/ Depot/ Kiesäck er	Fran- zösi- sches Viertel	Hegelstr./ Steinlach- allee/ Fürststr.	Eugen- str./ Stern- platz	Königs- berger Str./ Wenn- felder Garten	Gal- gen- berg	Loret- to	Süd- stadt	Tübin- gen
BEVÖLKERUNG									
Einwohner absolut	1.362	2.310	3.823	2.029	1.661	1.124	1.018	13.327	84.393
Altersgruppe u.18	10,9	22,0	16,1	13,5	19,3	25,4	22,5	17,9	14,5
Altersgr. 18 bis u.40	56,3	45,5	42,5	44,8	35,5	27,6	29,5	41,7	41,0
Altersgr. 40 bis u.65	22,8	29,4	30,9	29,8	32,3	35,0	41,0	30,9	30,1
Altersgr. 65 bis u.85	8,8	2,9	9,4	10,6	12,2	10,0	6,6	8,6	12,3
Altersgruppe 85+	1,2	0,2	1,1	1,2	0,8	2,1	0,5	1,0	2,0
Haushalte absolut	1.075	1.478	2.641	1.476	1.063	620	609	8.962	58.509
Einwohner pro HH	1,27	1,56	1,45	1,37	1,56	1,81	1,67	1,49	1,44
Einpersonenhaush.	82,1	68,3	72,8	75,5	65,1	56,3	61,1	70,8	72,0
Haushalte m. Kindern	10,2	23,5	15,3	13,2	19,9	25,8	26,1	17,7	13,8
Einwohner m. Migr.hintergrund	35,5	24,1	23,7	20,9	49,1	23,1	19,6	27,3	22,0
MOBILITÄT (Umzüge	2)								
Zuzüge (2012) in%	29,7	21,7	18,5	19,0	21,3	8,8	10,7	19,2	19,0
Wanderungssaldo	-3,7	-	0,6	1,7	6,7	-0,8	-4,7	0,5	1,1
SOZIO-ÖKONOMISC	HE LAGE								
Wohngeld (Anteil an HH)	2,5	2,8	2,1	1,6	2,9	1,0	1,3	2,1	1,4
SGB XII	2,7	0,7	1,1	1,1	5,6	1,0	-	1,7	0,9
Schwerbehinder-	7,1	3,3	7,5	7,9	10,7	8,5	6,6	7,2	8,5
tenausweise Wohneigentums-	15,2	29,3	25,7	23,9	12,6	43,1	57,4	26,6	34,1
quote Wohnungen, vermietet	80,7	64,9	68,4	69,4	81,1	53,6	36,3	67,7	60,0
WOHNEN	80,7	04,3	00,4	03,4	01,1	33,0	30,3	07,7	60,0
Wohnungen absolut	792	1.275	1.749	1.035	682	455	394	6.382	42.990
Anteil in Gebäuden		11270			302		301	0.002	12.000
1-2 Wohnungen	9,8	4,7	17,0	9,2	10,3	49,2	4,8	13,2	29,1
3-6 Wohnungen	17,3	8,9	35,3	51,6	37,8	35,4	18,3	29,6	28,4
7-12 Wohnungen	25,8	28,2	23,2	31,0	31,2	4,8	49,2	26,9	17,4
13 und mehr Whg.	47,1	58,2	24,6	8,2	20,7	10,5	27,7	30,2	25,1
Wohnungseigentum			,-			,-	, ,		,
Privatwirtschaft	12,4	1,2	10,4	0,7	47,2	13,2	-	10,7	5,0
Organisation o. Erwerbszweck oder Genossenschaft	28,8	37,6	13,3	17,7	29,8	11,9	-	21,6	13,1
WEG	45,8	57,3	50,8	55,5	14,7	24,0	97,7	49,3	45,3
Privatpersonen	13,0	4,0	25,5	26,2	8,4	51,0	2,3	18,3	36,6
Wohnungsgrößen									
Ein bis zwei Zimmer	29,3	42,9	24,3	18,2	2,9	13,6	22,8	24,5	26,2
5 und mehr Zimmer Auswertung: Weeber-	27,4	18,5	30,4	32,6	28,2	44,6	23,1	28,3	32,6

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Wohnen: Vollerhebung Zensus 2011.

Abweichung vom Anteil in ganz Tübingen um 12% des Anteils und mehr

min. 12% bis 12%

plus 12%



Sozialräumliche Charakteristika

Vernetzung nach außen: Von den benachbarten Stadtquartieren im Norden durch die B28, Neckar und Bahnlinie abgeschnitten, allerdings unmittelbare Nähe zum Hauptbahnhof und zur Innenstadt durch Fuß- und Radwegunterführung am Ende der Steinlachallee. Anschließende Verbindung nach Derendingen.

Vernetzung im Inneren: Loretto und Französisches Viertel als Quartiere der kurzen Wege: räumliche Nähe von Wohnungen, Arbeitsplätzen und Geschäften; geparkt wird in gemeinsamen Parkgaragen. Die Verkehrsachsen Stuttgarter Straße/B27 und Reutlinger Straße/B28 als Barrieren für Fußgänger und Radfahrer, deswegen auch teilweise (räumlich und sozial) getrennte Quartiere. Wichtige Fußwegüberführung zwischen Galgenberg und Loretto.

Öffentlicher Nahverkehr: Busverbindungen spielen wegen der Nähe zur Innenstadt weniger eine Rolle als das bestehende Fuß- und Radwegenetz innerhalb der Quartiere (speziell: Eugenstraße/Sternplatz und Hegelstraße/Steinlachallee/Fürststraße) sowie nach außen.

Wohnen

Viele Gebäude mit mehr als 6 Wohnungen, ausgenommen Gebäudetypen auf dem Galgenberg; dort viele Eigentumswohnungen. Ehemalige Kasernengebäude entlang der Stuttgarter Straße und im Französischen Viertel, die heute von Wohneigentümergemeinschaften oder Mietern bewohnt sind. Hechinger Str. Gründerzeitbauten, bürgerlicher Teil, Quartier westlich der Steinlach, Einfamilienhausgebiet, eher ho-

mogen, anders als die übrige Südstadt. Was früher dem Militär gehörte, war lange problematisch (Stuttgarter Str.); Bevölkerungsstruktur hat sich inzwischen durch städtebauliche Veränderungen normalisiert; Wennfelder Garten: Einfachwohnungen, jetzt Sanierungsgebiet.

Eine Vielzahl an besonderen Wohnangeboten und –formen für verschiedene Zielgruppen mit Unterstützungsbedarf. Für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung an zwei Standorten jeweils barrierefreie Wohnungen für ambulant betreutes Wohnen (Huberstraße & Mömpelgarder Weg), betreutes Wohnen für Senioren im Haus Steinlachpark (Memminger Str.). Weitere stationäre Plätze für Menschen mit Behinderungen im Französischen Viertel (8 Plätze, LWV Eingliederungshilfe). Durch den Verein zur Förderung einer sozialen Psychiatrie e.V. sowie den Freundeskreis Mensch e.V. stationäre Plätze für psychisch kranke Menschen im Lotte-Zimmer-Haus (Lorettoviertel) und Wohngemeinschaften in der Huberstraße, eine sozialtherapeutische Jugendwohngruppe für 6 bis 14-Jährige (Paulinenstraße) sowie 12 bis 21-Jährige in der Katharinenstraße (Martin-Bonhoeffer-Häuser). Notunterkünfte für wohnungslose Männer (Kiesäckerstraße) und Frauen (Eisenhutstraße), Anschlusswohnraum für wohnungslose Männer im Wennfelder Garten. Studentenwohnheime im Französischen Viertel.

Zentrum, Nahversorgung & Gastronomie

Insgesamt gute Nahversorgung durch das großflächige Einzelhandelszentrum im Gebiet der Reutlinger Straße/B28. Kleine Nahversorgungsmöglichkeiten im Bereich Sternplatz und Französisches Viertel. Gastronomische Angebote im Loretto-Areal (u.a. Café Chris, Gaststätte Loretto), ebenfalls im Einzugsbereich des Sternplatzes (u.a. Kantine des Landestheaters) und Französischen Viertels. Drei zentrale Stadtplätze für Aufenthalt und Sich-Treffen (Lorettoplatz, Sternplatz und Aixer Str./Panzerhalle).

Freiraum

Urbanes Quartier mit Grün- und Erholungsflächen im Gebiet am Galgenberg inklusive Bergfriedhof sowie "Volksgarten" (Ecke Paulinenstr./Ebertstr.), wo sich ein Spielplatz und ein Sportplatz in einem Park befinden; des Weiteren entlang des Ufers der Steinlach (Steinlachallee & Fürststraße).

Stadt(teil)leben und Infrastruktur

Netzwerke: Besondere Identifikation der BewohnerInnen in den Quartieren Loretto und Franz. Viertel, aufgrund des Stadtentwicklungsgebiets (preisgekrönte Stadtentwicklung). Geprägt durch enge nachbarschaftliche Beziehungen und Bewohnerinitiativen (z.B. Lorettina, Organisation eines jährlichen Lorettofestes, bereits seit 2004).

Kulturelle und soziale Infrastruktur: Im Stadtteil (Eberhardstraße) befindet sich das überregional bekannte Landestheater Tübingen sowie das privat getragene Vorstadttheater, außerdem das Tanz & Rock'n'Roll Zentrum Tübingen (Loretto), Ki-Dojo – Verein für Kampfkunst und Gewaltprävention, (speziell im Loretto) eine Vielzahl von Einrichtungen, die eine gesamtstädtische Bedeutung besitzen (z.B. Familienbildungsstätte, Volkshochschule, Haus der Kirche "Villa Metz"), Nachbar-

schaftshilfen und Sozialstationen der Johanniter (Hegelstraße) und der evangelischen Diakoniestation (Hechinger Str.), Tages- und Seniorenbetreuung im Haus der Sozialen Dienste (Huberstraße) sowie im Assistenzzentrum Christophstraße.

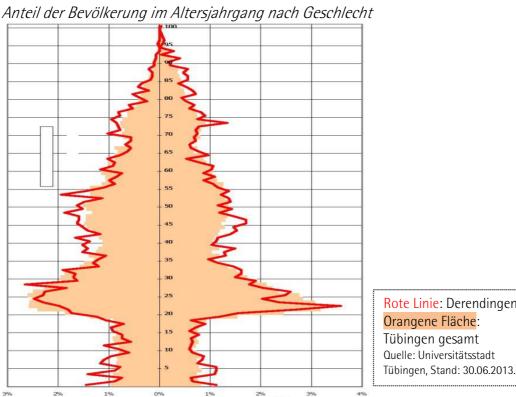
Bildung, Betreuung, Angebote für Familien, Kinder, Jugend: Vielzahl an Einrichtungen und Vereinen im oder in der unmittelbaren Nähe des Loretto-Areals und des Französischen Viertels, so unter anderem der Bürgertreff Janusz-Korczak oder das Werkstadthaus (ebenfalls Stadtteiltreff). Des Weiteren vor allem Einrichtungen im Bereich Familie, Kinder und Jugendliche – zu nennen ist das elkiko Familienzentrum, Pfunzkerle e.V. sowie zwei Familientreffs (im KH Janusz-Korczak und Werkstadthaus). Entsprechend der erhöhten Kinderzahl viele Kinderhäuser im Stadtteil. Die Martin-Bonhoeffer-Häuser unterhalten die nachbarschaftliche Selbsthilfe NaSe (gemeinwesenorientierte Jugendarbeit) und eine Jugendhilfestation in der Südstadt.

Migration: Das Caritas-Zentrum bietet Migrationsberatung, Betreuung und Inter-kulturelle Vermittlung an.

Insgesamt: Lebendiger gefragter Stadtteil mit unterschiedlichen Quartieren und Milieus, die zum Teil noch wenig vernetzt sind. Wichtiger Standort für Menschen mit Behinderungen, gute öffentliche Räume, vielfältige soziale Infrastruktur, höchste Zahl an Jugendangeboten in Tübingen, Haushalte und Personen mit Unterstützungsbedarf stark vertreten.

Derendingen (6.044 Einwohner)

Das alte Zentrum von Derendingen jenseits der Bahnlinie ist noch von seiner Geschichte als ehemaliges eigenständiges Dorf mit seinen umgebenden Grünflächen geprägt. Getrennt durch die Gleisanlagen der Bahn ist es mittlerweile mit den südlichen Tübinger Stadterweiterungsgebieten zusammengewachsen. Südlich der Südstadt am Rande von Tübingen wurde kontinuierlich überwiegend seit den 1950er Jahren viel Verschiedenes untergebracht: Häusergruppen mit unterschiedlichster Wohnbebauung (u.a. Mühlbachäcker, Feuerhägle, Gartenstadt), große Gewerbegebiete (im Bereich Gartenstadt/Steinlachwasen und Mühlbach-äcker), neuerdings auch ein großes Behördenzentrum sowie das umfangreiche Schul-, Sport- und Bildungszentrum entlang der Steinlach. Das neue Quartier Mühlenviertel mit einem hohen Anteil an Wohnungseigentümergemeinschaften und Baugemeinschaften setzt mit seiner hochwertigen Gestaltung neue Akzente. Der einzige Supermarkt liegt außerhalb. Ein durchgehender Grünzug verbindet Derendingen mit der Südstadt.



Rote Linie: Derendingen Orangene Fläche: Tübingen gesamt Quelle: Universitätsstadt

Soziale Lage der Bevölkerung in Derendingen

- Die Altersstruktur entspricht dem Tübinger Durchschnitt. Eine Ausnahme bildet das Mühlenviertel, in dem überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche leben. Durch das Samariterstift gibt es viele ältere Menschen ab 85 Jahre.
- ► Auch die sozio-ökonomische Lage entspricht dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Durch das Mühlenviertel gibt es weniger Familien mit geringem Einkommen bis 20.400 Euro pro Jahr.
- Die Versorgungsquoten für Kindertageseinrichtungen sind überdurchschnittlich hoch.

Übersicht Derendingen gesamt

		Deren	ıdingen	Tübingen		
	Einwohner absolut	6.044		84.3	84.393	
	Haushalte absolut	4.125		58.	58.509	
g	HH-größe Durchschnitt	1,47		1,	45	
	Prognose 2030	8.050 (+33,2%)		105.784 (+20,2%)		
l n	Trend	>		>		
er	Zuzüge insgesamt (2012)	1.002	16,6%	16.008	19,0%	
<u> </u>	Wanderungssaldo	+30	0,50%	+905	1,07%	
evölkerung	Durchschnittsalter 2013 (errechnet aus der Prognose)	40,29		39	,67	
8	Migrationshintergrund	1.188	19,7%	18.533	22,0%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013

		Deren	dingen	Tübii	ngen	
	SGB XII- Empfänger (Grund- sicherung, HLU, §67)	50	0,8%	734	0,9%	
ه ٥-	Arbeitslose nach SGB II	57	1,4%*	874	1,5%*	
Z g	Arbeitslose nach SGB III	36	0,9%*	524	0,9%*	
5 G	Familien mit Kindern, Anteil m	1 8				
ان او	bis 20.400 Euro	22,	8%	27,2%		
.으 5	mit mehr als 40.000 Euro	42,	3%	38,	1%	
oz nis	mit mehr als 60.000 Euro	17,	4%	16,	2%	
S	Wohngeldempfänger	51	1,2%	845	1,0%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013; Bundesagentur für Arbeit, Stand 30.06.2014; * Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung (20 bis u. 65 J.)

		Deren	dingen	Tübiı	ngen	
hu	Versorgungsquoten Kita					
<u> </u>	Plätze u3	80,	7%	61%		
βl	Plätze u3 ganztags	49,	0%	33%		
un	Plätze ü3	119	,7%	100%		
na	Plätze ü3 ganztags	47,	8%	41%		
tr du	Übergang Gymnasium	68,	4%	69,2%		
Be. Bil	Empfänger Bildungs-und Teilhabepaket	82	1,4%	1.407	1,7%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

		Derend	dingen	Tübingen		
-	Eingeladene Kinder zur ESU	5	8	767		
Sprachentwicklungstest (SETK), intensiver Förderbedarf		10,3	3%*	12,3%		
es el	BMI: unter- / übergewichtig	5,7%*	7,5%*	6,2%	6,2%	
<u>Б</u> Ч	Teilnahme U-Untersuchung		79,9%*		78,2%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Landratsamt Tübingen, Abteilung Gesundheit, Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Okt. 2012 bis Sept. 2013; * kleinräumig noch nicht aussagekräftig aufgrund der kleinen Zahlen

⁸ Familien mit Kindern in städt. Kindertageseinrichtungen, Einkommen nach Gebührenerhebung der Kitas; jährl. Bruttoeinkommen des Kindes, welches einen Betreuungsplatz innehat und seiner mit im Haushalt lebenden Elternteile. Gesamtbetrag aller Einkünfte und Einnahmen nach den §§ 2 und 3 Einkommensteuergesetz (EStG)." S. Gebührensatzung

Quartiere im Sozialraum Derendingen

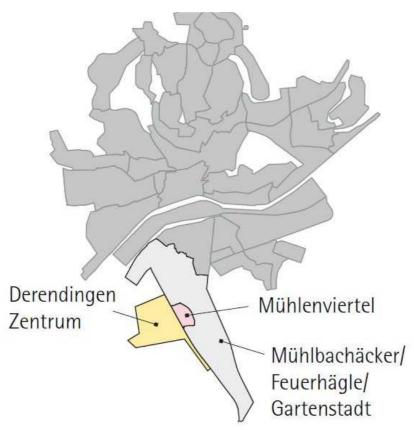
	Derendingen- Zentrum	Mühlbach- äcker/ Feu- erhägle /Gartenstadt	Mühlen- viertel	Derendingen	Tübingen
BEVÖLKERUNG					
Einwohner absolut	1.821	3.393	830	6.044	84.393
Altersgruppe u.18	14,1	14,1	23,0	15,3	14,5
Altersgruppe 18 bis u.40	34,4	42,4	27,8	38,0	41,0
Altersgruppe 40 bis u.65	34,6	28,6	33,7	31,1	30,1
Altersgruppe 65 bis u.85	15,0	13,0	10,0	13,2	12,3
Altersgruppe 85+	1,9	1,9	5,4	2,4	2,0
Haushalte absolut	1.257	2.377	491	4.125	58.509
Einwohner pro Haushalt	1,45	1,43	1,69	1,47	1,44
Einpersonenhaushalte	69,3	72,1	62,5	70,1	72,0
Haushalte mit Kindern	14,4	14,0	24,8	15,4	13,8
Einwohner m. Migrations- hintergrund	21,5	19,0	18,4	19,7	22,0
MOBILITÄT (Umzüge)					
Zuzüge (2012) in %	14,1	18,7	13,3	16,6	19,0
Wanderungssaldo	-0,9	0,7	2,7	0,5	1,1
SOZIO-ÖKONOMISCHE LAGE					
Wohngeld (Anteil an HH)	1,4	1,1	1,2	1,2	1,4
SGB XII	1,5	0,7	-	8,0	0,9
Schwerbehindertenausweise	8,6	8,8	6,0	8,4	8,5
Wohneigentumsquote	34,6	37,6	47,3	38,0	34,1
Wohnungen, vermietet	60,4	57,0	50,8	57,2	60,0
WOHNEN					
Wohnungen absolut	1.040	1.715	463	3.218	42.990
Anteil in Gebäuden mit					
1-2 Wohnungen	35,3	28,0	11,9	28,1	29,1
3-6 Wohnungen	30,9	32,1	10,4	28,6	28,4
7-12 Wohnungen	26,0	14,2	36,5	21,2	17,4
13 und mehr Wohnungen	7,9	25,7	41,3	22,2	25,1
Wohnungseigentum					
Privatwirtschaft	0,6	7,3	-	4,1	5,0
Organisation o. Erwerbszweck oder Genossenschaft	13,0	7,9	3,7	8,9	13,1
Wohnungseigentümer- gemeinschaft	47,5	46,6	88,1	52,9	45,3
Privatpersonen	38,9	38,1	8,2	34,1	36,6
Wohnungsgrößen					
Ein bis zwei Zimmer	18,2	21,0	35,4	22,2	26,2
5 und mehr Zimmer	31,9	32,7	23,1	31,0	32,6

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Wohnen: Vollerhebung Zensus 2011.

Abweichung vom Anteil in ganz Tübingen um 12% des Anteils und mehr

min. 12% bis 12%

plus 12%



Sozialräumliche Charakteristika

Vernetzung nach außen: Anschließend an den benachbarten Sozialraum der Südstadt, jedoch städtische Randlage als Stadtquartier. Verbunden mit der Südstadt durch die Derendinger Str. im Westen und die Hechinger Str./B27 im Osten.

Vernetzung im Inneren: Bahnlinie als trennendes Element zwischen den Quartieren Derendingen-Zentrum und Mühlenviertel. Fußgänger-Unterführung der Bahnlinie auf Höhe des Mühlenviertels nicht barrierefrei. Keine Verbindung zum Gebiet im Bereich Fuchsstraße im Südwesten des Stadtteils.

Öffentlicher Nahverkehr: Durch den Stadtteil fährt die Zollernalbbahn, die vom Tübinger Hauptbahnhof über Hechingen, Balingen, Albstadt und Sigmaringen bis nach Aulendorf verläuft. Die Innenstadt ist per Bus erreichbar. Entlang der Steinlach sind Bahnhof und Zentrum auch gut per Fahrrad zu erreichen.

Wohnen

Derendingen als ehemals dörflicher Sozialraum ist geprägt von Häusern mit sowohl 1 bis 2 (ehem. Bauernhäuser) als auch mehreren Wohnungen. Das Quartier Mühlenviertel hat überwiegend moderne Mehrfamilienhäuser mit 7 und mehr Wohnungen. Zeilenbauten, kleine Hochhäuser aus unterschiedlichen Baujahren im übrigen Stadtteil, abgeschieden, die kleine Gartenstadt überwiegend mit Einfamilienhäusern.

Besondere Wohnformen: Betreutes Wohnen für ältere Menschen in Seniorenwohnungen und stationäre Pflegeangebote im Samariterstift im Mühlenviertel, sowie im Haus am Rammert (Sieben-Höfe-Str.) im Zentrum Derendingens. Ambulant betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung (4 Plätze) ebenfalls im Mühlenviertel.

Zentrum, Nahversorgung, Gastronomie

Zentraler Bereich im alten Dorfkern – fast kein Einzelhandel mehr – sowie ein zentraler Platz im Mühlenviertel (Magazinplatz). Im nördlichen und südlichen Teil des Stadtteils fehlt ein klar definiertes Zentrum durch lange Wege, Gewerbe und Schulzentrum. Kaum Nahversorgungsangebote, mit Ausnahme des Discounter-Supermarkts "Aldi" am südlichen Rand des Stadtteiles beim Mühlenviertel sowie kleinere Geschäfte in der Heinlenstraße.

Freiraum

Erholungs- und Bewegungsräume im Bereich der Gartenstadt (Waldgebiet, östlich), des Steinlachwasens (Waldgebiet, südwestlich) sowie nordwestlich des Zentrums (Felder, Äcker). Aufenthalts- und Spaziermöglichkeiten entlang der Steinlach.

Stadt(teil)leben und Infrastruktur

Vielfältiges Vereinsleben: ausgeprägte Vereinsstruktur mit vielfältigen Angeboten in den Bereichen Sport, Musik, Freizeit und Soziales – ein Turnverein, Musik- und Schützenvereine sowie Radfahrerverein, eine Ortsgruppe des DRK und des CVJM, auch ein Bürgerverein, der Derendingen e.V.. Er ist auch Träger des Stadtteiltreffs im Samariterstift.

Kulturelle und soziale Infrastruktur: vielfältige Aktivitäten der Kirchen, u.a. als Träger sozialer und Bildungseinrichtungen. Sudhaus als soziokulturelle Einrichtung mit stadtweiter Bedeutung.

Bildung und Betreuung, Angebote für Familien, Kinder und Jugend: Im Bereich der Steinlach und der Primus-Truber-Straße eine Vielzahl von Schul- und Bildungseinrichtungen (alle Schularten sowie eine Gewerbliche Schule und ein Bildungsund Technologiezentrum) mit Sportplätzen für Jugendliche. Für Kinder mehr als 8 Kinderhäuser, Kindergärten und Krippen. Das Schülercafé Toast+T bietet ein betreutes Mittagsangebot für Schüler und Schülerinnen im Schulzentrum. Winterspielplatz in der Sporthalle. Zudem hat bereit die Kinder- und Jugendfarm e.V. als eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Derendingen eröffnet.

Für Ältere: Pflegeheim Samariterstift im Mühlenviertel; betreute Altenwohnanlagen Haus am Rammert in Alt-Derendingen.

In Bau: Flüchtlingsunterkunft beim Landratsamt.

Insgesamt: Dorfkern mit gewachsenen sozialen Strukturen, vielfältigen Angeboten und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, sehr unterschiedliche voneinander abgegrenzte Quartiere, die wenig Bezug zu einander haben. Ausgeprägte Barriere durch die Bahnlinie.

Ortschaften (15.817 Einwohner)

Die acht Tübinger Ortschaften (Unterjesingen, Hagelloch, Bebenhausen, Pfrondorf, Weilheim, Kilchberg, Bühl, Hirschau) weisen eine Reihe von Gemeinsamkeiten im Hinblick auf Stärken, Entwicklungen, Sozialstruktur und Herausforderungen auf.

Stärken:

In den Ortschaften gibt es ein aktives Gemeinde- und Vereinsleben, auch die Kirchengemeinden beteiligen sich (in guter Kooperation mit den übrigen Vereinen) an der Gemeinwesenarbeit, so dass für alle Altersgruppen Möglichkeiten für Engagement und Freizeitgestaltung bestehen. Die Gaststätten sind neben noch vorhandener Nahversorgung wichtige Kontaktorte. Das Leben in den Ortschaften wird geprägt von noch häufig funktionierenden familiären und nachbarschaftlichen Strukturen, mit Unterschieden zwischen der einheimischen und zugezogenen Bevölkerung. Es sind ausreichend Betreuungsangebote für Kinder vorhanden – meist zwei, teilweise auch drei Kinderhäuser sowie eine Grundschule. Meist gute bis ordentliche Anbindung nach Tübingen, per Bus oder Rad-/Fußweg.

Herausforderungen:

Der demografische Wandel betrifft die Ortschaften aufgrund ihrer Sozialstruktur verstärkt – Wohn- und Pflegeangebote für ältere Menschen sowie Wohnraum für Familien werden benötigt. Oft fehlen Angebote für Teenies und Jugendliche, diese orientieren sich auch dadurch zunehmend in innerstädtische Gebiete. In vielen Ortschaften verschwinden Nahversorgungs- und Dienstleistungsangebote, die auch wichtige Kommunikationsorte sind. Zum Teil wurden alternative Konzepte ("Fahrende Händler", Genossenschaftsläden) entwickelt. Nachholbedarf gibt es bezüglich der Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden wie z.B. den Verwaltungsstellen. Diese sollten auch als wichtiges Angebot insbesondere für die ältere Bewohnerschaft erhalten bleiben.

Typische Entwicklungen:

Die Bewohnerschaft in den Ortschaften wird immer älter, Kinderzahlen sind rückläufig (vgl. Schulplanung). Neue Zuzüge durch junge Familien mit Kindern werden gebremst durch fehlenden, ausreichend großen Wohnraum innerhalb der Ortskerne sowie am Rand (Neubaugebiete). Jugendliche halten sich nicht mehr in den Ortschaften auf (durch den Besuch weiterführender Schulen, Ganztagesangebote), der Ort als Lebensmittelpunkt geht verloren, auch das Engagement in Vereins- und Ehrenamtsstrukturen geht zurück.

Soziale Lage der Bevölkerung in den Ortschaften

- ► Die Bewohnerschaft der Ortschaften ist im Durchschnitt deutlich älter als im Kernstadtgebiet.
- ► Viele Familien mit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren.
- ► Weniger Menschen mit Migrationshintergrund in den Ortschaften.
- ► Insgesamt weniger Zuzüge und eine geringere Fluktuation als in den städtischen Gebieten, der Bevölkerungstrend zeigt leicht nach unten.
- Geringe Wohngeld- u. Sozialleistungsbezüge, hohe Wohneigentumsquote.

Übersicht Ortschaften gesamt

		Ortso	haften	Tübingen		
	Einwohner absolut	15	.817	84.393		
	Haushalte absolut	9.	802	58.509		
	HH-größe Durchschnitt	1	,61	1,	45	
gu	Prognose 2030	15.121	(-4,4%)	105.784 (+20,2%)		
l n	Trend	•	<u> </u>	<u> </u>		
er	Zuzüge insgesamt (2012)	2.039	12,9%	16.008	19,0%	
<u>×</u>	Wanderungssaldo	+205	1,30%	+905	1,07%	
evölkerung	Durchschnittsalter 2013 (errechnet aus der Prognose)			39,67		
<u> </u>	Migrationshintergrund	2.265	14,3%	18.533	22,0%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013

		Ortscl	naften	Tübingen				
	SGB XII-Empfänger (Grund- sicherung, HLU, §67)	124	0,8%	734	0,9%			
ه 0	Arbeitslose nach SGB II	125	1,3%*	874	1,5%*			
	Arbeitslose nach SGB III	95	1,0%*	524	0,9%*			
5 <u>"</u>	Familien mit Kindern, Anteil mit verfügbarem Einkommen 9							
ا ب	bis 20.400 Euro	25	5%	27,2%				
.으 눈	mit mehr als 40.000 Euro	35	50/0	38,1%				
 0Z sir	mit mehr als 60.000 Euro	12	20/0	16,2%				
ς Σ	Wohngeldempfänger	80	0,8%	845	1,0%			

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013; Bundesagentur für Arbeit, Stand 30.06.2014; * Anteil an erwerbsfähiger Bevölkerung (20 bis u. 65 J.)

		Ortsch	naften	Tübiı	ngen	
pu	Versorgungsquoten Kita					
n	Plätze u3	52	.º/o	61%		
gu	Plätze u3 ganztags	11	0/0	33%		
un	Plätze ü3	98	3%	100%		
en	Plätze ü3 ganztags	18	¹⁰ / ₀	41%		
tr	Übergang Gymnasium	68	30/0	69,2%		
Be. Bil	Empfänger Bildungs-und Teilhabepaket	209	1,3%	1.407	1,7%	

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales

			Ortsch	naften	Tübingen		
_		Eingeladene Kinder zur ESU	1!	52	767		
nn:	5 (SETK), intensiver Förderbedarf		11,2	2%*	12,3%		
es	ei.	BMI: unter- / übergewichtig	#	#	6,2%	6,2%	
<u> </u>	Teilnahme U-Untersuchung		81,7	7%*	78,2%		

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Landratsamt Tübingen, Abteilung Gesundheit, Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen (ESU) Okt. 2012 bis Sept. 2013; * kleinräumig noch nicht aussagekräftig aufgrund der kleinen Zahlen; # zu geringe Fallzahlen

9

⁹ Familien mit Kindern in städt. Kindertageseinrichtungen, Einkommen nach Gebührenerhebung der Kitas; jährl. Bruttoeinkommen des Kindes, welches einen Betreuungsplatz innehat und seiner mit im Haushalt lebenden Elternteile. Gesamtbetrag aller Einkünfte und Einnahmen nach den §§ 2 und 3 Einkommensteuergesetz (EStG)." S. Gebührensatzung

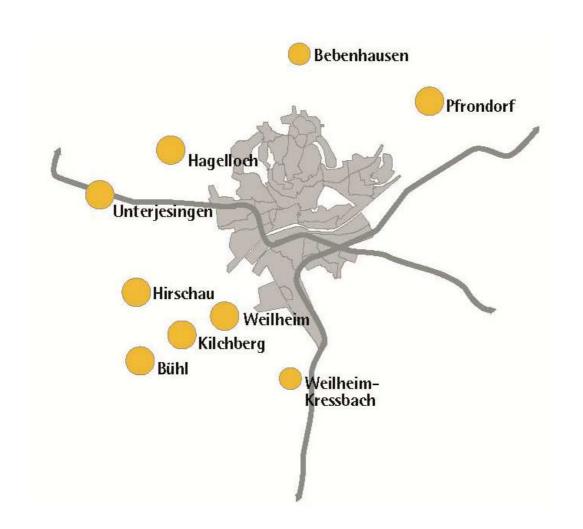
Ortschaften im Vergleich

Orischaften im Ver	Unter- jesingen	Hagel- loch	Beben- hausen	Pfron- dorf	Weil- heim	Kilch berg	Bühl	Hir- schau	Tübin- gen
BEVÖLKERUNG									
Einwohner absolut	2.564	1.620	330	3.270	1.473	1.246	2.058	3.256	84.393
Altersgruppe u.18	16,2	14,9	16,4	17,8	16,6	18,4	18,0	18,1	14,5
Altersgr. 18 bis u.40	32,1	28,5	24,2	28,9	30,3	24,5	29,4	31,3	41,0
Altersgr. 40 bis u.65	35,9	34,0	37,9	36,2	33,9	36,8	38,5	35,0	30,1
Altersgr. 65 bis u.85	14,2	20,7	19,4	14,7	16,6	18,1	12,4	14,3	12,3
Altersgruppe 85+	1,6	1,9	2,1	2,5	2,6	2,2	1,7	1,3	2,0
Haushalte absolut	1.643	1.004	215	1.999	941	756	1.251	1.993	58.509
Einwohner pro HH	1,56	1,61	1,53	1,64	1,57	1,65	1,65	1,63	1,44
Einpersonenhaushalte	64,6	60,4	67,0	60,6	62,1	60,7	59,2	61,1	72,0
Haushalte mit Kindern	16,4	14,0	15,3	18,5	18,2	17,7	18,7	18,3	13,8
Einwohner m. Migra- tionshintergrund	18,3	8,1	12,7	11,8	16,8	12,4	16,2	15,4	22,0
MOBILITÄT (Umzüge)									
Zuzüge (2012) in %	13,9	7,7	9,1	14,0	16,6	10,4	10,5	14,7	19,0
Wanderungssaldo	1,8	-1,0	-0,9	2,8	1,4	0,5	0,3	1,7	1,1
SOZIO-ÖKONOMISCHE	LAGE								
Wohngeld (Anteil an HH)	1,0	0,5	-	0,7	1,1	1,1	0,7	0,9	1,4
SGB XII	0,7	-	-	0,3	0,3	0,7	8,0	0,5	0,9
Schwerbehinderten- ausweise	8,0	10,1	-	8,0	7,7	8,9	8,9	7,9	8,5
Wohneigentumsquote	48,2	63,8	52,8	57,8	47,2	49,5	57,2	48,9	34,1
Wohnungen, verm.	46,8	30,0	43,4	35,2	45,3	47,3	39,6	47,7	60,0
WOHNEN									
Wohnungen absolut	1.248	779	159	1.468	618	509	801	1.388	42.990
Anteil in Gebäuden mit									
1-2 Wohnungen	52,0	77,8	65,4	70,2	61,3	68,0	61,8	53,0	29,1
3-6 Wohnungen	30,9	22,2	34,6	23,2	17,8	24,4	24,8	32,6	28,4
7-12 Wohnungen	9,7	-	-	6,6	14,6	7,7	6,6	12,7	17,4
13 und mehr Whg.	7,4	-	-	-	6,3	-	6,7	1,8	25,1
Wohnungseigentum									
Privatwirtschaft	1,8	0,5	-	2,7	1,5	-	0,4	4,2	5,0
Organisation o. Er- werbszweck oder Ge- nossenschaft	1,2	-	1,9	0,2	3,2	1,8	3,5	5,5	13,1
Wohnungseigentümer- gemeinschaft	34,9	21,8	27,0	22,7	36,1	29,1	32,8	36,1	45,3
Privatpersonen	62,2	77,7	71,1	74,4	59,2	69,2	63,3	54,3	36,6
Wohnungsgrößen									
Ein bis zwei Zimmer	16,9	9,0	10,7	11,4	17,0	12,4	12,9	12,9	26,2
5 und mehr Zimmer	43,8	55,1	55,3	53,4	46,8	57,6	52,8	49,6	32,6

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Wohnen: Vollerhebung Zensus 2011.

Abweichung vom Anteil in ganz Tübingen um 12% des Anteils und mehr





Besondere sozialräumliche Charakteristika

Unterjesingen (2.564):

Prägend ist die Durchfahrtsstraße Jesinger Hauptstraße/B 28, die den Ort in zwei Teile trennt. Erholungs- und Bewegungsflächen im Norden und Süden. Die zahlreichen Weingärten an den sonnigen Südhängen Markenzeichen von Unterjesingen. Viele ansässige (mittelständische) Betriebe, über 220 Arbeitsplätze. Besondere Angebote für ältere Menschen: Paritätischer Club. Das Pflegeheim Schloss Roseck wurde Anfang des Jahres geschlossen. Drei Besenwirtschaften, eine Vielzahl an Vereinen.

Hagelloch (1.620):

Hagelloch, ein Ort ohne Durchgangsverkehr, liegt am Rand des Schönbuchs. Sukzessive gewachsen, lebendiges örtliches Leben, auch durch gute Kooperation von Vereinen, Institutionen und Kirchengemeinde. Es ist aber schwierig, Nachwuchs für die Vereinsarbeit zu finden. Die Grundschule wird schon lange inklusiv betrieben. Es hat ein Geburtshaus eröffnet, das von selbständigen Hebammen betrieben wird (Kooperation mit Kliniken). Durch eine Schenkung besteht die Möglichkeit, ein Vorhaben für betreutes Wohnen zu planen. Dazu gibt es Gespräche mit der GWG und der AHT. Außerdem ist Hagelloch mit drei Projekten im Programm "Entwicklungsgebiet ländlicher Raum", um Sanierungen sowie Infrastrukturansiedlung im Ortskern zu fördern (Metzgerei).

Bebenhausen (330):

Bebenhausen ist die kleinste Ortschaft von Tübingen direkt im Schönbuch gelegen, geprägt und bekannt durch sein Zisterzienserkloster und das Jagdschloss der württembergischen Könige. Das gesamte Ortsbild steht unter Ensembleschutz. Tourismus spielt hier eine große Rolle. Für die Bevölkerung gibt es keine Nahversorgung. Das städtische Kinderhaus Bebenhausen gehört zum Kinderhaus Waldschule auf der Wanne.

Pfrondorf (3.270):

Größte Ortschaft mit einem zentralen Bereich, in dem sich viele Infrastrukturangebote und öffentliche Einrichtungen befinden: das Rathaus, der genossenschaftlich organisierte Dorfladen, der auch als Begegnungsort funktioniert, der Jugendraum für 12- bis 15-Jährige, das Seniorenzentrum mit betreutem Wohnen und Pflege und angeschlossenem Dorfcafé, das auch als Stadtteiltreff genutzt wird. Die Nachbarschaftshilfe hat sich aufgrund der professionelleren ambulanten Dienste aufgelöst. Am Ortsrand – "auf der grünen Wiese" – liegt die Sophienpflege, eine Einrichtung der Jugendhilfe mit gesamtstädtische Bedeutung.

Weilheim (1.473):

Weilheim ist eine langgezogene Ortschaft mit Industrie, Gastronomie und einem großen REAL-Einkaufsmarkt am nördlichen Rand. Zu Weilheim gehören auch die Ortsteile Kreßbach und Eckhof auf der Hochebene des Rammerts. Es ist ein eher in sich geschlossenes Dorf, das sich durch den Zuzug junger Familien öffnet. Es gibt keine Nahversorgung im Ort. Am Rand liegt eine große Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge. Die Flüchtlinge orientieren sich vorwiegend in die Innenstadt-Gebiete und halten sich weniger in Weilheim auf. Eine Herausforderung ist, insbesondere die Kinder der Flüchtlingsfamilien in das Dorfleben zu integrieren.

Kilchberg (1.246):

Zum zentralen Dorfkern gehören Verwaltungsstelle, Stadtteiltreff, Pfarrhaus und Feuerwehrhaus. Nachdem alle Geschäfte nach und nach geschlossen haben (eine Ausnahme stellt der Hofladen Kilchberg dar), wurde im Rathaus ermöglicht, dass zwei Mal in der Woche ein Bäcker dort seine Waren verkaufen kann. Im Wohngebiet "Vormorgen" gibt es (geförderte) Mehrfamilien-häuser der GWG und eine Wohngruppe der Lebenshilfe. Ansonsten ist der Ort durch Einfamilien- und Doppelhäuser geprägt. Der Bürgerverein PRO Kilchberg betreibt den Stadtteiltreff, Kultur- und Denkmalpflege. Ortsbildprägend ist das große Schloss mit Orangerie am Ortseingang, das sich in Privatbesitz befindet.

Bühl (2.058):

Bühl, im Neckartal gegenüber der Wurmlinger Kapelle gelegen, ist auf Tübingen und das benachbarte Rottenburg orientiert. Das Ortsbild wird durch den alten Ortskern mit dem Schloss geprägt. Durch den Neubau der B28 würde es für Bühl eine spürbare Verkehrsentlastung geben. Ein besonderer Erholungsraum ist das Naturschutzgebiet Bühler Tal in Richtung Süden sowie zum Neckar im Norden. Barrierefreie Wohnungen (privat) für Menschen mit Unterstützungsbedarf vorhanden, städt. Jugendhaus für Jugendliche ab 16 Jahren, weitere Räumlichkeiten für örtliche Veranstaltungen und Begegnungen. Familientreff im katholischen Kinderhaus. Im Backhaus befindet sich ein fairer Laden und Bücherei.

Hirschau (3.256):

Der Ort erstreckt sich entlang der Kingersheimer Straße, die ein hohes Verkehrsaufkommen hat. Besondere Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten am Hirschauer Berg und beim südlich gelegenen Badesee, der auch von der Tübinger Bevölkerung genutzt wird. Mehrere Sozialwohnungen der Wohnbaugesellschaft, kaum Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Begegnung vorhanden (keine Gaststätten), Förderverein "Unser Hirschau" mit Nachhilfeangeboten und einer Integrationsgruppe für Frauen mit Migrationshintergrund. Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe in Hirschau, mit Besuchs- und Besorgungsdienst. Familientreff in den Räumen des Kinderhauses "Ein Ort für Kinder".

2.2 Daten zum Vergleich der Sozialräume

Bevölkerungsstruktur, prozentualer Anteil der Wohnbevölkerung nach Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung

	Altersgruppe u.18	Altersgruppe 18 bis u.40	Altersgruppe 40 bis u.65	Altersgruppe 65 bis u.85	Altersgruppe 85+	Anteil Migranten	Anteil Ausländer*
Tübingen	14,5	41,0	30,1	12,3	2,0	22,0	12,2
1 Innenstadt	11,5	49,2	27,3	10,1	2,0	21,8	13,3
2 Weststadt	12,3	46,1	28,3	11,4	1,9	22,1	12,6
3 Wanne u. Winkelwiese	13,9	38,3	28,5	15,6	3,7	22,6	12,9
4 WHO-Sand	11,6	47,1	24,1	15,4	1,8	35,6	20,6
5 Lustnau	14,5	41,5	30,5	11,3	2,2	18,5	9,4
6 Südstadt	17,9	41,7	30,9	8,6	1,0	27,3	13,8
7 Derendingen	15,3	38,0	31,1	13,2	2,4	19,7	11,2
8 Unterjesingen	16,2	32,1	35,9	14,2	1,6	18,3	11,4
9 Hagelloch	14,9	28,5	34,0	20,7	1,9	8,1	3,8
10 Bebenhausen	16,4	24,2	37,9	19,4	2,1	12,7	7,6
11 Pfrondorf	17,7	28,9	36,2	14,7	2,5	11,8	6,4
12 Weilheim	16,6	30,3	33,9	16,6	2,6	16,8	12,0
13 Kilchberg	18,4	24,5	36,8	18,1	2,2	12,4	5,3
14 Bühl	20,0	29,4	38,5	12,4	1,7	16,2	8,4
15 Hirschau	18,1	31,3	35,0	14,3	1,3	15,4	8,0

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013. * Anteil Ausländer bezieht sich auf den Anteil der Gesamtbevölkerung. Ausländer im Anteil aller Migranten bereits enthalten.

Sozioökonomische Faktoren, prozentualer Anteil verschiedener sozioökonomischer Faktoren vom Gesamtanteil

	Anteil Hilfeempfänger SGB II+XII an Gesamtbevölkerg.	Anteil Bedarfsgemein- schaften mit Kindern unter 15 Jahren, SBG II	Anteil Langzeitarbeitslose an SGB II + III-Empfängern	HH mit Kindern, geringes Einkommen (<20.400)	HH mit Kindern, hohes Ein- kommen (60.000)	Wohngeldempfänger (An- teil an HH)	Wohneigentumsquote*	Inanspruchnahme Bildung u. Teilhabepaket
Tübingen	3,9	23,7	35,1	27,2	16,2	1,4	34,1	1,7
1 Innenstadt	3,3	20,9	33,1	23,5	25,5	1,2	23,8	1,3
2 Weststadt	3,4	19,8	32,1	30,6	24,6	1,4	26,5	1,4
3 Wanne u. Winkelwiese	2,4	26,8	33,6	20,2	21,8	1,1	38,6	1,0
4 WHO-Sand	4,4	41,7	40,2	52,0	8,2	3,0	29,0	3,6
5 Lustnau	3,3	13,8	39,1	11,8	16,9	1,2	39,2	1,0
6 Südstadt	7,0	27,2	38,2	36,6	9,0	2,1	26,6	3,1
7 Derendingen	3,2	16,4	32,3	22,8	17,4	1,2	38,0	1,4
8 Unterjesingen	6,2	24,7	30,8	24,2	9,1	1,0	48,2	2,0
9 Hagelloch	-	-	-	17,6	11,8	0,5	63,8	-
10 Bebenhausen	-	-	-	-	-	-	52,8	-
11 Pfrondorf	1,7	37,0	-	23,0	19,7	0,7	51,5	-
12 Weilheim	2,6	-	-	38,5	3,8	1,1	47,2	-
13 Kilchberg	3,0	-	-	7,1	21,4	1,1	49,5	-
14 Bühl	5,3	28,0	35,7	34,1	6,8	0,7	57,2	-
15 Hirschau	2,8	41,0	26,7	28,6	14,3	0,9	48,9	1,7

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013.

^{*} Verhältnis der vom Eigentümer selbst bewohnten Wohnungen zur Wohnungsgesamtzahl

Wanderungen, prozentualer Anteil der Zu- und Wegzüge von inner- und außerhalb

	Zuzüge insgesamt (% der Bevölkerung)	davon aus dem Stadt- gebiet (%-Anteil)	Wegzüge insgesamt (% der Bevölkerung)	davon in das Stadtge- biet (%-Anteil)	Wanderungssaldo (% der Bevölkerung)
Tübingen	19,0	40,7	17,9	43,3	1,1
1 Innenstadt	22,8	37,9	20,8	44,7	2,0
2 Weststadt	21,5	43,9	20,0	44,0	1,5
3 Wanne u. Winkelwiese	18,2	40,1	17,1	41,7	1,0
4 WHO-Sand	25,9	28,2	25,8	40,3	0,1
5 Lustnau	17,6	40,8	17,0	39,4	0,6
6 Südstadt	19,2	47,8	18,7	47,0	0,5
7 Derendingen	16,6	42,9	16,1	44,8	0,5
8 Unterjesingen	13,9	35,7	12,1	42,6	1,8
9 Hagelloch	7,7	34,4	8,7	36,2	-1,0
10 Bebenhausen	9,1	26,7	10,0	39,4	-0,9
11 Pfrondorf	14,0	55,8	11,2	48,2	2,8
12 Weilheim	16,6	21,6	15,3	28,0	1,4
13 Kilchberg	10,4	51,9	9,9	45,5	0,5
14 Bühl	10,5	41,0	10,3	35,5	0,3
15 Hirschau Auswertung: Weeber+Partner; Daten:	14,7 Kommunalsta	50,6 atistik Universi	13,1 itätsstadt Tübir	47,9 ngen, Jahr 20	1,7 12.

Wohnen, prozentualer Anteil verschiedener Aspekte des Wohnens am Gesamtanteil

	Wohnungen, 1 bis 2 Räume	Wohnungen, 3 bis 4 Räume	Wohnungen, 5 und mehr Räume	Wohnungen, leer stehend	Wohnungen, vermietet	HH mit Wohndauer unter 5 Jahren	HH mit Wohndauer 5 bis un- ter 10 Jahren	HH mit Wohndauer länger als 10 Jahre
Tübingen	26,2	39,6	34,2	3,8	60,0	38,1	12,5	49,5
1 Innenstadt	25,8	42,7	31,6	4,9	67,6	45,6	13,6	40,8
2 Weststadt	31,4	41,3	27,3	4,0	67,7	40,6	11,7	47,7
3 Wanne u. Winkelwiese	25,7	39,6	34,6	3,8	56,2	35,9	12,2	51,9
4 WHO-Sand	52,5	24,0	23,5	2,8	67,4	44,0	9,5	46,5
5 Lustnau	26,0	39,6	34,4	3,8	55,4	36,0	14,4	49,6
6 Südstadt	24,5	45,0	30,5	3,2	67,7	37,6	14,8	47,5
7 Derendingen	22,2	46,1	31,7	3,6	57,2	37,0	14,3	48,7
8 Unterjesingen	16,9	38,4	44,7	3,4	46,8	31,0	11,1	57,9
9 Hagelloch	9,0	35,2	55,8	4,6	29,9	20,1	9,6	70,4
10 Bebenhausen	10,7	34,0	55,3	1,9	43,4	33,9	11,8	54,2
11 Pfrondorf	11,4	33,6	55,0	4,8	35,2	24,3	11,6	64,1
12 Weilheim	17,0	35,3	47,7	3,9	45,3	30,7	9,9	59,4
13 Kilchberg	12,4	30,1	57,6	3,1	47,3	21,8	10,5	67,7
14 Bühl	12,9	33,3	53,8	1,9	39,6	23,7	11,4	65,0
15 Hirschau Auswertung: Weeber+Par	12,9 tner: Date	36,9	50,2 nunalstatis	2,7 stik Unive	47,7 ersitätsstad	<mark>27,8</mark> dt Tübinge	11,7	60,5

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Vollerhebung Zensus 2011.

Gesundheitliche Lage, prozentuale Anteile

	Schwerbehinderten- ausweise ¹	Sprachentwicklungs- test (SETK), intensiver Förderbedarf²	BMI – untergewichtig²	BMI- übergewichtig²	Teilnahme U- Untersuchung²	Verlorene Lebensjahre – gesamt¹
Tübingen	8,5	12,3	6,2	6,2	78,2	1,6
1 Innenstadt	6,7	11,9	3,8	8,7	74,8	1,3
2 Weststadt	7,1	10,2	7,5	11,3	82,0	3,8
3 Wanne u. Winkelwiese	8,1	13,1	10,0	1,4	75,1	0,6
4 WHO-Sand	11,0	14,0	9,4	3,8	80,0	2,7
5 Lustnau	6,9	4,4	11,1	3,7	82,0	1,7
6 Südstadt	7,2	18,9	3,1	9,3	71,9	1,2
7 Derendingen	8,4	10,3	5,7	7,5	79,7	1,2
8 Unterjesingen	8,0	4,0	-	17,4	81,0	1,6
9 Hagelloch	10,1	11,8	-	6,3	89,5	2,1
10 Bebenhausen	-	-	-	-	60,0	-
11 Pfrondorf	8,0	15,4	10,0	-	77,3	1,0
12 Weilheim	7,7	9,5	12,5	-	77,2	-
13 Kilchberg	8,9	9,1	20,0	-	90,9	0,2
14 Bühl	8,9	12,5	-	-	83,0	1,1
15 Hirschau	7,9	16,1	-	- - -	94,3	2,1

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Landratsamt Tübingen; Geschäftsbereich Jugend und Soziales; Stichtag 31.12.13.

¹ Anteil an Gesamtbevölkerung

Anteil an eingeladenen Kindern zur ESU Okt. 2012 – Sept. 2013

Daten zum Handlungsfeld Familie, prozentuale Anteile

	Anteil HH mit Kindern an allen HH	Anteil HH von Alleiner- ziehenden an allen HH	Jugendhilfe – Anteil Be- ratungsangebote*	Jugendhilfe – Anteil am- bulante Angebote*	Jugendliche – Anteil sta- tionäre Angebote*
Tübingen	13,8	4,7	3,0	1,4	0,7
1 Innenstadt	10,5	4,1	1,9	0,9	0,6
2 Weststadt	11,3	3,7	3,5	1,2	8,0
3 Wanne u. Winkelwiese	12,9	4,1	1,1	0,9	0,1
4 WHO-Sand	10,4	4,1	5,7	1,8	1,2
5 Lustnau	13,3	3,8	1,8	0,2	0,7
6 Südstadt	17,7	7,3	4,4	2,7	1,0
7 Derendingen	15,4	5,7	3,3	0,6	0,3
8 Unterjesingen	16,4	4,8	1,5	1,5	0,4
9 Hagelloch	14,0	2,4	0,7	0,0	0,7
10 Bebenhausen	15,3	5,1	_	-	-
11 Pfrondorf	18,5	5,2	1,4	1,6	0,5
12 Weilheim	18,2	6,8	1,8	1,2	0,0
13 Kilchberg	17,7	4,6	5,2	2,2	0,0
14 Bühl	18,7	6,0	0,9	1,3	0,4
15 Hirschau	18,3	5,2	2,7	0,5	1,4

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013, Landratsamt Tübingen 31.12.2012.

^{*} Anteil an Haushalten mit Kindern; Schematisierung: HH mit Kindern = Kinder bis unter 18 Jahren, Jugendhilfe = Kinder u. Jugendliche bis unter 27 Jahren

Daten zum Handlungsfeld Ältere Menschen, prozentuale Anteile

	Anteil Ältere ab 65 bis unter 85	Anteil Ältere ab 85 Jahren	Einpersonenhaushalte ab 65 bis u. 85 Jahren*	Einpersonenhaushalte ab 85 Jahren*	Anteil ältere Migranten ab 65 J. an Gesamtbevöl- kerung
Tübingen	12,3	2,0	7,2	2,2	1,7
1 Innenstadt	10,1	2,0	5,9	2,2	1,4
2 Weststadt	11,4	1,9	7,2	2,0	1,5
3 Wanne u. Winkelwiese	15,6	3,7	9,2	4,2	2,0
4 WHO-Sand	15,4	1,8	8,0	1,6	2,4
5 Lustnau	11,3	2,2	6,7	2,3	1,5
6 Südstadt	8,6	1,0	5,8	1,1	2,5
7 Derendingen	13,2	2,4	8,2	2,8	2,1
8 Unterjesingen	14,2	1,6	8,5	1,8	1,6
9 Hagelloch	20,7	1,9	9,6	2,2	0,6
10 Bebenhausen	19,4	2,1	12,6	2,8	1,5
11 Pfrondorf	14,7	2,5	8,5	3,3	8,0
12 Weilheim	16,6	2,6	8,4	2,8	1,4
13 Kilchberg	18,1	2,2	9,3	2,6	1,4
14 Bühl	12,4	1,7	5,6	1,9	1,0
15 Hirschau	14,3	1,3	6,7	1,5	0,9

Auswertung: Weeber+Partner; Daten: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.06.2013.

^{*} Anteil an allen Haushalten

2.3 Handlungsbedarf nach Sozialräumen

Verschiedene Gebietstypen

Entsprechend den Stärken, Schwächen und Aufgaben in den verschiedenen Stadtteilen sind Umfang und Zielrichtung des Handlungsbedarfs unterschiedlich. Dazu empfehlen wir Prioritäten und Konzepte für folgende sechs Gebietstypen:

Ge- biets- typ	Handlungs- bedarf	Ziel	Empfohlene Maß- nahmen	Vorgeschlagene Gebiete
1	Großer, umfas- sender Hand- lungsbedarf	Stabilisierung, soziale und städte- bauliche Weiter- entwicklung	Stadtteilsozialarbeit, Ressourcenbünde- lung, Stadtteiler- neuerung	WHO - Sand
2a 	Erheblicher Handlungsbedarf, Ausbau	Stabilisierung, soziale und städte- bauliche Weiter- entwicklung	Entwicklung von lebendigen inklusi- ven Orten, Stadtteilsozialarbeit	Weststadt
2b	Handlungsbedarf wie bisher, Fort- setzung	Stabilisierung	Unterstützung und Sicherung beste- hender Strukturen	Südstadt
3	Erheblicher Handlungsbedarf, Prävention	Generationen- wechsel begleiten, städtebauliche Weiterentwicklung	Entwicklung von lebendigen inklusi- ven Orten, Quartiersansätze, Demografiestrate- gie	Wanne und Winkelwiese
4	Prävention	Stabilisierung, Pflege, Generationen- wechsel, Teenies	Demografischen Wandel gestalten	Ortschaften
5	Punktueller Handlungsbedarf	Pflege, Verknüpfung, Integration	Beobachtung, Prävention, Unterstützung und Sicherung bestehender Strukturen, Quartiersansätze	Quartiere in Derendingen, Lustnau, Innen- stadt
6	Prävention Nachhaltigkeit, initiativ	Entwicklung, Integration	Stadtteil-/ Quar- tierssozialarbeit präventiv und be- fristet	Konversions- und Neubauge- biete mit ge- mischter Sozial- struktur

Die einzelnen Quartiere in den Stadtteilen sind oft sehr heterogen und es gibt nicht immer eine ausgeprägte Stadtteilidentität. Für eine integrierte soziale und städtebauliche Weiterentwicklung ist eine Betrachtung auf Stadtteilebene notwendig. Das Ziel, einer Stadt der kurzen Wege setzt voraus, dass einzelne Quartiere besser verbunden sind und größere örtliche Versorgungsschwerpunkte und Mitten entwickelt und angenommen werden.

Gebietstyp 1: Großer städtebaulicher und sozialer Handlungsbedarf. Umfassende Entwicklung im Rahmen des Programms Soziale Stadt - Stadtteilmanagement mit Gemeinwesenarbeit - Stadtteilsozialarbeit

Stadtteil mit höchster Priorität: WHO – Sand

Besonderer Handlungsbedarf ergibt sich aufgrund der sozialen Lage der Bevölkerung sowie der städtebaulichen Situation im Bereich WHO-Sand. Für das Zusammenleben viel Bedarf an Kommunikation, Integration, Inklusion und Unterstützung. Gravierende städtebauliche Schwächen. Strukturwandel aufgrund der Alterung des Stadtteils und der Menschen, entsprechender Anpassungsbedarf bei der Infrastruktur und der sozialen Arbeit.

Empfehlung:

► Antragstellung für das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt – Investitionen im Quartier":

"Im Vordergrund stehen weiterhin städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens. Es ist vorrangiges Ziel, in den betreffenden Quartieren den sozialen Zusammenhalt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Die Kommunen werden deshalb unterstützt, auf mehr Generationengerechtigkeit sowie familienfreundliche, altersgerechte und die Willkommenskultur stärkende Infrastrukturen hinzuwirken."¹⁰

Die Stadtteilentwicklung im Rahmen des Programms ermöglicht eine umfassende städtebauliche Aufwertung und Verbesserung der Infrastruktur in Verbindung mit der Stärkung des sozialen und kulturellen Miteinanders. Gleichzeitig können Mittel aus verschiedenen Ressorts u.a. für Projekte im Bereich Bildungsförderung, Beschäftigungsförderung, Integration gebündelt werden.

► Stadtteilmanagement mit Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Sozialen Stadt

Erarbeitung und Fortschreibung eines integrierten Entwicklungskonzepts, Betreiben einer Anlaufstelle vor Ort (Verknüpfung mit Stadtteiltreff), Organisation von Kommunikations- und Koordinierungsgremien, Beteiligungsprozesse steuern, Akteure gewinnen, Vernetzung von Organisationen, Projekte initiieren und begleiten, Stärkung und Weiterentwicklung der lokalen Ökonomie, Mittelakquisition und Mittelverwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Erfolgskontrolle und Berichterstattung.

Stadtteilmanagement umfasst auch Aufgaben von Gemeinwesenarbeit wie Aufbau von Netzwerken, Kooperation von sozialen Diensten, Gewinnung von engagierten Bewohnerinnen und Bewohnern, Unterstützung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiative der Menschen, Förderung von Begegnung und Austausch, Initiierung von Beschäftigungsprojekten und Qualifizierung, Information über Hilfen und Beratung.

 $^{^{10}\} http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html$

 Stärkung und Weiterentwicklung des Stadtteiltreffs mit hauptamtlicher Unterstützung

Ausbau von zugehender Stadtteilsozialarbeit.

Gebietstyp 2: Sozial und funktional gemischte innenstadtnahe Stadtteile mit vielen besonderen Integrationsaufgaben für ganz Tübingen - Entwicklung bzw. Stabilisierung entsprechend günstiger Lebensbedingungen und Angebote - Stadtteilsozialarbeit und Gemeinwesenarbeit

a) Ausbau der Angebote, Stadtteil mit großer Priorität: die Weststadt

Besonderer Handlungsbedarf ergibt sich aufgrund der vielen sozialen Gruppen und Einrichtungen mit besonderem Unterstützungsbedarf, insbesondere auch der Flüchtlinge und anderer Migrantengruppen. Entsprechende soziale Arbeit ist – auch im Vergleich zur Südstadt – noch wenig ausgebaut.

Nachteilig für diese Funktionen sind die städtebauliche Zergliederung aufgrund der verkehrlichen und topografischen Barrieren, eine fehlende identifikationsstiftende Stadtteilmitte und wenig andere öffentliche Räume mit Aufenthaltsqualität.

Empfehlung:

- ► Stadtteilsozialarbeit und Gemeinwesenarbeit ausbauen, Nachbarschaftsnetzwerke entwickeln, strukturelle Verbesserungen im Lebensumfeld schaffen, Information und Anlaufstelle, ggf. in Verbindung mit Familientreff
- ► Stadtteilidentität fördern, lebendige identitätsstiftende Orte unter Beteiligung der Wohnbevölkerung und betreffender Akteure entwickeln. In Vorbereitung ist die Entwicklung im Bereich des ehemaligen Milchwerks (Westbahnhof-/ Rappstr.), auch der Bereich um die Stephanuskirche / Lebenshilfe (evtl. auch um die Aischbachschule) und den Westbahnhof (Regional-Stadtbahn) könnten gestärkt und zu Mitten entwickelt werden.

b) Weitere Unterstützung zur Stabilisierung: Südstadt

Durch die Südstadtentwicklung war der Stadtteil lange Zeit im Fokus von Politik und Verwaltung. Das Französische Viertel und das Lorettoviertel haben dazu beigetragen, dass sich in der Südstadt ein lebendiges Stadtteilleben entwickelt hat. Es ist ein breites Angebot an sozialer und kultureller Infrastruktur vorhanden. Nach wie vor leben in der Südstadt viele Menschen mit Unterstützungsbedarf (Haushalte mit geringem Einkommen, hoher Anteil Wohngeldempfänger und Empfänger von Transferleistungen, Jugendhilfemaßnahmen, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund vor allem in den Quartieren Güterbahnhof / Depot / Kiesäcker und Königsberger Str. / Wennfelder Garten).

Empfehlung:

- ► Fortsetzung der Unterstützung
- ► Eine Zukunftsaufgabe ist, die Quartiersgrenzen aufzulösen und dadurch mehr Durchlässigkeit zwischen den räumlichen und sozialen Milieus zu ermöglichen. Dies und die Veränderung der Sozialstruktur sind bei der Entwicklung von Konversions- und Neubaugebieten (Wennfelder Garten, Güterbahnhof, Hechinger Eck) zu beachten und zu begleiten.

Gebietstyp 3: Relativ homogene reine Wohngebiete mit wenig Infrastruktur im demografischen Wandel – Anpassungsbedarf von Infrastruktur, Wohnen und Städtebau zur Bewältigung des demografischen Wandels, insbesondere für die alternde Bevölkerung und den Zusammenhalt von Jung und Alt

Erheblicher präventiver Handlungsbedarf: Wanne und Winkelwiese

Der Stadtteil ist ein reines Wohngebiet geprägt von weitläufigen Einfamilienhaus-Bereichen und anonymem Wohnen. In vielen Bereichen gibt es keine Versorgungsoder sonstige Infrastruktur. Die Wohneigentumsquote ist entsprechend überdurchschnittlich hoch. In vielen Quartieren ist der Anteil an Menschen ab 65 Jahren vergleichsweise hoch (außer Ursrainer Egert). Haushalte mit Kindern wohnen überdurchschnittlich in den Quartieren Morgenstelle / Hartmeyerstr. und Schönblick / Obere Viehweide. Im Quartier Wanne / Stockwiesen leben sehr viele Menschen über 85 Jahre (insbesondere durch das Luise-Wetzel-Stift), viele Menschen mit Migrationshintergrund, viele schwerbehinderte Menschen und ein vergleichsweise hoher Anteil an Menschen mit Unterstützungsbedarf (Wohngeld, SGB XII-Empfänger).

Empfehlung:

- Stärkung und Aufwertung des Zentrums Wanne
- ► Unterstützung bei der Entwicklung einer Mitte im Bereich Winkelwiese (Corrensstraße)
- ► Im Bereich Wanne-Stockwiesen Quartierstreff in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen. Hier gibt es auch einen größeren Bestand an Mietwohnungen, in denen Menschen in sozial schwierigen Lagen leben. (siehe Gebietstyp 5)

Gebietstyp 4: Präventiver Handlungsbedarf – Ortschaften im demografischen Wandel

Die Ortschaften haben noch ein aktives Vereinsleben und häufig funktionierende Nachbarschaften. Die Bewohnerschaft wird aber immer älter und für die Jungen geht der Ort als Lebensmittelpunkt verloren. In Weilheim ist zudem die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine wichtige Aufgabe wegen der Flüchtlingsunterkünfte.

Empfehlung:

- ► Ausbau der Dienste, Wohnungsangebote und des Gemeinwesens für Menschen in hohem Alter mit Hilfe- und Pflegebedarf
- (umfassende) Barrierefreiheit schaffen
- Projekte für den Zusammenhalt von Jung und Alt sowie die Kommunikation und Freizeit von Teenies

Gebietstyp 5: Ausgeglichene Stadtteile mit ehemals dörflicher Identität (Lustnau und Derendingen) – Wohnen in der Tübinger Innenstadt: punktueller Handlungsbedarf in einzelnen kleineren Quartieren

Lustnau und Derendingen – beides aus Dörfern gewachsene Stadtteile – haben keine besonderen sozialstrukturellen Auffälligkeiten, die Daten liegen bei vielen

Aspekten im Tübinger Durchschnitt. In beiden Gebieten ist die Fluktuation gering. Lustnau hat eine ausgeprägte Stadtteilidentität, auch durch das aktive Vereinsleben. In Derendingen sind die Quartiere heterogen und auch städtebaulich wenig miteinander verbunden. Durch neue Entwicklungsbereiche (Mühlenviertel, Alte Weberei) ziehen Familien mit Kindern in die Stadtteile, wodurch die Altersstruktur für den Stadtteil insgesamt ausgeglichen wird. Allerdings ist in einzelnen Quartieren (Goldersbach / Aeule in Lustnau und Derendingen Zentrum) der Anteil von Transferleistungsempfängern erhöht.

Die Tübinger Innenstadt hat eine auch in Bezug auf die Einkommensverhältnisse sehr heterogene Bewohnerschaft, unter anderem geprägt von einem hohen Anteil an Studierenden. In der Altstadt und westlichen Innenstadt ist der Anteil Alleinerziehender überdurchschnittlich hoch. Auch in der Innenstadt gibt es einzelne Quartiere mit besonderem sozialem Handlungsbedarf. Im Bereich Bismarckstr./ Schaffhausenstr. ist der Ausländeranteil am höchsten in Tübingen. Hier leben auch vergleichsweise viele Transferleistungsempfänger.

Empfehlung:

- ► Die Bedingungen für das Wohnen in der Innenstadt pflegen, auch für das Wohnen von Familien mit Kindern.
- ► Im Übrigen: einzelne Quartiere mit besonderem Bedarf an mehr sozialer Teilhabe und sozialer Unterstützung beobachten, bei Bedarf zugehende Sozial- und Gemeinwesenarbeit im Quartier ermöglichen, Vernetzung mit dem Stadtteil stärken

Gebietstyp 6: Präventiv und befristet - Stadtteilmanagement und Gemeinwesenarbeit im Rahmen von Konversions- und Neubauprojekten

Konversions- und Neubaugebiete als inklusive Quartiere entwickeln und in die bestehenden Stadtteile integrieren; in größeren geplanten Neubaugebieten (z.B. Saiben) mit gemischter Sozialstruktur präventiv eine Stadtteilsozialarbeit aufbauen.

Empfehlung:

Frühzeitiger Aufbau von Beteiligungsstrukturen (z.B. Stadtteilrunde zu Beginn initiieren), um Bedarfe aus dem Stadtteil aufzugreifen, wichtige Akteure einzubinden und Bedenken auszuräumen, Mitwirkung bei der Umsetzung der städtebaulichen und sozialen Konzeption und an der Entwicklung eines Quartierstreffs, Förderung von guten Nachbarschaften, räumliche und funktionale Verknüpfung mit dem Stadtteil und Angeboten dort, Anlaufstelle, Information und Vermittlung.

7. Übergreifend für Quartiere in unterschiedlichen Gebietstypen: z.B. Gebietstyp 1 WHO, 3 Wanne, Quartiere in 5 und 6: Quartierssozialarbeit durch bzw. mit der Wohnungswirtschaft

In Quartieren mit einem großen Bestand an Mietwohnungen im Besitz von Wohnungsunternehmen nehmen diese auch zunehmend Aufgaben eines kleinteilig orientierten Quartiersmanagements wahr, um die Lebensqualität in ihrem Bestand zu sichern, ggf. Umbaumaßnahmen sozial zu begleiten, gute Nachbarschaft zu

fördern und ihren teils langjährigen, älteren Mietern zusätzliche Dienstleistungen anzubieten. Im Mittelpunkt stehen folgende Aufgaben: Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner bei Modernisierung/Sanierung und Gestaltung von Außenbereichen, Organisation des sozialen Lebens, Unterstützungsangebote, Quartierstreff.

Beispiel: Integrative Wohnformen e.V. Stuttgart – gemeinnütziger Verein von verschiedenen Wohnungsunternehmen als Bindeglied zwischen Wohnungswirtschaft, ambulanten Diensten, Menschen mit und ohne Assistenzbedarf sowie engagierten Ehrenamtlichen. Quartierstreff für Jung und Alt teilweise mit Café-Betrieb oder Mittagstisch, verschiedene Angebote wie Beratung oder Gymnastik, Servicebüro eines ambulanten Dienstes.

68 2 Sozialraumanalyse WEEBER+PARTNER

3 Handlungsfelder

3.1 Familie, Kinder und Jugendliche

3.1.1 Situation und Planungen

In Tübingen leben deutlich weniger Kinder, aber viele Studenten und junge Erwachsene

- ➤ Zum Stichtag 31.06.2013 (Quelle: Universitätsstadt Tübingen) leben in Tübingen 8.055 Haushalte mit Kindern (13,8%), davon 34,4% Alleinerziehende.
- ▶ Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren beträgt 14,5% (12.255), davon haben 22,2% einen Migrationshintergrund (2.715).
- ► Im Vergleich zum Landkreis Tübingen (17,4%) und dem Land Baden-Württemberg (17,3%) leben damit deutlich weniger Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren im Stadtgebiet Tübingen.
- ▶ Der Anteil der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 beträgt in Tübingen 16,1%, was deutlich über dem Durchschnitt des Landkreises (11,6%) und des Landes (8,5%) liegt.

Gute Netzwerkstrukturen

Mit den in den letzten Jahren entwickelten Strukturen können aktuelle Aufgaben zur Stärkung der Familienfreundlichkeit in Tübingen aufgegriffen werden – die Ressourcen sind aber begrenzt. Eine Schlüsselrolle hat dabei die 2009 geschaffene Stabsstelle der Familienbeauftragten (Arbeitsumfang 70 Prozent). Sie ist Ansprechpartnerin für Verbände, Initiativen und Bürgerinnen und Bürger, sie vertritt familienbezogene Belange und sie initiiert und begleitet Projekte zum Ausbau einer familienfreundlichen Stadt wie z.B. das Tübinger Unternehmensnetzwerk Familie und Beruf oder Gute Chancen für alle Kinder. Ein wichtiges Netzwerk für alle Themen, die Familien betreffen, ist das Bündnis für Familie. Es hat zum Beispiel die Tübinger KinderCard oder die Familientreffs an Kindertageseinrichtungen.

Arbeitsgrundlage: Projekt "Gute Chancen für alle Kinder"

Die Ergebnisse des Projektes "Gute Chancen für alle Kinder – mit Familien aktiv gegen Kinderarmut" und Handlungsvorschläge für eine wirkungsvolle Kinderarmutsprävention liegen seit April 2014 vor. Diese Agenda wird nun schrittweise für die Umsetzung konkretisiert. Um den Prozess nachhaltig voranzubringen, wurde im Juli 2014 der Runde Tisch Kinderarmut gegründet. Die Handlungsvorschläge sind in den Prozess der Sozialkonzeption und die Empfehlungen eingegangen. Insbesondere wurde der Ausbau allgemeiner Sozialberatung in den Stadtteilen weiter konkretisiert, der Stellenwert der Schulen und Kitas als Anlaufstellen für die ganze Familie sowie die Bedeutung von Patenschaften und Brückenbauern in den Stadtteilen hervorgehoben (s. Kap. 4 Leitlinien zur Weiterentwicklung des Sozialen in Tübingen).

Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen und Schulen vorhanden, Versorgungsquoten und Übergangsquoten hoch

Regelmäßig werden im Auftrag des Fachbereiches Familie, Schule, Sport und Soziales die KiTa Bedarfsplanung sowie der Schulentwicklungsbericht zur Beurteilung der inhaltlichen und zahlenmäßigen Weiterentwicklung der Einrichtungen erstellt.

Dadurch kann auf aktuelle Herausforderungen wie den Ausbau der Ganztagesangebote, der Plätze für unter 3-jährige Kinder oder die Inklusion von Kindern mit Behinderungen entsprechend reagiert werden.

- ▶ Die Betreuungsquote, die den Anteil der betreuten Kinder an der Gesamtzahl der Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen beschreibt, beträgt für 2013/14 49%¹ und liegt damit deutlich über dem Kreis- (34%) und Landesdurchschnitt (25%)².
- ► Auch die Übertrittsquote von der Grundschule auf das weiterführende Gymnasium liegt mit 69% im Vergleich (Land Baden-Württemberg: 44%) sehr hoch (Oktober 2010-2013, Universitätsstadt Tübingen).

Jugend: Geteilte Zuständigkeiten zwischen Landkreis und Stadt, Zusammenarbeit und Abstimmung

Der Landkreis Tübingen ist für die Jugendhilfe (SGB VIII) zuständig. Im Vergleich mit anderen Landkreisen in Baden-Württemberg ist der ambulante Sektor der Jugendhilfe im Landkreis Tübingen sehr gut ausgebaut. Entsprechend ist der Aufwand im Bereich der stationären Hilfen geringer.

- ▶ Im Jahr 2012 wurden in 237 Fällen niedrigschwellige Beratungsangebote der ambulanten Jugendhilfe in Anspruch genommen, in 112 Fällen gar intensive ambulante Angebote. Im Landkreis-Vergleich liegt Tübingen damit vorne, auch was den finanziellen Aufwand für Hilfen gemäß §§ 27, 35a und 41 je Jugendeinwohner von 0-21 Jahren betrifft (KVJS, 2011).
- ▶ In 58 Fällen wurden stationäre Angebote der Jugendhilfe im Landkreis Tübingen in Anspruch genommen; hier liegt Tübingen deutlich unter dem Durchschnitt der Landkreise. Entsprechend liegt der Aufwand für stationäre Hilfen gemäß §§ 33, 34, 35a und 41 je Jugendeinwohner im Jahr 2011 bei 142 Euro, was leicht unter dem Landkreisdurchschnitt (151 Euro) einzustufen ist (KVJS, 2011).
- ► Mit dem sozialen Wandel nimmt die Zahl überforderter Familien und Lebensgemeinschaften zu. Die erzieherischen Hilfen für junge Menschen im Landkreis Tübingen sind von 1014 Hilfen im Jahr 2011 auf 1239 Hilfen im Jahr 2012 gestiegen.³

Die flächendeckende Ausstattung mit sozialen Gruppenangeboten ist ein wichtiges Potenzial, um die Jugendhilfestruktur der sich ändernden Bildungsstruktur (Ausbau der Ganztages- und Gemeinschaftsschulen) anpassen zu können. In einem beispielhaften Kooperationsprojekt (Schulverwaltung, Schulträger, Sonderpädagogik, Jugendhilfe) wird derzeit an den Ganztagesgrundschulen in der Tübinger Südstadt ein Beratungs- und Unterstützungssystem (BUS) aufgebaut. Außerdem arbeitet die Abteilung Jugend des Landkreises derzeit an der Konzeption und Umsetzung einer "Beratungsoffensive", mit der Beratungsangebote konzeptionell weiterentwickelt und quantitativ ausgebaut werden sollen.

-

¹ Sadlowski, Iris: Kita Bedarfsplanung 2013 / 2014, S. 12

² Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 01.03.2014, http://www.statistik-bw.de/GesundhSozRecht/Indikatoren/SZ-KJ betreuungsquote.asp

³ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistische Berichte, Kinder- und Jugendhilfe Teil I - Erzieherische Hilfen in Baden-Württemberg 2011 und 2012

3.1.2 Aufgaben und Ziele

Handlungsfeld "Familie, Kinder, Jugendliche"

- ► Schulen und Kitas als Anlaufstellen für Familien in den Stadtteilen weiterentwickeln
- ► Jugendhilfe mit Schule zusammenführen
- Neuakzentuierung der Angebote für Teenies und Jugendliche Räume, Orte und Gestaltungsmöglichkeiten
- Gute Chancen für alle Kinder Armutsprävention für Familien mit Kindern insbesondere Alleinerziehende oder Familien mit arbeitssuchendem Elternteil





Handlungsfeld von herausragender Bedeutung

Zu den Zielgruppen mit großem auch quantitativ zunehmendem Hilfebedarf zählen weiterhin die Familien und die dazu gehörenden Kinder und Jugendlichen. Gute Lebensverhältnisse und eine qualifizierte Infrastruktur zu ihrer Stärkung bleiben besonders wichtig.

Dabei ist davon auszugehen, dass jeder Mensch Familie hat, auch wenn er oder sie alleinstehend in einem eigenen Haushalt lebt, keine Kinder hat oder die Kinder mittlerweile in einem eigenen Haushalt leben, ob er oder sie alt oder jung ist. Auch wenn in diesem Handlungsfeld die Haushalte mit minderjährigen Kindern sowie die Jugendlichen im Mittelpunkt stehen, ist das Miteinander der Generationen immer mit einzubeziehen.

Die Herausforderungen, die mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel verbunden sind, verlangen auch, das Soziale weiter zu denken. Dazu gehören die Veränderungen der Lebensformen, die oft unter dem Stichwort Individualisierung beschrieben werden, die Veränderungen der Geschlechterrollen, die oft nicht mehr den herkömmlichen Mustern entsprechen, die brüchiger und unsicherer gewordenen Lebenswege, die große Zahl zugewanderter Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft.

Schulen und Kitas als Anlaufstellen für Familien in den Stadtteilen weiterentwickeln – Gemeinwesenbezug der sozialen Infrastruktur stärken

► Die Familientreffs konsequent weiterentwickeln und ausbauen

Zusammen mit dem Bündnis für Familie wurde 2012 die Rahmenkonzeption Familientreffs an Kindertagesstätten erarbeitet. Derzeit gibt es acht Familientreffs, die im Rahmen dieser Konzeption gefördert werden (Hirschau, Wanne, WHO, 2xSüdstadt, Innenstadt, Weststadt, Bühl). Die Familientreffs dienen als niedrigschwellige Anlaufstellen für Eltern mit Kindern in den Quartieren und werden umfassend durch diese genutzt. Kindertageseinrichtungen und Schulen sind für

Eltern außerhalb des privaten Umfelds wichtige Anlaufstellen, wenn sie Rat, Hilfe und Austausch suchen. Über diese Orte können auch benachteiligten Familien Zugänge zu Netzwerken und Angeboten erleichtert werden. Der bisher begonnene Prozess, die Kindertageseinrichtungen als Ort sowohl der Betreuung und Bildung als auch Begegnung und Beratung weiterzuentwickeln, soll fortgesetzt werden – insbesondere in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen (z.B. WHO, Weststadt, Südstadt). Wenn möglich, bietet sich eine räumliche Verbindung und Zusammenführung der Angebote mit einem Stadtteiltreff an.

- Ergänzende Bausteine sind Beratungsangebote zu allen wichtigen Lebensfragen, Angebote zur Eltern- und Familienbildung (z.B. Gesundheit, Ernährung) sowie sozialräumliche Arbeit.
- Sie bieten auch Räume für Familien, sich zu treffen und auszutauschen.
- Eltern finden Unterstützung beim Aufbau von Netzwerken und Initiativen und machen selber Angebote ("Eltern für Eltern"), z.B. Betreuung von Kindern in Randzeiten, sprachliche Hilfen für Eltern mit Migrationshintergrund.
- Kooperationspartner (Sportvereine, kulturelle Einrichtungen, Musikschulen) machen Angebote in den Familientreffs, eine Vernetzung mit örtlichen Angeboten und Institutionen wird ausgebaut.

Hilfreich wäre es, die neuen Bausteine der Familientreffs zu evaluieren.

► Ergänzende Kooperations- und Patenschaftsprojekte erweitern

Für Kooperation, Beratung und Begleitung, Elternarbeit werden in den Einrichtungen personelle und zeitliche Ressourcen benötigt. Die Erzieherinnen und Erzieher müssen auch entsprechend fortgebildet werden. Ergänzend könnten vermehrt auch ältere Menschen als Paten in die Arbeit der Familientreffs einbezogen werden. Gute Beispiele sind in Tübingen das Projekt Multiplikatoren Initiative oder die Stadtteilmütter in Berlin. Bei dem Berliner Projekt stellen dazu geschulte Frauen mit Migrationshintergrund Kontakte zu Müttern her, deren Zuwanderung noch nicht lange zurückliegt. Die Kontaktaufnahme erfolgt auf Spielplätzen, in Kindergärten und Schulen oder von Tür zu Tür.

Bisher wurde bereits eine Vielzahl von Patenschaftsprojekten initiiert und auch städtisch gefördert (u.a. LeiTa, Rock your Life). Engagement von und für Kinder und Jugendliche sollte auch weiterhin gefördert und unterstützt werden. Diese "Brückenbauer" können Vertrauen schaffen, Zugänge zu Hilfen erleichtern und Kinder und Jugendliche stärken. Eine solche Begleitung ist gerade auch für Familien mit Migrationshintergrund ein wichtiges Angebot. Konkret wurden in der Beteiligung Patenschaftsprojekte von Schülern mit Flüchtlingen vorgeschlagen, für die es bereits erfolgreich durchgeführte Beispiele gibt (KIT – Kinder in Tübingen: Projekt des Asylzentrums) oder ein Projekt zur Überbrückung in Krisenzeiten (vgl. Gute Chancen für alle Kinder). In Vorbereitung ist auch der Aufbau eines Netzwerks Tübinger Ansprechpartner in Schulen, Kitas, Jugendhäusern, Vereinen, Stadtteilen und Kirchengemeinden (Projekt "TAPS" – Gute Chancen für alle Kinder).

Tübingen wird aufgrund der großen Universität stark durch die Gruppe der jungen Erwachsenen geprägt. Dieses Potenzial kann im Bereich des ehrenamtlichen Engagements oder bei Patenschaftsprojekten noch mehr genutzt werden.

Jugendhilfe und Schule zusammenführen

Die zunehmende Zahl von Gemeinschaftsschulen und Ganztagesangeboten konzentriert Kinder und Jugendliche weg von den Sozialräumen (Entsozialisierung der Stadtteile). Dies erfordert einerseits mehr Beratungskapazitäten und sozialpädagogische Kompetenzen in Kitas und Schulen (Bsp. BUS oder Vorschlag für die Einführung einer Kitasozialarbeit). Andererseits müssen Angebote der offenen Kinderund Jugendarbeit diesen Entwicklungen angepasst werden. Dabei sollte der Sozialraum als Lernort und Kontaktort für alle nicht verloren gehen. Außerdem sollen sich die (Grund)Schulen in den Stadtteil öffnen und für Familien zu einem Treffpunkt werden. Auch bei den Bedürfnissen von Mädchen und Jungen oder Familien, Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gilt es genau hinzuschauen und bedürfnisgerechte Angebote zu entwickeln (z.B. gezielte Sprachförderung bei Kindern mit Migrationshintergrund ab dem Kindergartenalter, offene und kostenlose Nachhilfeangebote für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler). Bei diesen Entwicklungen müssen auch die beruflichen Schulen einbezogen und

berücksichtigt werden.

Neuakzentuierung der Angebote für Teenies und Jugendliche

Auch wenn die Gruppe der Jugendlichen in den nächsten Jahren abnehmen wird, verlieren sie im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht an Bedeutung. Nachdem die Universitätsstadt Tübingen ihre Aktivitäten in den letzten Jahren verstärkt auf Seniorinnen und Senioren (Stadtseniorenplanung) sowie Familien gerichtet hat, gilt es in der Zukunft neue Impulse für Jugendliche zu setzen. Insbesondere bei den Gesprächen mit Schlüsselpersonen und im Rahmen der Zukunftswerkstatt war eine Neuakzentuierung von Angeboten für Jugendliche immer wieder Thema. Folgende Bedarfe wurden benannt:

- ▶ Priorität hat die Unterstützung beim *Übergang von der Schule in den Beruf.* Dazu soll ein Runder Tisch mit Wirtschaft, Handwerk, Stadt und Schule gegründet werden, um den Übergang ins Arbeits- und Berufsleben zu erleichtern (z.B. gemeinsames Projekt "Markt der Möglichkeiten", Börse etc.). Dabei auch unbedingt die beruflichen Schulen und Ausbildungsberufe einbeziehen. Zusammenarbeit mit dem AK Jugendberufshilfe beim Landratsamt.
- ► Zugangswege und Inhalte von Beratungs- und Unterstützungsangeboten an den Bedürfnissen der Jugendlichen optimal ausrichten: allgemeine Beratung, soziale Netzwerke als Informationsplattform stärker nutzen, Beratung für Mädchen mit Migrationshintergrund.
- ► Unterstützung bei der Schaffung und Nutzung von Räumen (Jugendhäuser, Sporthallen bzgl. Öffnungs- und Belegungszeiten, Treffpunkte), Bedarf für ein Jugendcafé und Jugendinfozentrum in der Innenstadt. Es sollte gleichzeitig eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle für die Altersgruppe in der Stadt sein und auch Angebote und Beratung für bestimmte Zielgruppen (z.B. Mädchen mit Migrationshintergrund) einbeziehen. Ein gutes Beispiel gibt es in Ravensburg mit dem Jugendinformationszentrum aha.
- ► Vorhandene Angebote in den Stadtteilen und Ortschaften stärken und den veränderten Rahmenbedingungen (zunehmende Ganztagsangebote an Schulen) anpassen.

Beispiel Jugendinformationszentrum aha: Dieses gut besuchte Zentrum ist eine niederschwellige Informations- und Vermittlungsstelle für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ravensburg. Es bietet zahlreiche Informationen und Informationsveranstaltungen (z.B. zu Themen wie Freiwilligendienste, Studienplatzbewerbung, Work&Travel, Schuljahr im Ausland), Vermittlungsangebote (z.B. Jobbörse, Babysitterbörse) und Kurse (z.B. Babysitterkurse, Überbrückungsmöglichkeiten und Qualipass, Facebook-Profilcheck, Foto- und Filmworkshop, Cybermobbing).

Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Der auf dieses Ziel gerichtete Entwicklungsprozess verläuft langsam in Schritten. In den letzten Jahren hat sich vieles erheblich verbessert. Gleichwohl müssen darauf gerichtete Aktivitäten weiter auf der Agenda bleiben. Neben flexiblen Betreuungsangeboten von Seiten der städtischen Träger und Einrichtungen etablieren auch die Tübinger Firmen und Unternehmen familienfreundliche Beschäftigungsbedingungen. Hier können Stadt und das Tübinger Bündnis für Familie ein Forum bieten, Anstöße geben (Unternehmensnetzwerk Familie und Beruf) und die Stadt kann als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen.

- Einführung von neuen Arbeitszeitmodellen, Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen, Möglichkeiten von zu Hause aus zu arbeiten (Homeoffice, Telearbeit).
- Väter als Zielgruppe für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Blick nehmen.
- Kooperationen zwischen Firmen und Kindertageseinrichtungen fördern.
- Betreuungsformen/-angebote zu Randzeiten unterstützen.

3.2 Ältere Menschen

3.2.1 Situation und Planungen

Anteil der über 65-Jährigen nimmt weiter zu

Auch in Tübingen wirkt sich der demografische Wandel auf die Altersstruktur der Bevölkerung aus: Die Altersgruppe der älteren Menschen über 65 Jahren ist bereits deutlich gestiegen und wird bis im Jahr 2030 um ca. 5.500 Menschen nochmals steigen. Zu erwarten sind mehr ältere Menschen mit wenig Ressourcen, in Armut, mit Migrationshintergrund und mit Behinderung.

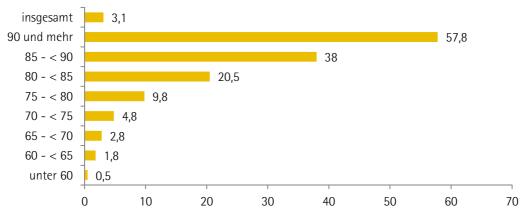
Ältere Menschen und Pflegebedürftige in Tübingen, Prognose Stand 2014

Alter	2014	2030
50 bis < 65 Jahre	15.004	16.146
65 +	12.296	17.837
darunter 80 +	3.340	4.243
Pflegebedürftige insgesamt	2.205	3.235

Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung und Berechnung; Quelle: Kommunalstatistik, Universitätsstadt Tübingen, Prognose Stand 2014; angenommene Pflegequoten 2014: 2,6% und 2030: 3,7%²

Zur Zahl der Pflegebedürftigen in Tübingen konnten keine vollständigen Zahlen ausgewertet werden. Zum Jahresende 2013 haben in Tübingen 66 Personen "Hilfe zur Pflege" nach dem SGB XII (Sozialhilfe) im ambulanten Bereich erhalten. Die Tendenz ist steigend, im August 2014 waren es bereits 74 Fälle.³ Nach Informationen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg sind ältere Menschen in Baden-Württemberg seltener pflegebedürftig als in anderen Bundeländern. 2011 lag die Pflegequote im Land bei 2,6%. Für 2030 würde die errechnete Pflegequote in Baden-Württemberg bei 3,7% liegen. Bezogen auf die Bevölkerungsprognose in Tübingen würde dies eine Zunahme von rund 1.030 Pflegebedürftigen bis 2030 bedeuten. Bis 2050 ist mit doppelt so viel demenziell Erkrankten zu rechnen.

Pflegequoten nach Altersgruppen für 2011, Deutschland (in Prozent der Altersgruppe)



Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung; Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2011 Weeber+Partner 2014, eigene Berechnungen und Darstellung; Quellen: Kommunalstatistik Universitätsstadt Tübingen und Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2011

¹ Quelle: Universitätsstadt Tübingen, Bevölkerungsprognose Stand 2014

² Statistisches Landesamt Ba.-Württ.: Pflegebedürftige in Baden-Württemberg, Statistik Aktuell, Stuttgart, 2014

³ Universitätsstadt Tübingen, Fachabteilung Soziale Hilfen

Gute Strukturen und Vernetzung im Handlungsfeld

Bei der Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit, die im Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales angesiedelt ist, laufen die Aktivitäten im Handlungsfeld zusammen. Die Zusammenarbeit mit den wichtigen Einrichtungen im Bereich ältere Menschen – Stadtseniorenrat Tübingen e.V., Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige e.V. sowie Hirsch-Begegnungsstätte für Ältere e.V. – ist sehr gut. Die Koordinierungsstelle kommt mit ihrem 40%-Stellenanteil an ihre Grenzen, um weitere Aktivitäten umzusetzen. Der Stadtseniorenrat arbeitet nicht nur zur Interessenvertretung, sondern bietet auch ehrenamtlich eine tägliche Sprechstunde an und organisiert weitere Angebote.

Stadtseniorenplanung "Älter werden in Tübingen" und Kreisseniorenplan – weiter umsetzen

Sowohl die Universitätsstadt Tübingen als auch der Landkreis Tübingen haben 2009 eine Planung erarbeitet, die beide an Aktualität noch nicht verloren haben. Durch beide Prozesse haben sich gute Strukturen entwickelt, um aktuelle Aufgaben aufzugreifen, die Konzepte zu den Leitlinien weiter zu entwickeln und die Maßnahmenvorschläge aus der Stadtseniorenplanung umzusetzen. Ein Sachstandsbericht von 2011 gibt einen Überblick über den Stand der Dinge. Aus der Stadtseniorenplanung sind u.a. die heute sehr erfolgreichen Stadtteiltreffs hervorgegangen. Die Hilfen für ältere Menschen mit Migrationshintergrund und das Wissen über ihre Bedürfnisse sind wichtige Themen geblieben. Ebenso stehen "Angenehme und leichte Mobilität" sowie "differenzierte Wohnangebote" nach wie vor auf der Agenda. In den Fachgesprächen wurde angesprochen, dass es im Gerontopsychiatrischen Bereich in Tübingen besonderen Nachholbedarf gebe (Netzwerke, geschützte/geschlossene Einrichtungen) und dass Altersarmut bei Frauen noch mehr Beachtung finden müsse.

3.2.2 Aufgaben und Ziele

Handlungsfeld "Ältere Menschen"

- Ausbau der Hilfen für demenziell Erkrankte und ihre Angehörigen
- ► Caring Community Man interessiert sich, man kennt sich, man kümmert sich: Ausbau von Stadtteiltreffs, Stadtteilsozialarbeit und Nachbarschaftshilfe (siehe Kapitel 4)

Dorfladen



Und

- Zusammenhalt der Generationen vertiefen und Generationen übergreifende Projekte weiter ausweiten
- Menschen im Übergang in den Ruhestand ansprechen
- Mehr unter einem Dach Synergien besser nutzen
 keine Monostrukturen nach Altersgruppen
- ► Bits 'n' Bytes sowohl auf eine internetaffine wie eine internetferne Rentnergeneration eingestellt sein

Handlungsfeld weiterhin quantitativ und qualitativ von herausragender Bedeutung

Der weiter fortschreitende demografische Wandel beruht nicht nur auf der zunehmenden Lebenserwartung älterer Menschen, sondern auch auf der geringen
Zahl von Geburten. Besonders betroffen sind die Ortschaften, in denen zunehmend
auch Infrastrukturangebote verschwinden. Der Zusammenhalt und das Miteinander der Generationen und die Verteilungsgerechtigkeit zwischen Haushalten mit
Kindern und älteren Menschen sollen bei den Konzepten weiterhin und noch verstärkt im Blick behalten werden.

Die Kontakte und die gegenseitige Unterstützung in der Familie spielen auch bei den älteren Menschen nach wie vor eine große Rolle. Dafür ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig. Zunehmend werden sie durch Netzwerke sogenannter Wahlverwandtschaften bzw. enger Freunde ergänzt, insbesondere wenn keine Verwandten in der Nähe leben. Auch gegenseitige kleine Hilfen und Kontakte in der Nachbarschaft fördern das Wohlergehen – Nachbarschaftlichkeit wird als Teil alltäglicher Lebensqualität zunehmend wieder mehr geschätzt und gepflegt. Es wäre auch für einen Großteil der Bevölkerung eine Illusion, sämtlichen Hilfebedarf über professionelle und bezahlte Dienstleistungen abdecken zu können. Schließlich sind eher sinkende Renten und knappe öffentliche Kassen zu erwarten. Dementsprechend sollte die Stärkung der persönlichen Netzwerke und der Nachbarschaftshilfe einen Arbeitsschwerpunkt bilden.

Die Zahl der pflegebedürftigen, älteren Menschen, darunter der demenziell Erkrankten nimmt stark zu. Auch sind die Qualität der Pflege sowie die Menschenfreundlichkeit der Lebensumstände von hilfs- und pflegebedürftigen oder einsamen alten Menschen häufig keineswegs zufriedenstellend. Dementsprechend sollte die Sorge für hilfs- und pflegebedürftige Menschen in hohem Alter einen besonderen Schwerpunkt der Weiterentwicklungen bilden.

Die Hilfen für demenzkranke Menschen und ihre Angehörigen ausbauen

Viele Aktivitäten zur Verbesserung der Versorgung demenzkranker Menschen und zur Entlastung der Angehörigen werden bereits unternommen. Nach der einjährigen Demenzkampagne 2013 wurde 2014 das Netzwerk Demenz gegründet. Wichtig ist, das Thema breit zu kommunizieren, Verständnis zu fördern und Kenntnisse über die Erkrankung und den Umgang zu vermitteln. Der Ausbau von Hilfs- und Unterstützungsangeboten für die Betroffenen und deren Angehörige ist nach wie vor dringlich. Eine besondere Aufgabe ist die Unterstützung von Alleinlebenden mit Demenz, die keine Angehörigen im Umfeld haben. Ehrenamtliches Engagement oder auch Initiativen wie "Tür an Tür", wo sich 10 bis 12 Familien gegenseitig unterstützen, sollen fachlich begleitet werden können. Der bedarfsgerechte Ausbau von Wohn-Pflege-Gemeinschaften ist zur Erweiterung der Wahlmöglichkeiten zwischen stationären und ambulanten Hilfen von großem Interesse.

Caring Community – Man interessiert sich, man kennt sich, man kümmert sich: Ausbau von Stadtteiltreffs, Stadtteilsozialarbeit und Nachbarschaftshilfe

Für hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen ergänzen diese Strukturen mit mehr informeller Kommunikation, Ansprechpersonen und niederschwelligen Hilfen in den Stadtteilen die Leistungen von Pflegediensten und Sozialstationen sowie der Beratungsstelle für Ältere, die überwiegend stadtweit arbeiten und nicht vor Ort sind. Ziel muss es sein, die Verlässlichkeit von ambulanten Hilfen auch für Krisensituationen zu verbessern (Hilfe 7 Tage die Woche / 24 Stunden). Eine stärkere Verortung der Pflegedienste und Sozialstationen in den Stadtteilen erscheint weiterhin wünschenswert.

Zusammenhalt der Generationen vertiefen, Generationen übergreifende Projekte weiter ausweiten und das soziale Potenzial der jüngeren Alten nutzen Die Gruppe der jüngeren Alten bringt wichtiges soziales Potenzial in das Gemeinwesen ein durch Engagement z.B. bei Patenprojekten, kulturellen Angeboten. Beispielhafte Tübinger Projekte sind unter anderem Infö-Mehrgenerationenhaus, Schülerfirma der Walter-Erbe-Realschule oder LeiTa.

Menschen im Übergang zum Ruhestand ansprechen

Der Übergang vom Beruf in den Ruhestand ist für viele eine schwierige, da unbestimmte Zeit. Oft fehlt eine Orientierung, viele sind auf der Suche nach neuen Möglichkeiten, sich zu interessieren und zu betätigen. Vereine – auch Sportvereine –, Einrichtungen und Initiativen sollten den Blick auf diese Gruppe schärfen, sowohl was die Angebotsentwicklung als auch die Nutzung der Kompetenzen der Altersgruppe angeht.

Unter einem Dach – Synergien besser nutzen – keine Monostrukturen nach Altersgruppen

Auch in der Zukunftswerkstatt wurde wieder die Idee eines gemeinsamen Hauses für Stadtseniorenrat, Hirsch-Begegnungsstätte für Ältere und Beratungsstelle für ältere Menschen und ihre Angehörigen vorgetragen. Ziele sind mehr Austausch und Vernetzung durch kurze Wege, barrierefreie Räumlichkeiten für alle, Mehrfachnutzung von Räumen für Veranstaltungen, eine zentrale Anlaufstelle in der Stadt, Synergien bei Öffnungs- und Sprechzeiten. Wir empfehlen jedoch keine Monostruktur nach Altersgruppen, sondern eine Bündelung der Beratungsangebote in einem Forum am Europaplatz (s. Kapitel 4).

Bits 'n' Bytes – sowohl auf eine internetaffine wie eine internetferne Rentnergeneration eingestellt sein

Die Mediennutzung und -kompetenz der künftigen Generation 65+ wird im Vergleich zur heutigen älteren Generation deutlich zunehmen. Bereits 2010 nutzten 31% der 65-Jährigen das Internet, in der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen waren es sogar 75%.⁴ Dementsprechend sollten Angebote – auch speziell mit der Zielgruppe ältere Menschen – den Möglichkeiten von Internet und moderner Kommunikation angepasst werden. Vorschläge betreffen kostenloses W-LAN und Computerarbeitsplätze in den Stadtteiltreffs, Veranstaltungsankündigungen, Literaturempfehlungen, Online-Beratung und Online-Informationen, Austausch in Online-Foren.

_

⁴ Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Internetnutzung der privaten Haushalte in Deutschland, August 2011

3.3 Armut, Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit, Flüchtlinge

Handlungsfeld "Armut, Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit, Flüchtlinge"

- ► Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglichen ganzheitlich helfen – Kinder besonders im Blick haben
- Niederschwellige Beratungszugänge schaffen, Krisenberatung ausweiten, auch aufsuchende Hilfen ermöglichen
- ► Schuldnerberatung verstärken
- ► Öffentlich geförderte Arbeitsangebote ausbauen
- ► Mehr Hilfen für Flüchtlinge sowie Förderung ihrer Integration
- Weiterhin für dezentrale und kleinteilige Anschlussunterkünfte sorgen





3.3.1 Armut

Niedrige Quoten von Haushalten mit staatlicher Mindestsicherung – gleichwohl viele Menschen mit wenig Geld

Empfänger von Arbeitslosengeld und von sozialer Mindestsicherung in Tübingen 30.06.2014

Leistungsart	Anzahl	In Prozent von gesamt in dieser Übersicht
SGB III (Arbeitslosengeld), ohne Kinder	524	21,7%
SGB II (Hartz IV), ohne Kinder	874	36,2%
SGB XII (Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in bes. soz. Schwierigkeiten), mit Kindern	734	30,4%
Regelleistungen nach Asylbewerberleistungs- gesetz*, mit Kindern	280	11,6%
gesamt	2.412	100%

Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung und Berechnung; Quelle: Kommunalstatistik, Universitätsstadt Tübingen; Bundesagentur für Arbeit; Landkreis Tübingen

► Nur 2,9% der Tübinger Bevölkerung erhalten soziale Mindestsicherung von der öffentlichen Hand.

^{*}Empfänger von Regelleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz Stand 31.12.2013

► Der Anteil von SGB II, III und XII-Empfängern ist in der Südstadt, in Unterjesingen und Bühl überdurchschnittlich hoch.

Arbeitslose in Tübingen und in Baden-Württemberg im Vergleich

	Tübingen 30.06.2014	Baden-Württemberg 31.08.2014
Arbeitslose (SGB II und III)	1.398	238.033
davon 55 Jahre und älter (in %)	17,2%	21%
davon unter 25 Jahren (in %)	9,7%	10,9%
davon Langzeitarbeitslose (in %)	35,1%	31,1%*

Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung und Berechnung; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

- ► 700 Personen erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter (Kapitel 3 und 4, SGB XII), dies entspricht 0,83% der Gesamtbevölkerung¹. Damit liegt der Anteil dieser Hilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung in der Stadt Tübingen leicht niedriger als im Landkreis (1,0%).² ³
- ▶ 40% der Empfänger von Leistungen nach SGB XII (Kapitel 3,4 und 8) sind 65 Jahre und älter. Im Vergleich zu anderen Kommunen ist der Anteil von Menschen, die Grundsicherung im Alter erhalten, in Tübingen geringer.
- ► Gemäß der Gebührenerhebung der städtischen Kitas in Tübingen zum 31.12.2013 haben 27% der Haushalte mit Kindern, die einen Betreuungsplatz innehaben, ein geringes Bruttojahreseinkommen bis 20.400 Euro.
- ► Zum Stichtag 30.06.2013 erhalten insgesamt 845 Haushalte (1,4%) Wohngeld in Tübingen, was in etwa dem Landkreis- (ca. 1.700 Haushalte: 1,6%) und Landesdurchschnitt (ca. 71.300 Haushalte: 1,4%) entspricht
- ► 1.407 Personen haben Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Landkreises in Anspruch genommen.
- ▶ Die Armutsgefährdungsquote lag 2012 im Regierungsbezirk Tübingen bei 13,1%, d.h. 13,1% der Bevölkerung verfügen über ein Einkommen von weniger als 60% des mittleren Einkommens im entsprechenden Gebiet. In der Stadt Tübingen trifft dies dann auf rund 11.000 Personen zu.

Armut und Ausgrenzung ist eigentlich ein Querschnittsthema, von dem Menschen in allen anderen Handlungsfeldern betroffen sein können.

Bei den insgesamt günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Tübingen und in der Region darf nicht vergessen werden, dass ein Teil der Bevölkerung mit sehr wenig Geld auskommen muss, nicht nur wenn ihr Einkommen auf dem Niveau der sozialen Grundsicherung, auch wenn es – bei den sogenannten Schwellenhaushalten – etwas darüber liegt. Ein allgemeines gesellschaftliches Problem ist, dass die Sicherheit, auf Dauer einen festen Arbeitsplatz und auch im Alter auskömmlich versorgt zu sein, abgenommen hat. Zu berücksichtigen ist, dass die wirtschaftliche Situation der vielen Studierenden in Tübingen in den Statistiken nicht angemessen erfasst ist.

² Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stand 31.12.2012

^{*} Anteil Langzeitarbeitsloser in Baden-Württemberg Stand April 2014

¹ Quelle: Universitätsstadt Tübingen, Stand 30.6.2013

³ Alle Landkreis- und Landesdaten sind dem Statistischen Landesamt entnommen und gelten für das Jahr 2012.

Ganzheitlich helfen – Teilhabe in den verschiedenen Lebensbereichen ermöglichen

Armut ist ein mehrdimensionales Problem. Armut erschöpft sich meist nicht darin, dass die Betroffenen nicht ausreichend Geld haben. Meist haben Arme auch deutlich weniger Teil am Arbeitsleben, an Bildung, am bürgerschaftlichen und kulturellen Leben, an ausreichenden Wohnbedingungen, an guter Gesundheit. Solche Mangelerscheinungen verstärken sich gegenseitig. Zentrale Begriffe dieses modernen mehrdimensionalen Verständnisses von Armut sind Ausgrenzung bzw. Teilhabe: die Betroffenen verfügen über so geringe materielle, kulturelle und soziale Ressourcen, dass sie der üblichen Lebensweise ausgeschlossen sind.

Armut soll und kann mit Erfolg nur ganzheitlich bekämpft werden, indem den betroffenen Menschen mehr Teilhabe in den verschiedenen Lebensbereichen (Arbeit, Bildung, soziales Miteinander, Gesundheit, Wohnen, inklusives Stadtleben, materielle Grundsicherung) ermöglicht wird. Dabei gehört es zur Teilhabe, dass sich die Angesprochenen selbst mit ihren Talenten und Engagement einbringen können. Diese Zielsetzung bestimmt die Sozialkonzeption von Tübingen insgesamt. Darauf richten sich auch die übergreifenden Ansätze im Kapitel 4.

Die Bekämpfung von Armut oder drohender Armut wurde von den befragten Akteuren der sozialen Arbeit als besonders wichtige Aufgabe für die Sozialkonzeption benannt. In der Online-Erhebung gaben 85% der Einrichtungen und Vereine an, dass für die Zielgruppe ein besonderer Handlungsbedarf besteht. Genannt wurde die Arbeit folgender Träger und Angebote: Tübinger Arbeitslosentreff (TAT), Arche e.V., Verein für Schuldnerberatung, BruderhausDiakonie und Asylzentrum. 60% der im Handlungsfeld tätigen Einrichtungen und Vereine bewerteten den zeitlichen Umfang der Angebote aus Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer als mittelmäßig bzw. verbesserungsbedürftig.

Vom Landkreis delegierte Sozialhilfe – direkte Wahrnehmung der Aufgaben durch die Stadt Tübingen günstig

Der Landkreis Tübingen ist zwar überörtlicher Träger der Sozialhilfe und auch für die Bildungs- und Teilhabeleistungen sowie die Kreisbonuscard zuständig. Die Sozialhilfe ist aber an die Universitätsstadt Tübingen delegiert, die dort in der Fachabteilung Soziale Hilfen im Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales bearbeitet wird. Weitere Zuständigkeiten dieser Abteilung sind Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, Wohngeld und Wohnberechtigungsschein. Sie ist auch Ansprechpartner für Menschen, die sich in einer persönlichen oder wirtschaftlichen Notlage befinden. Menschen mit Behinderungen, pflegebedürftige oder ältere Bürgerinnen und Bürger erhalten ebenso wie Asylbewerber Hilfe.

Weiterhin wurde 2013 eine 0,5 Stelle für städtische Sozialarbeit im Obdachlosenbereich geschaffen und bei der Fachabteilung für Soziale Hilfen angesiedelt. Durch die Sozialhilfedelegation und den damit verbundenen Kontakt mit den betroffenen Menschen hat die Stadtverwaltung einen direkten über die gesetzlichen Leistungen hinausgehenden Einblick in die Lebensverhältnisse der Leistungsempfänger und auch direkten Zugang zu den betroffenen Personen. Gleichwohl ist die Verflechtung der Aufgaben und die Zusammenarbeit mit dem Landkreis eng. Die Stadt kommt für ca. die Hälfte der Kreisumlage auf, viele Einrichtungen in der Stadt die-

nen dem ganzen Landkreis, viele sind mischfinanziert. So ist zum Beispiel die Schuldnerberatung eine Einrichtung des Landkreises und des Vereins Schuldnerberatung, an deren Finanzierung sich die Stadt aber beteiligt.

Niederschwellige Beratungszugänge schaffen, Krisenberatung ausweiten, auch aufsuchende Hilfen ermöglichen

In Zukunft soll mehr Wert darauf gelegt werden, dass die Zugänge zu den Beratungsangeboten niederschwellig funktionieren. Dazu gehört auch die Möglichkeit, aufsuchend tätig zu werden. Bekanntlich ist ein Großteil der Menschen, die die Hilfe am meisten brauchen, nicht in der Lage, sich selber Unterstützung zu holen wie z.B. bildungsferne, arme, wenig selbstbewusste oder entmotivierte Menschen. Menschen in Krisensituationen benötigen oftmals zeitnah eine umfassende kompetente Erstberatung, die gegebenenfalls an weitere spezialisierte Stellen vermittelt. Defizite dieser Art des an sich gut ausgebauten Beratungsangebots wurden im Beteiligungsprozess zur Sozialkonzeption besonders häufig herausgestellt. Mit diesen Zielen sollte Stadtteilsozialarbeit ausgebaut werden (siehe Kapitel 4, übergreifende und integrierte Ansätze).

Ausbau der Schuldnerberatung – Einbindung ehrenamtlicher Mitarbeit

2013 verzeichnet die Schuldnerberatung ca. 270 Neuaufnahmen im Bereich "langfristige Beratung" und "Sprechstunde", davon alleine 63 Fälle im Bereich langfristige Beratung. Bei der Schuldnerberatung gibt es lange Wartezeiten. Hier sollte das Angebot ausgeweitet und ergänzt werden (Insolvenzberatung, Existenzsicherung). Bei der Schuldnerberatung kann auch ehrenamtliche Mitarbeit stärker eingebunden werden.

Wenn Menschen in Notsituationen akuter Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung zur Schuldnerberatung kommen, verbirgt sich dahinter nicht selten eine komplexe persönliche Krise. Dementsprechend sollte auch Beratungskapazität für eine umfassendere Lebensberatung zur Verfügung stehen.

Viele Angebote umsonst oder kostengünstig – Problem Wohnkosten und Problem Kosten des öffentlichen Nahverkehrs

In der Stadt Tübingen gibt es viele Angebote, die helfen, mit wenig Geld auszukommen und allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen: zum Beispiel die Tübinger KinderCard und KreisBonusCard mit zahlreichen Ermäßigungen in den Bereichen Sport, Freizeit, Bildung oder Kultur. Ein weiterer Ausbau und eine noch stärkere Bekanntmachung dieser Angebote ermöglicht wirkungsvolle Teilhabe.

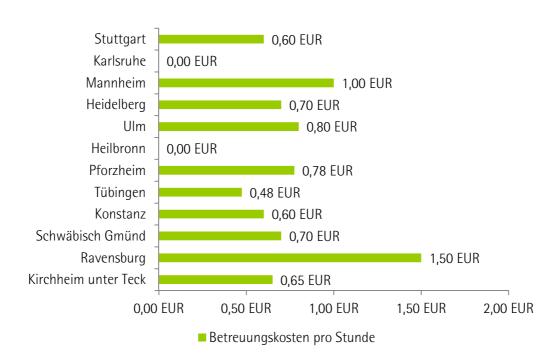
Die Tübinger Tafel e.V. bietet bedürftigen Menschen gesammelte überschüssige Lebensmittel, im Laden "Brot vom Vortag" kann jeder ebendies günstig kaufen auch Secondhandläden bieten solche Möglichkeiten. Derartige Angebote könnten noch besser bekannt gemacht werden.

Die Tarife der Kindertagesstätten sind in Tübingen vergleichsweise sehr günstig (siehe Abbildungen).

Betreuungskosten pro Stunde für ein unter 3-jähriges Kind in Vollzeitbetreuung⁴



Betreuungskosten pro Stunde für ein 3- bis 6-jähriges Kind in Vollzeitbetreuung



Berechnung und Darstellung: Weeber+Partner 2014; http://www.weeberpartner.de/de/kita Quellen: Gebührensatzungen der in den Vergleich einbezogenen Städte. Stand: 1.1.2014.

⁴ Mittelwert von: Paar mit 100% des Nettoäquivalenzeinkommens Baden-Württemberg und 2 Kindern, Paar mit 70% des Nettoäquivalenzeinkommens Baden-Württemberg und 2 Kindern, alleinerziehend mit 100% des Nettoäquivalenzeinkommens Baden-Württemberg und 2 Kindern, alleinerziehend mit 70% des Nettoäquivalenzeinkommens Baden-Württemberg und 2 Kindern.

-

Die Knappheit an preisgünstigen Mietwohnungen wurde allseits als großes soziales Problem thematisiert. Konzepte werden dazu federführend vom Baudezernat erarbeitet.

Weiterhin wurden die Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, die eine Teilnahme am sozialen Leben erschweren, für Menschen mit wenig Geld und Transferleistungsempfänger angesprochen. Inhaber der Tübinger KinderCard und der KreisBonusCard erhalten beim öffentlichen Nahverkehr Ermäßigungen. Die Regelsätze beinhalten Ausgaben für den ÖPNV. Flüchtlingen – insbesondere aus der Unterkunft in Weilheim – könnte mit ausreichend Fahrrädern die Verbindung ins Stadtgebiet erleichtert werden.

Integration in Arbeit fördern als Querschnittsaufgabe – auch öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Menschen mit erschwertem Arbeitsmarktzugang schaffen

Für Flüchtlinge, Wohnungslose, arme Menschen, häufig auch Alleinerziehende ist die Integration in den Arbeitsmarkt der entscheidende Schritt zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Mit dem Unternehmensnetzwerk Familie und Beruf gibt es Kontakte zur Wirtschaft und Foren für das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Berufschancen für Alleinerziehende. Dieser Austausch wird gezielt auch auf die angesprochenen Zielgruppen erweitert. Es sollten verstärkt auch öffentlich geförderte Arbeitsplätze für Personen mit besonderen Problemen beim Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen werden.

3.3.2 Flüchtlinge - mehr Priorität als bisher

Steigende Asylbewerberzahlen und damit steigende Aufnahmequote für die Stadt Tübingen – Ausbau der Hilfen

Aufgrund aktueller politischer Entwicklungen (u.a. Syrien, Irak) steigen die Flüchtlingszahlen auch in der Stadt Tübingen stark an. Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge im Landkreis Tübingen wird sich im Vergleich zu 2013 im Jahr 2014 um 100 Personen auf ca. 440 erhöhen. Eine Schätzung des Landratsamts Tübingen geht von einem Bedarf von 730 Unterkunftsplätze bis Mitte 2015 aus.

Zum 31.12.2013 haben 280 Menschen in Tübingen Leistungen nach dem Asylbewerberleitungsgesetz bezogen. In Tübingen sind 126 Personen (Stand 31.12.2013) in stadteigenen zum Zweck der Anschlussunterbringung angemieteten Wohnungen und Unterkünften untergebracht. Die städtischen Unterkünfte sind voll ausgelastet. Für weitere aufzunehmende Personen steht aktuell kein Wohnraum zur Verfügung. 2014 ist eine Quote von 65 weiteren Personen aufzunehmen.

Geteilte Zuständigkeiten Landkreis und Stadt, Zusammenarbeit und Abstimmung

Der Landkreis ist für die Erstunterbringung der Flüchtlinge zuständig. Seit dem 1.7.2013 hat die Universitätsstadt Tübingen die Mandatschaft für das Asylbewerberleistungsgesetz sowie die Flüchtlingsbetreuung an den Kreis zurückgegeben. Bei ihr liegt noch die Zuständigkeit für die Anschlussunterbringung. Bei diesen überschneidenden Handlungsaufträgen ist eine gute Kooperation notwendig.

Ganzheitliche Hilfen - Mitwirkung der Stadtgesellschaft stärken

Der Ausbau der Hilfen für Flüchtlinge ist aufgrund der aktuellen Situation eine prioritäre Aufgabe. Frühzeitige, ganzheitlich und gut vernetzt organisierte Angebote tragen am besten zur Linderung der Not und zur Integration bei. Voraussetzung ist die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Flüchtlingsarbeit und die Schaffung eines positiven Klimas in der Bevölkerung.

In der Stadt Tübingen gibt es viel Bereitschaft, ehrenamtlich bei der Integration der Flüchtlinge mitzuwirken.

- ▶ Das Asylzentrum Tübingen e.V. leistet sowohl akute Hilfen als auch nachhaltige Integrationsarbeit (Qualifizierungsangebote, Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen im Rahmen von nationalen ESF-Projekten, Kommunikation, Begegnung, kultureller Austausch, Stärkung der Willkommenskultur über Öffentlichkeitsarbeit). Die Arbeit des Vereins beruht auf der Zusammenarbeit von freiwillig Engagierten und angestellten Kräften. Im Zuge steigender Flüchtlingszahlen ist ein Ausbau der Ressourcen notwendig, insbesondere auch zur Koordination und Begleitung freiwillig Engagierter.
- ► An die bestehende Anlaufstelle für Roma und Osteuropäer in der Fachabteilung Soziale Hilfen können sich Flüchtlinge wenden. Auch hier kann freiwilliges Engagement verstärkt eingebunden werden.
- ► In der Weststadt befinden sich zahlreiche Anschlussunterkünfte. Zugehende Stadtteilsozialarbeit siehe Kapitel 4 sollte dementsprechend bedarfsgerecht vorgesehen und ausgerichtet werden.
- ► Vorbildlich sind die im Infö-Mehrgenerationenhaus nahe der Weststadt angebotenen Sprachkurse, die auch als Plattform genutzt werden, um sich im Stadtteil kennenzulernen und für die Zugezogenen Brücken zu anderen Aktivitäten zu bauen (z.B. Nachbarschaftshilfe). Ähnliches kann auch in anderen Stadtteiltreffs entwickelt werden (Sprachkurse, Bildungs- und Freizeitangebote, Kontakte, Patenschaften).
- ► Der AK Asyl der Stiftskirchengemeinde leistet wertvolle Arbeit für Flüchtlinge. Es gibt derzeit Bestrebungen, in allen Stadtteilen einen Freundeskreis zu gründen mit dem Ziel, nachbarschaftliche Kontakte und ehrenamtliche Begleitung (stadtweites Netzwerk, gemeinsamer Infoaustausch und Fortbildungen) zu etablieren.

Dezentral gelegene, kleinteilige Anschlussunterkünfte beschaffen, Koordination

Die Bereitstellung von weiterem Wohnraum für Flüchtlinge ist dringlicher und schwieriger geworden. Am Ziel, kleinere Einheiten dezentral zu verteilen, sollte unbedingt festgehalten werden, um die Chancen der Integration zu verbessern sowie Konflikte und Stigmatisierungen zu vermeiden. Zu unterstützen ist der Vorschlag, eine Projektgruppe zur Koordination der Anschlussunterbringung einzurichten aus Sozialverwaltung, Bauverwaltung und den großen Wohnbaugesellschaften. Auch das Asylzentrum oder der Arbeitskreis Asyl können bei der Umsetzung eingebunden werden.

Über aktuelle Rechtslage informieren

Da sich die gesetzlichen Grundlagen immer wieder ändern und die asyl- und aufenthaltsrechtlichen Vorgaben enge Grenzen bei den Integrationsbedingungen setzen, ist es wichtig, die Akteure im Handlungsfeld Flüchtlinge sowie in anderen relevanten Beratungsstellen über die aktuelle Rechtslage zu informieren. Der "Leitfaden für das freiwillige Engagement in der Flüchtlingsarbeit" bildet eine gute Grundlage, die entsprechend zu aktualisieren ist.

3.3.3 Von Wohnungslosigkeit bedrohte und betroffene Menschen

Mehr wohnungslose Frauen und Kindern

In Tübingen leben zum Stichtag 31.12.2013 (Quelle: Universitätsstadt Tübingen) 131 wohnungslose Personen und damit 10 Personen mehr als im Vorjahr. Unter den wohnungslosen Personen befinden sich 64 Männer, 38 Frauen und 29 Kinder, die Zahl der Frauen und Kinder hat zugenommen. Die wohnungslosen Menschen sind in Einzelwohnungen (70 Personen), Wohnheimen (34), Gemeinschaftswohnungen (19) und Schwellenwohnungen (8) untergebracht. Die durchschnittliche Unterbringungsdauer beträgt in 69% der Fälle unter 2 Jahren und in 31% der Fälle über 2 Jahren. Bei dem derzeitigen Wohnungsengpass im Segment der preiswerten Wohnungen ist die Gefahr, auch ohne besondere persönliche oder soziale Schwierigkeiten wohnungslos zu werden, deutlich erhöht.

Konzeption Wohnungsnotfallhilfe weiter umsetzen

Im Februar 2013 wurde die Konzeption Wohnungsnotfallhilfe im Gemeinderat vorgestellt und veröffentlicht, die weiter umzusetzen ist. Dazu gehört auch der fortzusetzende Dialog zwischen Sozialverwaltung und den in der Wohnungslosenhilfe, im ambulant betreuten Wohnen und im Bereich von Streetwork tätigen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen der freien Träger.

Besonderer Handlungsbedarf entsprechend dem Konzept von 2013: Stärkung der Prävention, aufsuchende Arbeit, spezifische Angebote für wohnungslose Frauen und junge Volljährige und abstinent lebende Alkoholiker Bei der Beteiligung zur Sozialkonzeption wurde der Ausbau aufsuchender (präventiver) Hilfen besonders herausgestellt, damit prekäre (Wohn-)Verhältnisse frühzeitig erkannt und ggf. abgewendet werden können.

Im Rahmen der Prävention ist frühzeitig zugehende Sozialarbeit durch oder in Kooperation mit den Wohnungsunternehmen besonders wirksam, wenn Mieter Mietschulden haben. Vielfach befinden sie sich dann in existenziellen Krisen, die bei frühzeitigen Hilfen eher bewältigt werden können, und durch die der Verlust der Wohnung abgewendet werden kann. Die GWG hat seit April 2014 einen Sozialberater eingestellt, der in Problem- und Streitfällen Ansprechpartner für die Mieterinnen und Mieter ist. Derartige Frühwarnsysteme sind wichtig, um rechtzeitig z.B. an die Schuldnerberatung zu vermitteln und damit Wohnungsverlust zu vermeiden.

3.4 Menschen mit Behinderungen

3.4.1 Situation und Planungen

Anteil schwerbehinderter Menschen in Tübingen entspricht dem Landesdurchschnitt

In Tübingen haben zum Stichtag 31.12.2013 7.044 Menschen einen Schwerbehindertenausweis.¹ Dies entspricht 8,3% der Bevölkerung in Tübingen (Anteil schwerbehinderter Menschen in Baden-Württemberg, 31.12.2011: 8,4%; Landkreis 31.12.2011: 7,5%²).

Zur Zahl der Menschen, die Eingliederungshilfe erhalten, konnten für die Stadt Tübingen keine detaillierten Daten ausgewertet werden. Es lag lediglich die Information Stand 31.12.2013 vor, dass 204 Personen Eingliederungshilfe (ambulanter Bereich und Persönliches Budget) erhalten haben.³

Gute Koordinationsstrukturen bei der Stadt

Die Koordinierungsstelle für Inklusion (40%-Stelle) im Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales ist zentrale Anlaufstelle in Fragen von Inklusion und Teilhabe innerhalb der Verwaltung und für alle Bürgerinnen und Bürger. Eigene Projekte und Öffentlichkeitsarbeit sind im gegebenem Arbeitsrahmen möglich. Bei baulichen Aufgaben arbeitet sie mit der Stelle für barrierefreies Bauen (30%) im Baudezernat eng zusammen.

Gute Vernetzung im Handlungsfeld, mit Verwaltung und Politik

Das FORUM & Fachstelle Inklusion ist ein offenes Forum für Menschen mit Behinderungen, Selbsthilfegruppen und gemeinnützige Träger der Behindertenhilfe. Es versteht sich als unabhängige Interessenvertretung, Informationsnetzwerk und tritt für eine umfassende Barrierefreiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung ein. Vertreterinnen und Vertreter sitzen als sachkundige Bürger in allen Gemeinderatsausschüssen. Für die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen ist auch eine gute Kooperation mit dem Landkreis notwendig.

Vorhandene Planungen noch aktuell

Im Dezember 2009 ist die Universitätsstadt Tübingen nach einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss der "Erklärung von Barcelona" beigetreten. Im selben Jahr hat eine Projektgruppe aus Stadtverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertretern von Behindertengruppen und Seniorenräten das Handlungskonzept "Barrierefreie Stadt Tübingen" entwickelt. 2013 hat der Landkreis den Teilhabeplan veröffentlicht.

Vorhandene Planungen umsetzen, fortschreiben und Erreichtes kommunizieren

Die aktuellen Planungen wie der Teilhabeplan des Landkreises und das Handlungskonzept "Barrierefreie Stadt Tübingen" bilden eine wichtige und gute Grundlage für konkrete Maßnahmen und Weiterentwicklungen im Handlungsfeld. An deren Umsetzung und aktuellen Ergänzungen wird weiter gearbeitet. Um eine breitere

-

¹ Datenquelle: Landratsamt Tübingen, Geschäftsbereich Jugend und Soziales

² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

³ Landratsamt Tübingen, Abteilung Soziales

Öffentlichkeit mitzunehmen, und als Motor und zur Erfolgskontrolle würde eine Umsetzungsbilanz, die regelmäßig veröffentlicht wird, helfen: Was hat man schon erreicht? Wer arbeitet an was und ist wofür zuständig? An welchen Aufgaben und Projekten ist man aktuell dran?

Partizipation ist selbstverständlich

Die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen soll bei allen Planungen selbstverständlich immer mit berücksichtigt werden z.B. bei anderen Fachplanungen. Es geht darum, dass Menschen mit Behinderungen sich mit ihren Kompetenzen gleichberechtigt in die Gestaltung des Gemeinwesens z.B. der Stadtteiltreffs einbringen können.

Integrationsstatistik

Seit Beginn der Integrationsstatistik 2008/09 ist die Zahl von Kindern mit Behinderung, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, von 25 auf 40 (2013) angewachsen.

Im Schuljahr 2011/2012 haben 32 Kinder mit Behinderung eine Grundschule und 19 eine weiterführende Schule besucht.

Recht auf Inklusion in UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung seit 2008 festgeschrieben

Am 3. Mai 2008 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft getreten. In Artikel 3 wird als Grundsatz "die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft" betont.⁴

Die Landesregierung erarbeitet derzeit die Neufassung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes. Das Gesetz orientiert sich durchgängig am Prinzip der Inklusion und vollzieht den Paradigmenwechsel wie er in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben ist.

_

⁴ Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Artikel 3, 3. Mai 2008

3.4.2 Aufgaben und Ziele

Handlungsfeld "Menschen mit Behinderungen"

- ► Inklusion in allen Lebensbereichen voranbringen (Querschnittsaufgabe)
- Handlungskonzept "Barrierefreie Stadt": Stand der Umsetzung evaluieren, Fortschreibung, Transparenz und Kommunikation verbessern
- Partizipation ist selbstverständlich
- Umfassende Barrierefreiheit konsequent weiterverfolgen
- ► Teilhabe erfordert die Verbesserung von Assistenzangeboten
- ► Interessen und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen besser bündeln





Inklusion in allen Lebensbereichen weiter voranbringen

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine Querschnittsaufgabe und ist entsprechend weiter zu verankern und zu kommunizieren. Im Bereich der sozialen Infrastruktur gibt es gute Ansätze wie z.B. die Integration in Kindertageseinrichtungen oder die Öffnung der Sportvereine, die intensiv weiterverfolgt werden sollen. Es steht nunmehr an, den sozialen Bereich zu überschreiten und insbesondere Kontakte zur Wirtschaft, den Wohnbaugesellschaften, Regelschulen und auch im Bereich Kultur auszubauen. Damit sind Zugänge zu ermöglichen in

- ► Arbeit die Stadt kann gezielt niedrigschwellige Arbeitsplätze erhalten oder schaffen –
- ► selbständiges Wohnen konkrete Vermittlung und Berücksichtigung von Interessierten bei Wohnungsumbauten und im Wohnungsneubau; Nutzung von Ermessensspielräumen bei der Anerkennung der Kosten der Unterkunft –
- ► schulische Integration gesetzliche Grundlagen umsetzen, hier gibt es noch ein zähes Ringen zur Schaffung der erforderlichen Assistenz und Rahmenbedingungen.

Die Stadtverwaltung kann hier zusammen mit dem FORUM Inklusion ein Dialogforum bieten, als Beispiel vorangehen und (wegweisende) konkrete Projekte unterstützen.

Eine umfassende Barrierefreiheit in Schritten konsequent weiterverfolgen

Eine umfassende Barrierefreiheit ist ein zentrales Anliegen. Handlungsbedarf gibt es nach wie vor bzgl. des öffentlichen Raumes, der Nutzung von Gaststätten (Zugang und Toiletten) oder bei öffentlichen Gebäuden auch in den Ortschaften wie z.B. den Verwaltungsstellen. Alle Veranstaltungsräume, Beratungsstellen (z.B. Beratungsstelle für Ältere, gerontopsychiatrische Beratungsstelle, Infö Mehrgeneratio-

nenhaus) und Stadtteiltreffs sind künftig selbstverständlich barrierefrei gestaltet. Eine begrenzte Zahl prioritärer Projekte für die Umsetzung aus dem konkreten Bedarf der Betroffenen auch in den Stadtteilen und Ortschaften sollte regelmäßig – z.B. alle zwei Jahre – benannt und veröffentlicht werden.

Verbesserte Assistenzangebote und sozialräumliche Konzepte – Pilotprojekt entwickeln

Teilhabe erfordert ausreichend Ressourcen für Assistenz, neue Konzepte und Strukturen. Der Landkreis ist Kostenträger für die Assistenz. Klassische Anbieter kommen bislang eher aus dem Seniorenbereich und sind noch nicht ausreichend auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderung eingestellt. In Tübingen fehlen noch Strukturen für und Akzente auf nicht institutionalisierte Angebote in den Stadtteilen. Dies betrifft auch den Bereich von Unterstützungsangeboten für ältere Menschen oder Kranke und damit verschiedene Hilfebereiche und Kostenträger. Für diese drei Zielgruppen wird ein Pilotprojekt empfohlen.

Damit solche sozialräumlichen Konzepte tragfähig entwickelt werden können, ist es wichtig, bedarfsgerechte insbesondere barrierefreie Wohnangebote in den Stadtteilen zu schaffen. Außerdem sollen Menschen mit Behinderung stärker in die Stadtteilaktivitäten z.B. die Stadtteiltreffs eingebunden werden, um besser voneinander zu wissen.

Bündelung von Interessen

Wo immer möglich werden breitere Interessen und übergreifende Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen oder Kranken gebündelt (z.B. Pilotprojekt zur sozialräumlichen Organisation von Pflege und Assistenz oder Ausbau von Nachbarschaftshilfe, Besuchs- und Begleitdiensten in den Stadtteilen). Die "Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit <u>und</u> Inklusion" bietet dafür gute Voraussetzungen.

Es geht aber nicht nur um die Bündelung von Bedürfnissen bestimmter Zielgruppen, sondern um die gemeinsamen Interessen der gesamten Stadtgesellschaft in allen Fragen – u.a. Caring Community, Assistenz, niederschwellige Beratung, Wohnen, Versorgungsleistungen und umfassende Barrierefreiheit (s. Kapitel 4 Leitlinien).

92 WEEBER-PARTNER 3 Handlungsfelder

3.5 Menschen mit Krankheiten, Menschen in Krisensituationen

3.5.1 Situation und Planungen

Allgemein: Zunahme chronischer und psychischer Erkrankungen

Krankheit und Krisensituationen sind oft der Auslöser dafür, dass Menschen in Armut oder längerfristige Abhängigkeit von Unterstützung geraten. Nach Informationen der Schuldnerberatung ist bei 27% der Nennungen eine Krankheit als Grund für eine Verschuldung genannt, in 19% der Nennungen stehen Scheidung/Trennung/familiäre Probleme im Vordergrund (Quelle: Schuldnerberatung, 2013). Insbesondere die Zunahme chronischer Erkrankungen ist eine große Herausforderung für das Gesundheitswesen¹. Aber auch die Zahl der Krankschreibungsfälle aufgrund psychischer Erkrankungen ist von 2010 mit 5,5 Fälle je 100 Versichertenjahre im Jahr 2013 auf 6,2 Fälle gestiegen². Im Suchtbereich sind die Beratungszahlen im Jahr 2012 um ca. 20% gestiegen.³ Prävention, frühzeitige Intervention und Gesundheitsförderung sind deshalb wichtig, um die Lebensqualität und damit auch die Prosperität der Gesellschaft zu verbessern. Dies sind bundesweite Entwicklungen. Über die genaue Situation in Tübingen liegen keine Zahlen vor. Man kann aber auch hier von einer Zunahme ausgehen.

Informationen aus den Einschulungsuntersuchung

Die Abteilung Gesundheit beim Landratsamt hat Informationen aus den Einschulungsuntersuchungen Oktober 2012 bis September 2013 ausgewertet. In Tübingen waren in diesem Zeitraum 767 Kinder dazu eingeladen. Da die Zahlen klein sind, ist der Stadtteilvergleich noch wenig aussagekräftig. In Zukunft sollten mehrere Jahrgänge zusammengefasst werden.

- ► Wird bei der Einschulungsuntersuchung anhand eines Screenings eine Sprachauffälligkeit festgestellt, werden diese Kinder zu einem Sprachentwicklungstest für 3- bis 5-jährige Kinder (SETK 3 - 5) eingeladen. Dabei werden Sprachverstehen, Sprachproduktion und Sprachgedächtnis untersucht. Mit diesem Test kann so ein intensiver Förderbedarf festgestellt werden. In Tübingen haben 12% der 767 zur ESU eingeladenen Kinder einen intensiven Sprachförderbedarf. Überdurchschnittlich ist dieser Anteil in folgenden Sozialräumen: WHO - Sand 14%, Südstadt 19%, Pfrondorf 15% und Hirschau 16%.
- ► Anhand des Body Mass Index kann festgestellt werden, ob Kinder unter-, normaloder übergewichtig sind. Im ausgewerteten Zeitraum wurden dazu bei 677 Kindern aus Tübingen Angaben gemacht. Davon sind jeweils 6% unter- bzw. übergewichtig. In den Sozialräumen Innenstadt, Weststadt, Südstadt und Unterjesingen ist der Anteil übergewichtiger Kinder überdurchschnittlich hoch. In den Sozialräumen Wanne und Winkelwiese, WHO - Sand, Lustnau, Pfrondorf, Weilheim und Kilchberg ist dagegen der Anteil untergewichtiger Kinder überdurchschnittlich.
- Bei den Einschulungsuntersuchungen soll das Kinder-Untersuchungsheft vorgelegt werden, um zu prüfen, ob die Kinder an den Untersuchungen U1 bis U8 teilgenommen haben. Bei 22% der in Tübingen eingeladenen Kinder wurde das

³ Baden-Württembergischer Landesverband für Prävention und Rehabilitation gGmbH, Jahresbericht 2012, S.

¹ Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg (2009): Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg,

² DAK-Gesundheitsreport 2014, S.

Untersuchungsheft nicht vorgelegt oder die Untersuchungen wurden nicht wahrgenommen. Überdurchschnittlich ist dieser Wert in der Innenstadt, Wanne und Winkelwiese sowie Südstadt. Hier gibt es einen verstärkten Informations- und Aufklärungsbedarf. Insgesamt lässt sich feststellen, dass diejenigen Eltern, die die ersten Untersuchungen mit ihren Kindern wahrgenommen haben, auch an den folgenden teilnehmen.

Verlorene Lebensjahre

Ein weiterer Indikator für den Gesundheitszustand ist das Konzept der verlorenen Lebensjahre – Potential Years of Life Lost (PYLL). Dafür werden für alle vor Erreichung der Altersgrenze von 65 Jahren Verstorbenen die nicht gelebten Jahre aufsummiert und in Relation zur Bevölkerung gesetzt. Sowohl im Jahr 2012 als auch im Jahr 2013 war dieser Wert in der Weststadt überdurchschnittlich hoch und in WHO-Sand etwas überdurchschnittlich. Auch dieser neu ausgewertete Indikator sollte über einen längeren Zeitraum beobachtet werden und wenn möglich durch das Merkmal der Todesursache erweitert werden, um ggf. gezielte Präventionsarbeit zu initiieren.

Viele verschiedene Akteure und Kostenträger

In diesem Handlungsfeld sind viele verschiedene Kostenträger und Hilfesysteme (Stadt, Kreis, Land, Träger der Kranken- und Pflegeversicherung, gesetzliche Unfall- und Rentenversicherungen) sowie Akteure (Haus- und Fachärzte, ambulante Dienste, stationäre Einrichtungen und Kliniken, Vereine und Verbände, Selbsthilfegruppen) beteiligt. Durch diese Vielfalt sind Zuständigkeiten oft unklar und Finanzierungen kompliziert.

Gute Netzwerke in Stadt und Landkreis

Diese Vielfalt an Akteuren erfordert gute Strukturen und Formen der Zusammenarbeit. Durch die Initiative des Landes werden in allen Stadt- und Landkreisen kommunale Gesundheitskonferenzen eingerichtet, um die Leitlinien und Ziele der Gesundheitsstrategie vor Ort umzusetzen. Schwerpunkte sind die Planung und Steuerung medizinischer Versorgung sowie die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung. Die Gesundheitskonferenz im Landkreis Tübingen widmet sich derzeit folgenden Themen: Gesund aufwachsen – Bewegung und Ernährung in Kindertageseinrichtungen; Nutzung der Einschulungsuntersuchung, um Maßnahmen im Kindergartenalter zu entwickeln; Rehabilitation im Kinder- und Jugendalter; Versorgungslücken – Versorgungsbrücken. Durch diese neue Struktur können einzelne Themen noch besser gebündelt und koordiniert werden, zum Beispiel:

"Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat im März 2014 einen Arbeitskreis "Versorgungslücken – Versorgungsbrücken" gegründet. Ziel ist es, praktikable, regionale Lösungen zu Problemen der Überleitung und Nachversorgung von Patientinnen und Patienten bei Klinikentlassungen zu finden. Problemfelder sind die stationäre, ambulante und medizinische Nachversorgung sowie die finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Vertreter der beteiligten Institutionen des Nachversorgungsnetzwerks stehen im Arbeitskreis in einem fachlichen Austausch und erarbeiten Lösungsansätze, die in eine Handlungsempfehlung für die Kommunale Gesundheitskonferenz münden."

-

 $^{^4}$ Landratsamt Tübingen, Geschäftsstelle Gesundheitskonferenz, Leitung AK Versorgungslücken Versorgungsbrücken

Darüber hinaus gibt es fruchtbare Netzwerke zu bestimmten Bereichen wie z.B. der AK Suchtprophylaxe des Landkreises Tübingen, der AK Drogen der Stadt Tübingen oder das kommunale Suchthilfenetzwerk des Landkreises Tübingen.

Das Sozialforum Tübingen e.V. übernimmt eine wichtige Funktion als Anlauf- und Servicestelle für Selbsthilfegruppen, Initiativen und Vereine im Sozial- und Gesundheitsbereich. Durch die vorhandene Infrastruktur in den Räumen des Sozialforums und die personelle Unterstützung gibt es sehr gute Bedingungen für Selbsthilfegruppen und Initiativen.

Entwicklungen auf Landesebene

Das Land will mit einem Hospiz- und Palliativ-Versorgungskonzept den flächendeckenden Ausbau von Palliative Care Teams fortführen. Tübingen ist hier schon seit langer Zeit Vorreiter. Das "Tübinger Projekt: Häusliche Betreuung Schwerkranker" – bundesweit das erste Angebot dieser Art – zeigt wie durch eng vernetzte Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen eine intensive ambulante Betreuung rund um die Uhr gelingen kann und unheilbar kranke Menschen bis zu ihrem Tod zu Hause bleiben können.

Außerdem ist das erste Psychiatriegesetz für Baden-Württemberg in Arbeit, mit dem die Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte und gemeindenahe psychiatrische Versorgung geschaffen werden sollen. Schwerpunkt ist dabei die flächendeckende ambulante Grundversorgung durch sozialpsychiatrische Dienste. Auch die Rechte der betroffenen Patientinnen und Patienten sollen gestärkt werden (Beschwerdestellen auf Kreisebene, unabhängige Ombudsstelle auf Landesebene).

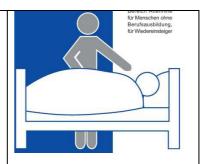
Fehlende gesetzliche Grundlagen hemmen die Umsetzung im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung

Die Gesundheitsstrategie gibt einen Rahmen und Ziele vor für die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung. Für die Umsetzung vor Ort fehlen dafür aber gesetzliche Grundlagen. Sie basiert auf der Selbstverpflichtung der Mitglieder in der Gesundheitskonferenz. Außerdem gibt es bislang nur eingeschränkte finanzielle und personelle Ressourcen. Projekte sind abhängig u.a. von eigenen Mitteln der Träger, Zuschüssen von Kreis und Stadt oder Fördermitteln von Land oder Bund.

3.5.2 Aufgaben und Ziele

Handlungsfeld "Menschen mit Krankheiten, Menschen in Krisensituationen"

- ► Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe verankern und vertiefen
- Prävention stärken: in Familientreffs, Stadtteiltreffs, Schulen verankern, Fachstellen dazu verpflichten und entsprechend finanziell ausstatten
- ► Angebote der Beratungsstellen erhalten und bestehende Angebote stärken
- ► Zugänge bei Präventions- und Therapieangeboten z.B. auch für Menschen mit Migrationshintergrund verbessern
- ► Fachberatung für Opfer sexueller Gewalt schaffen





Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe verankern und vertiefen

Zur Förderung gesunder Lebenswelten in allen Lebensphasen tragen viele verschiedene Bereiche bei. Gesundheitsförderung ist deshalb eine Querschnittsaufgabe, die in der Stadtverwaltung aufgegriffen und verankert werden sollte. Es sollte mit allen betreffenden Akteuren das Thema vertieft werden, wie Gesundheitsförderung und Prävention in allen kommunalen Verantwortungsbereichen verfolgt und gestärkt werden kann. Dafür sind finanzielle und personelle Ressourcen notwendig, für die ggf. Programme des Landesgesundheitsamtes, der Landesstiftung oder anderer Ministerien genutzt werden können. Im Zusammenhang mit der Gesundheitskonferenz und den auf kommunaler Ebene einzuführenden Gesundheitsdialogen wird eine engere Zusammenarbeit zwischen Kreis und Stadt für Synergien genutzt.

Settingansatz aus der Gesundheitsplanung mit einer stärkeren Sozialraumorientierung verbinden

Gesundheitsförderung knüpft an den Voraussetzungen für relative Gesundheit und der Widerstandskraft gegen negative Einflüsse an – beim individuellen Verhalten und ebenso bei den strukturellen Verhältnissen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Setting-Ansatz, der nicht nur den einzelnen Menschen, sondern den gesamten Lebenszusammenhang in den Blick nimmt – als überschaubares sozialräumliches System, in dem Menschen ihren Alltag verbringen. Gesundheitsförderung sollte im Alltag und in Strukturen verankert, in Angeboten und Routinen eingebettet werden. Wenn Gesundheitsförderung mit anderen Handlungsfeldern verknüpft wird, gibt sie so Anstöße für fachübergreifendes Handeln, von dem viele einen Nutzen haben.

_

Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg (2009): Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg, S. 12

Prävention und Gesundheitsförderung sollen deshalb zu einem festen Bestandteil im Schul-Curriculum werden. Gerade Schulen oder andere Jugendeinrichtungen eigenen sich dafür in besonderer Weise, weil hier Kinder und Jugendliche in allen Altersstufen und ungeachtet ihres familiären Hintergrunds erreichbar sind. Auch die Familien- und Stadtteiltreffs bieten sich als geeignete Einrichtungen an. Kooperiert wird mit den entsprechenden Fachberatungen (z.B. von TIMA, PfunzKerle), die ergänzende Ressourcen für Präventionsaufgaben benötigen und in die Einrichtungen kommen. Im Bereich Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund gibt es bei den gesundheitspräventiven Angeboten einen Ausbaubedarf.

Wichtig ist, neben dem Einfluss auf das Verhalten der Menschen auch die Verhältnisse zu ändern (in Schulen und Kindergärten z.B. Trinkbrunnen statt verkauf von Süßgetränken, gesundes Mittagessen und Kochkurse, Bewegungsangebote, im Sozialraum).

Bestehende Angebote erhalten und durch verlässliche Finanzierung sichern

Die wichtigen Beratungsangebote und Anlaufstellen für die verschiedenen Zielgruppen im Handlungsfeld werden ausschließlich von freien Trägern übernommen. Die Stadt hat ein großes Interesse an der Erfüllung dieser Aufgaben. Deshalb ist es notwendig, die Grundlagenarbeit langfristig und verlässlich finanziell zu sichern. Die Stadt hat aus diesem Grund inzwischen mit mehreren Trägern Verträge abgeschlossen. Dazu zählen u.a. die Angebote des Sozialforums (Selbsthilfekontaktstelle und Sozialservice), der Aids-Hilfe und der bwlv-Drogenhilfe sowie Angebote aus dem Bereich Gleichstellung.

Zugänge bei Therapie- und Präventionsangeboten für bestimmte Zielgruppen verbessern

Nach Angaben der Beratungsstellen und Therapiezentren steigen psychische Erkrankungen erheblich an. Viele Menschen bleiben längerfristig in Behandlung und auch die Krankenhäuser entlassen ihre Patienten wesentlich früher, was mehr Begleitung und Nachversorgung zur Folge hat. Bei entsprechenden Angeboten bestehen Wartezeiten von mehr als einem halben Jahr, was für Menschen mit akuten Problemen viel zu lange ist. Es fehlen spezialisierte Therapieangebote für Menschen mit Migrationshintergrund (auch Spracherwerb für Menschen mit Lernschwäche). Die Betroffenen müssen dafür bis nach Stuttgart fahren.

Auch Präventionsangebote spielen aufgrund gestiegener psychischer und chronischer Erkrankungen in Zukunft eine noch wichtigere Rolle. Hier ist weniger die dezentrale Ausrichtung im Fokus, vielmehr geht es um passgenaue Angebote für bestimmte Gruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung, Mädchen und Frauen bzw. Jungen und Männer.

Die Menschen suchen in Krisen Rat und Angebote. Frühzeitige Intervention und schnelle Hilfe sind entscheidend. Deshalb sind Netzwerke, Absprechpersonen und Anlaufstellen für eine allgemeine Beratung im Stadtteil besonders wichtig (s. Kap. 4).

97

Fachberatung für Opfer sexueller Gewalt schaffen

Eine Anlaufstelle für Opfer sexueller Gewalt, sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene, wird in Tübingen in Kooperation mit dem Landkreis eingerichtet. Sie sollte an bestehende Angebote und Räumlichkeiten angeschlossen werden wie z.B. das Frauenprojektehaus. Mögliche Aufgabenbereiche sind:

- ► Telefonberatung: z.B. Krisenintervention, entlastendes Gespräch, rechtliche Information, Vermittlung von Rechtsbeistand.
- ► Beratung von Opfern und Bezugspersonen sowie pädagogischen Fachkräften.
- ► Begleitung zu medizinischen Untersuchungen, Anzeigenerstattung, Gerichtsverhandlungen.
- ► Prävention: Durchführung von Präventionsveranstaltungen für Eltern, Fachkräfte, Kinder und Jugendliche in Schulen, Kindergärten, Vereinen.

4 Leitlinien zur Weiterentwicklung des Sozialen in Tübingen und wichtige Aufgaben

Ziele, Denkanstöße, Strukturierung

Wie können die sozialen Angebote und die sozialräumlichen Strukturen weiterentwickelt werden, um den sozialen Zusammenhalt in Tübingen zu stärken? Es geht um ein positives Miteinander der Menschen, auch in sehr unterschiedlichen Lebenslagen, zum Beispiel von Jung und Alt, armen und wohlhabenden Tübingern, alt eingesessenen und neu zugewanderten Haushalten. Ziel ist eine menschliche Gesellschaft, die allen Teilhabe ermöglicht, in die jeder einbezogen ist und in die sich jeder auch einbringen kann, Anerkennung erfährt und bei Bedarf auch Hilfe bekommt. Es gilt, Tendenzen zur Vereinzelung und sozialer Spaltung entgegenzuwirken.

Die Leitgedanken zur Verwirklichung solcher weit reichenden Ziele entsprechen einem modernen integrierten Verständnis sozialer Nachhaltigkeit. Drei Aufgabenfelder gehören dazu':

- ► die menschliche Existenz zu sichern: Wohnen, Arbeiten, Gesundheit, Mobilität
- ▶ das gesellschaftliche Produktivkapital zu erhalten: Bildung, Wissen, Können, Kompetenzen, mit guten Zugängen für alle Bevölkerungsgruppen und den dazugehörenden leistungsfähigen Institutionen, die für diese Aufgaben wesentlich sind, von den Familien bis zu den Schulen und sozialen Netzwerken.
- ▶ die Entwicklungs- und Handlungsoptionen zu bewahren: Robuste, anpassungsfähige Strukturen - von der Stadt der kurzen Wege bis zur Governance - den guten Strukturen für Zusammenarbeit, Partizipation und die politischen Entscheidungen.

Denkanstöße ergeben sich weiterhin aus aktuellen in Fachwelt und Gesellschaft diskutierten Konzepten, wie z.B. der Capability Approach (der Befähigungs- oder Verwirklichungschancen-Ansatz) des Nobelpreisträgers Amartya Sen, das Caring Community Konzept, das besonders in der Alten- und Pflegepolitik geschätzt wird, der Setting-Ansatz aus der Gesundheitsförderung, mit dem mehr Effekte erzielt werden, wenn der Kontext in die Arbeit einbezogen wird, die Ansätze in der sozialen Arbeit "hybride Organisationen" zu entwickeln (Kombination wohlfahrtsstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Elemente mit unternehmerischen Ansätzen).

Die folgenden Leitlinien zur Weiterentwicklung des Sozialen in Tübingen richten sich besonders darauf,

- die städtebaulichen und sozialen Potenziale in den Nachbarschaften, Stadtquartieren und Stadtteilen für mehr Kontakte, Eigeninitiative und Miteinander besser zu erschließen
- die Gemeinsamkeiten für die einzelnen Zielgruppen und Angebote stärker zu nutzen, um mehr Qualität und Wirkung zu erreichen

¹ In Anlehnung an das Nachhaltigkeitskonzept Helmholtz Gesellschaft

100 4 Leitlinien WEEBER+PARTNER

▶ und den veränderten Problemlagen aufgrund des gesellschaftlichen und demografischen Wandels sowie der angestiegenen Zuwanderung insbesondere der Flüchtlinge gerecht zu werden.

Leitlinien zur Weiterentwicklung der sozialräumlichen Lebensqualität und Angebote in Tübingen sind:

1 In Bezug auf Zielgruppen mit großem auch quantitativ zunehmenden Hilfebedarf:

- ► Mit den demografischen Veränderungen: die Menschen in sehr hohem Alter, häufig mit demenziellen Krankheiten und ihre Familien und auch viele Alleinlebende.
- ► Mit dem Unfrieden in der Welt: die wachsende Zahl von Asylbewerbern nach der Erstunterbringung und von anderen Flüchtlingen.
- ► Mit dem sozialen Wandel: überforderte Familien und Lebensgemeinschaften, ihre Kinder und Jugendlichen
- ► Mit der Zunahme chronischer, auch Lebensstil bedingter Erkrankungen sowie psychischer Erkrankungen: eine präventive Gesundheitsförderung bekommt mehr Gewicht.

2 In Bezug auf Stadtteile und Quartiere mit besonderem Handlungsbedarf:

- Waldhäuser Ost: umfassende soziale und städtebauliche Entwicklung notwendig
- ► Weststadt: leistet große Integrationsaufgabe für die Gesamtstadt (insbesondere durch wachsenden Personenkreis der Flüchtlinge), soziale und städtebauliche Weiterentwicklung notwendig
- ► Südstadt: bisheriger Handlungsschwerpunkt, weitere Stabilisierung notwendig
- ► Goldersbach / Aeule, Derendingen Zentrum, Bismarckstr. / Schaffhausenstr.: beobachten und Quartierskonzepte entwickeln
- ► Ortschaften: Wohn- und Pflegeangebote für ältere Menschen, Wohnraum für Familien, Konzepte für Nahversorgung, Angebote für die großen Kinder (10-14jährige).
- ► Präventiv und initiativ: gegebenenfalls große Neubaugebiete mit gemischter Sozialstruktur, wo das soziale Leben sich erst noch entwickeln muss z.B. Gebiet Saiben

3 In Bezug auf strukturelle Verbesserungen im Lebensumfeld – integrierte sozialräumliche Ansätze – verstärkte Sozialraumorientierung:

- ► Integrierte, soziale und städtebauliche Konzepte für ein zukunftsfähiges Gemeinwesen: inklusive Orte insbesondere Familien- und Stadtteiltreffs –, informelle Kontakte, Stadtteilmanagement
- ► an Bedarfsschwerpunkten mit Stadtteilsozialarbeit und Gemeinwesenarbeit ergänzen: niederschwellige Zugänge zur sozialen Beratung, Information, Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement
- ► Fachberatungsstellen arbeiten auch sozialraumorientiert
- Aufbau von Nachbarschaftshilfe (ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen, die von Krankheit und Krisen betroffen sind) und Willkommens-

- kultur (Zugezogene Haushalte, Flüchtlinge, Familien mit neugeborenem Kind)
- ► Umfassende Barrierefreiheit und Beteiligung der jeweiligen Nutzergruppen/Zielgruppen
- 4 In Bezug auf zukunftsorientierte Qualität der Angebote: Angebote mehr bündeln, mehr Nutzungsmischung und Kooperation der Träger:
- durch Nutzungsmischung, Kooperation der Träger und räumliche Bündelung von Angeboten
- ► durch Gemeinwesen bezogene präventive sowie inklusive, geschlechter- und kultursensible Arbeitsansätze
- ► durch Zusammenwirken von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, Wirtschaft und Stadt Beteiligung und Selbsthilfe
- 5 In Bezug auf Schlüsselaufgaben hinsichtlich der Wirkung der sozialen Leistungen (output outcome)
- ► Integration in Arbeit für Menschen mit erschwertem Zugang (Schaffung von Zugängen und Arbeitsangeboten in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und für den Bedarf der öffentlichen Hände)
- ► Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe verankern, Prävention und frühe Hilfen in entscheidenden Lebenssituationen (z.B. für Familien in Krisensituationen, Schuldnerberatung) stärken
- ► Bezahlbaren und geeigneten Wohnraum schaffen für Menschen mit besonderem Bedarf

6 In Bezug auf grundlegende übergreifende Aufgaben

- ► Effektiv(er) Finanzierungen einwerben, beantragen
- ► Sozialplanung mit Sozialberichterstattung stärken und übergreifende Konzepte entwickeln
- ► Fortbildung, Qualifizierung, bedarfsorientiert und übergreifend organisieren

Zu 1 Weiterentwicklung für Zielgruppen mit großem auch quantitativ zunehmenden Hilfebedarf:

Der Umfang der sozialen Angebote und Dienste und die benötigten Ressourcen dafür richten sich auch nach den veränderten Problemlagen aufgrund des demografischen und gesellschaftlichen Wandels.

Kurze Erläuterung zu den Zielgruppen mit quantitativ zunehmendem Hilfebedarf:

- ▶ 2030 wären es bei einer angenommenen Pflegequote für Baden-Württemberg von 3,7% 1.030 weitere pflegebedürftige Menschen in Tübingen mehr als 2014.
- ► Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge im Landkreis Tübingen wird sich im Vergleich zu 2013 im Jahr 2014 um 100 Personen auf ca. 440 erhöhen. Eine

102 4 Leitlinien WEEBER+PARTNER

Schätzung des Landratsamts Tübingen geht von einem Bedarf von 730 Wohnheimplätzen bis Mitte 2015 aus.

- ▶ Die Ausgaben und Bedarfe im Jugendhilfebereich steigen weiter; Unsicherheiten entstehen durch Veränderungen der Familie, der Lebensformen, der Geschlechterrollen, Individualisierung, der kulturellen Identitäten, insbesondere bei Armut.
- ► Allgemeine Feststellung ist: Die Zahl der Krankschreibungsfälle aufgrund psychischer Erkrankungen ist von 2010 mit 5,5 Fälle je 100 Versichertenjahre im Jahr 2013 auf 6,2 Fälle gestiegen (DAK-Gesundheitsreport 2014). Auch die Zahl chronisch erkrankter Menschen steigt. Für Tübingen liegen keine Zahlen vor.

Siehe auch Kapitel 3

Zu 2 Weiterentwicklung in Stadtteilen und Quartieren mit besonderem Handlungsbedarf

Es gilt Engagement und Mittel dort zu verstärken, wo der Bedarf besonders groß ist bzw. Angebote anhand der örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse auszugestalten.

Aufgrund der Ergebnisse der Sozialraumanalysen haben wir die Stadtteile in verschiedene Gebietstypen eingeteilt, je nach Stärken, Schwächen und Aufgaben sind Umfang und Zielrichtung des Handlungsbedarfs unterschiedlich.

Siehe Kapitel 2

Zu 3 Weiterentwicklung für strukturelle Verbesserungen im Lebensumfeld – integrierte sozialräumliche Ansätze – verstärkte Sozialraumorientierung

Viele Synergien lassen sich erschließen, wenn die sozialräumlichen Strukturen in den Stadtteilen verbessert werden und das Gemeinwesen gestärkt wird. Auch Tübinger Stadtteile und Ortschaften verlieren wichtige Funktionen – z.B. Nahversorgung, Gastronomie, weiterführende Schulen – und werden zu reinen Schlafstädten. Damit gehen auch Kontaktmöglichkeiten vor Ort, Identifikation und örtliche Netzwerke verloren. Es gilt, alltägliche Lebensqualität und Kommunikation und damit den Zusammenhalt in den Tübinger Stadtteilen wieder zu stärken. Dies unterstützt auch im Sozialen Eigeninitiative und Selbsthilfe, Ressourcen aus Familie, Nachbarschaft und Stadtteil können wirksamer genutzt werden.

Dies entspricht auch dem Leitbild einer "Caring Community - einer füreinander sorgenden Gesellschaft" mit vielen Impulsen für die Alten- und Pflegepolitik. Für die Zukunft ist nicht zu erwarten, dass die öffentliche Hand und bezahlte Dienstleistungen alle gemeinwohlorientierten Aufgaben abdecken können. Man möchte erreichen, dass man sich auch im Stadtteil wieder besser kennt, sich für seine Umgebung interessiert und sich wieder mehr umeinander kümmert. Das kommt z.B. nicht nur den Älteren, sondern auch jungen Leuten oder aus dem Ausland Zugezogenen zu Gute.

In der sozialen Arbeit stehen dabei folgende Ansätze im Vordergrund:

- eine stärkere Präsenz auch in den Stadtteilen, zumindest mit Info, Kontaktstelle,
- eine stärkere Ausrichtung der Angebote an den spezifischen Bedarfslagen in den Stadtteilen,
- eine stärkere Nutzung der Ressourcen in den Stadtteilen Räume, soziale Netzwerke als Brücke, Bürgerschaft, informelle Treffpunkte, Aufwertung auch öffentlicher Räume

Eine solche stärkere Präsenz auch in den Stadtteilen hat zum Ziel,

- ► möglichst früh mit den Hilfen ansetzen zu können
- wenn nötig verstärkt aufsuchend tätig zu sein
- ► ambulante Hilfeangebote im direkten Lebensumfeld der Menschen zu installieren (näher dran zu sein)
- einen engeren Bezug zum Lebensumfeld der Hilfesuchenden herzustellen
- ► Stadtteile zielgruppenübergreifend weiterzuentwickeln, um Stadtteilleben zu stärken und Nachbarschaft wieder erfahrbar zu machen.

Eine stärkere Sozialraumorientierung beinhaltet nicht die Reduzierung oder Schwächung zentraler, spezifischer Angebote. Tübingen hat eine attraktive Innenstadt, gute Busverbindungen und gut ausgebaute Dienste an zentralen Standorten. Solche Qualitäten sollen selbstverständlich nicht durch suboptimale Dezentralisierungen geschwächt werden. Umgekehrt, der Zugang zur Fachberatung und Prävention werden gestärkt, wenn im Vorfeld im Stadtteil Kontakt hergestellt wird.

Zu einem stärkeren Gemeinwesenbezug können viele einen Beitrag leisten, indem zum Beispiel Fachberatungsstellen und Selbsthilfegruppen mit Präventionsangeboten und Aufklärungsarbeit konsequent in die Arbeit der Einrichtungen in den Stadtteilen eingebunden werden. Stadtteilrunden bringen die Akteure aus den verschiedenen Handlungsfeldern zusammen und bieten den Raum, um stadtteilorientierte Programme und Angebote nach Bedarf zu entwickeln (Vernetzung und Kooperation als Aufgabe von Stadtteilsozialarbeit).

Durch folgende wichtige Aufgaben werden sozialräumliche Strukturen in Stadtteilen und Ortschaften für mehr Zusammenhalt und Teilhabe verbessert und das Gemeinwesen gestärkt.

Inklusive lebendige Orte ausbauen

Offene Orte, an denen Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft, aus unterschiedlichen Gründen und Motivationen zusammen kommen und miteinander kommunizieren – das können sein

- Orte mit Raumangebot, in denen etwas veranstaltet oder angeboten wird (Stadtteilbibliothek, Elterntreff, Sprachkurse, Volkshochschulangebote, Rathaus/Verwaltungsstellen),
- Orte der Nahversorgung (Märkte, Geschäfte, Essen und Trinken, mit Treffpunkten gekoppelt),
- ► Orte der Kultur und Bildung (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Bibliotheken, Orte, an denen Kurse oder Veranstaltungen (Theater, Musik) angeboten werden),
- Orte des Sports und der Bewegung (Vereinsebene, Angebote im öffentlichen Raum),

► Orte im öffentlichen Raum (Bewegungsangebote in Parks, Treffpunkte auf (Spiel-)Plätzen, Haltestellen).

Die Tübinger Stadtteiltreffs weiterentwickeln

Mit den aus der Stadtseniorenplanung hervorgegangenen Stadtteiltreffs – die je nach örtlichen Gegebenheiten sehr verschieden sind – konnte man in Tübingen schon gute Erfahrungen sammeln. Sie bieten gute Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung zu allgemeinen Kristallisationspunkten für das Stadtteilleben – auch unabhängig vom Alter. Es können verschiedenste Nutzungen einbezogen werden, die verschiedene Gruppen ansprechen und einladend sind wie z.B. ein Mittagstisch- und Caféangebot, eine Bücherei mit Zeitungen zum Lesen, Sprachkurse für aus dem Ausland Zugezogene, Gesundheitsprogramme, Information und Aussprache zu sozialen Themen, Vor Ort-Veranstaltungen der Fachberatungsstellen.

Die Tübinger Familientreffs und die Stadtteilschulen weiter entwickeln

Kindertageseinrichtungen und Schulen sind für Eltern außerhalb des privaten Umfelds wichtige Anlaufstellen, wenn sie Rat, Hilfe und Austausch suchen. Über diese Orte können auch benachteiligten Familien Zugänge zu den sozialen und kulturellen Angeboten erleichtert werden. Der bisher begonnene Prozess der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen als Ort sowohl der Betreuung und Bildung als auch Begegnung und Beratung soll deshalb nach Bedarf fortgesetzt werden. Insbesondere auch die Grundschulen sollten sich für diese Themen öffnen und sich zu Stadtteilschulen entwickeln.

Nachbarschaftshilfe und Willkommenskultur

Zwar haben Nachbarschaften und räumliche Nähe für Versorgung, Hilfen und Beratung an Bedeutung verloren, gleichwohl gibt es zunehmend ein neues Interesse an Nachbarschaftlichkeit und informellen Kontakten in der Wohnumgebung. Die Sozialstationen arbeiten überwiegend überörtlich und hochspezialisiert auf die anerkannten ambulanten Hilfen. Vor Ort organisierte aufsuchende Nachbarschaftshilfe sollte mit dem demografischen und gesellschaftlichen Wandel in Tübingen wieder verstärkt oder neu erfunden werden, (insbesondere für die Bedarfe und Begleitung von älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Krankheiten und in Krisen), aber auch für eine Willkommenskultur (für zugezogene Haushalte, Flüchtlinge, Familien mit neugeborenem Kind). Eine stadtteilbezogene Organisation von alltagsbezogenen Unterstützungsleistungen hilft dabei, dass darüber hinaus stabilere Netzwerke entstehen. Diese ehrenamtliche aufsuchende Arbeit erschließt örtliche Netzwerke und fördert die Kommunikation im Stadtteil für Gruppen, die von sich aus nicht aktiv werden, Beratungsdienste aufzusuchen z.B. überforderte Familien oder überlastete pflegende Angehörige. Der Aufbau von Nachbarschaftsgruppen, mit dem Ziel für ein besseres Kennenlernen über gemeinsame Interessen und Ziele bis hin zu verbindlichen Vereinbarungen, sollte unterstützt und gefördert werden.

Stadtteilsozialarbeit und Gemeinwesenarbeit, Stadtteilmanagement

An den Bedarfsschwerpunkten kann bei den Stadtteiltreffs auch Stadtteilsozialarbeit und Gemeinwesenarbeit verankert sein, die nah dran ist an den Menschen und ihrem Lebensumfeld, Kontakte zu Netzwerken und Einrichtungen hat, die örtlichen Ressourcen kennt, neue informelle Netzwerke sowie Eigeninitiative und Engagement unterstützt.

In Tübingen gibt es ein sehr differenziertes und spezialisiertes Beratungsangebot. In den Stadtteilen fehlen aber ausreichende Kapazitäten für eine allgemeine niederschwellige Anlaufstelle vor Ort, die einen ersten auch frühzeitigen Kontakt zum Hilfenetz herstellt, dadurch präventiv wirksam sein kann und bei Bedarf an weitere spezialisierte Angebote vermittelt (Clearingstelle). Diese Beratung soll unabhängig und zielgruppenübergreifend ausgerichtet sein, da die Art der Hilfen oftmals sehr ähnlich ist (Betreuung und Unterstützung, Organisation des Haushalts und Essensversorgung, finanzielle Angelegenheiten, Wohnungssuche, Tagesstrukturierung, Freizeitgestaltung, soziale Kontakte). An eine derartige Stadtteilsozialarbeit können die Aufgaben einer hauptamtlichen Unterstützung für die Stadtteiltreffs gekoppelt werden.

Stadtteilmanagement im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" umfasst Aufgaben von Gemeinwesenarbeit ergänzt durch die Integration von baulichen und städtebaulichen Maßnahmen mit umfassender Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Berichterstattung.

Fachberatungsstellen arbeiten auch sozialraumorientiert

Fachberatungsstellen sollen auch im Stadtteil wirken – auf drei Ebenen:

- Information: Multiplikatoren und wichtige Einrichtungen im Stadtteil sollen das Angebot der Beratungsstellen kennen, Informationen – auch in leichter Sprache – liegen vor
- 2 Zugänge und Vermittlung: über inklusive Orte werden Zugänge geschaffen und ein Frühwarnsystem aufgebaut; Stadtteilsozialarbeit und die Mitarbeitenden in Stadtteil- und Familientreffs, Schulen und Vereinen können an Beratungsstellen vermitteln
- 3 Angebote vor Ort: je nach Zielgruppe und Thema der Fachberatungsstelle kommt diese verstärkt mit Präventionsangeboten und thematischen Veranstaltungen in Einrichtungen im Stadtteil.

Mehr Information/bessere Zugänge und Vermittlung können auch Stellen mit spezialisierten Zielgruppen und Aufgaben oder geringerer Kapazitäten leisten. Bei Punkt 3 geht es im Schwerpunkt um Präventionsangebote und thematische Veranstaltungen in den Einrichtungen vor Ort.

Barrierefreiheit und Beteiligung

Für integrierte sozialräumliche Konzepte sind eine umfassende Barrierefreiheit sowie die Beteiligung der Nutzergruppen wichtig.

Zu 4 Weiterentwicklung für zukunftsorientierte Qualität der Angebote: Angebote mehr bündeln, mehr Nutzungsmischung und Kooperation der Träger, möglichst immer barrierefreie Angebote

Wichtige Angebote werden heutzutage gezielter und systematischer als Gemeinschaftsleistung geschaffen und betrieben, im Zusammenwirken von Nachbarschaften, marktgängigen Dienstleistungen, bürgerschaftlichem Engagement und Kommune. Das betrifft viele Bereiche, häufig im Rahmen von Nutzungsmischung in einem Gebäude, in einer Einrichtung und Mehrzielprojekten, insbesondere auch in der Altenhilfe.

Wichtige Aufgaben

Nutzungsmischung und räumliche Bündelung von Angeboten – insbesondere Stadtteiltreffs und Fachberatungsstellen

Auch die **Stadtteiltreffs** sollten im Interesse der Offenheit, Lebendigkeit und Attraktivität nutzungsgemischt als inklusive lebendige Orte konzipiert sein. Sie sollten individuell und interessant gestaltet sein und nicht den funktionalistischen anonymen gediegenen Charakter wie manche traditionelle soziale Einrichtung haben.

Auch im Hinblick auf die zunehmend aus den Stadtteilen verschwindende **Nahversorgung, Dienstleistungen oder auch Gaststätten** in den Stadtteilen und Ortschaften sind kreative kooperative Lösungen gefragt (z.B. Genossenschaftsladen, Einkaufsdienste, verschiedene Fachärzte kommen im Wechsel in multifunktional genutzte Räume).

Überzeugende Beispiele aus Tübingen sind unter anderem das Mehrgenerationenhaus in der Unterstadt, bei dem es eine Mischung gibt von Angeboten wie Sprach- und Integrationskursen, Patenprojekten oder offenen Angeboten wie Textilwerkstatt oder Bücherei. Oder das Frauenprojektehaus ist barrierefrei und zentral gelegen an der Grenze von Innenstadt und Weststadt. Hier befinden sich bereits mehrere Vereine und Träger unter einem Dach, es gibt vielfältige Begegnungs-, Bildungs- und Unterstützungsangebote insbesondere für Frauen und Mädchen. Der Bäcker, der in Weilheim frische Brötchen im Rathaus verkauft und damit etwas Nahversorgung wieder ermöglicht. Der neu entstandene Treff "Viertel Vor" in der Alten Weberei ist nicht nur ein Café, sondern ein Treffpunkt für alle im Viertel. Das "Tübinger Projekt: Häusliche Betreuung Schwerkranker" – bundesweit das erste Angebot dieser Art – zeigt wie durch eng vernetzte Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen eine intensive ambulante Betreuung rund um die Uhr gelingen kann.

Das gut ausgebaute, qualifizierte Beratungsangebot und Anlaufstellen in der Stadt Tübingen sollten durch mehr räumliche Bündelung, möglichst mit vorgelagertem Info- und Aufenthaltsbereich, gewinnen.

Insbesondere die verstreute Lage von kleinen Beratungsstellen in der Stadt (z.B. Verband alleinerziehender Mütter und Väter oder Tübinger Arbeitslosentreff) – im ungünstigen Fall nicht einmal barrierefrei (z.B. Beratungsstelle für ältere Menschen und ihre Angehörigen) – sollte zügig abgeschafft werden. Kundenfreundlicher und effektiver ist es, wenn sie benachbart, gut zugänglich und barrierefrei in einem zentral gelegenen Haus untergebracht sind und so auch die Synergien im Empfang, bei der Information und der Zusammenarbeit nutzen können.

Im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Europaplatzes wird seit einiger Zeit an einem Konzept für ein zentral gelegenes Haus der Familie in Tübingen gearbeitet, in dem sich zentrale Einrichtungen und gesamtstädtische Angebote des Handlungsfeldes befinden sollen. Dadurch können mehr Synergien (z.B. bei der Infrastrukturnutzung) genutzt, Vernetzung und Zusammenarbeit weiter verbessert werden. Im Rahmen der Erarbeitung des Integrationskonzeptes ist der Wunsch für ein interkulturelles Haus entstanden. Damit können mehr gemeinsame Aktivitäten von Migrantenorganisationen entstehen. Bei der Zukunftswerkstatt zur Sozialkonzeption wurden die Vorteile diskutiert, wenn die wichtigen Anlaufstellen für ältere Menschen – Stadtseniorenrat, Beratungsstelle für ältere Menschen und Hirsch Begegnungsstätte – unter einem Dach sein könnten.

Im Sinne der vorgeschlagenen Leitbilder in dieser Sozialkonzeption sollten aber nicht einzelne, an den Handlungsfeldern orientierte "Häuser" entstehen, sondern vielmehr inklusive Orte, die Austausch und Begegnung fördern und übergreifende Ansätze anregen. Es könnte zum Beispiel ein "Forum am Europaplatz" sein, zielgruppenübergreifend ausgerichtet mit einer Mischung von mehr offenen, interkulturellen Begegnungs- und Bildungsangeboten und nur einem Anteil an reinen Beratungsangeboten. Auch eine kulturelle Nutzung könnte mitgedacht werden. Wichtig sind ein einladender Foyerbereich ggf. mit Café- und Mittagstischangebot (evtl. Integrationsprojekt), Infotheke und Zeitungen.

In diesem Sinne sollten die Konzepte zur Bündelung und Aufwertung der Beratungsangebote und Anlaufstellen offen mit allen Beteiligten weiter diskutiert werden.

Prävention durch einen verstärkten Setting-Ansatz fördern

Zu der zu verstärkenden konkreten Zusammenarbeit gehört es auch, dass die Fachberatungen mit bestimmten Themen und Informationen in die Stadtteile kommen, in die Stadtteil- und Familientreffs, Schulen und Jugendeinrichtungen, Bibliotheken und andere öffentliche Einrichtungen, um präventiv tätig zu sein und an Beratung Interessierte abzuholen. Durch die kommunale Mitfinanzierung von Fachberatungsstellen – ergänzend zu der des Landkreises – sollte die Gemeinwesen bezogene präventive Tätigkeit der Fachberatungsstellen ermöglicht, aber auch verpflichtend werden. Ergänzt wird diese Arbeit durch Angebote im Bereich Gesundheitsförderung und Bildung, die sich sehr gut in das Lebensumfeld der Menschen einbinden lassen.

Bei allen Angeboten sollen inklusive, geschlechter- und kultursensible Ansätze berücksichtigt werden.

Zusammenwirken von Ehrenamtlichen und Professionellen, Wirtschaft und Stadt – Beteiligung und Selbsthilfe – Mischung aus hauptamtlichen und ehrenamtlichen Strukturen

Pilotprojekt ambulante Hilfen und Assistenz (auch 7 Tage/24 Std.):

Die Pflege muss in Zukunft eine gemeinschaftliche Aufgabe werden. Es wird vorgeschlagen, insbesondere für ältere Menschen, auch demenziell Erkrankte, Menschen mit Behinderungen und Kranke in einem oder zwei Stadtteilen modellhaft ein kooperatives Konzept zur Stärkung der ambulanten Hilfen zu entwickeln und umzusetzen. Ziel ist bezahlbare, bedarfsgerechte, qualifizierte, möglichst auch rund-umdie-Uhr zur Verfügung stehende ambulante Hilfe zu ermöglichen, im Zusammenwirken von professionellen Trägern, Stadt, Nachbarschaftshilfe und anderen Ehrenamtlichen, unterstützt durch die Stadtgesellschaft.

 Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit durch bezahlte Kräfte und umgekehrt Ergänzung hauptamtlicher Tätigkeit durch ehrenamtliches Engagement

Die **Stadtteiltreffs** arbeiten überwiegend ehrenamtlich. Sie werden durch die städtische Koordinatorin mit begrenztem Arbeitsumfang unterstützt. Durch vielfache Aktivitäten und guten Besuch werden jedoch zur Unterstützung auch bezahlte Kräfte erforderlich. Es besteht Einigkeit darüber, dass weiterhin die ehrenamtliche Arbeit in den Stadtteiltreffs Priorität haben sollte. Zwei Ansätze erscheinen sinnvoll: In Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf wird hauptamtliches Personal im Rahmen einer Stadtteilsozialarbeit und Gemeinwesenarbeit oder eines Stadtteilmanagements einbezogen. Es unterstützt und begleitet die Ehrenamtlichen, kennt die lokalen Gegebenheiten, ist vor Ort gut vernetzt. In anderen Gebieten werden den Stadtteiltreffs Mittel zur Verfügung gestellt, für die sie stundenweise bezahlte Kräfte beschäftigen können.

Auf der anderen Seite arbeiten andere Dienste fast ausschließlich mit hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und das Potenzial auch ehrenamtlicher Mitarbeit wird nicht ausgeschöpft. Informelle Netzwerke, Eigeninitiative und das Engagement der Stadtgesellschaft sind wichtiges soziales Kapital, das in den Stadtteilen und in die soziale Arbeit noch wirkungsvoller und kreativer eingebunden werden kann.

Bei der Arbeit des **Asylzentrums und der Schuldnerberatung** setzt die erforderliche Ausweitung der Beratung und Hilfen auch mehr berufliche hauptamtliche Kapazität zur Koordination und Schulung voraus, um die Zahl der ehrenamtlichen Mitarbeitenden nennenswert ausweiten zu können.

Die Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit ist sehr wichtig. Nicht immer können Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, oft wird dies von den Engagierten auch nicht erwartet. Für bestimmte Zielgruppen kann aber eine (berufliche) Qualifizierung als Dank eine hilfreiche Unterstützung auf dem Weg in Arbeit sein.

► Selbsthilfe ausbauen und Ehrenamt stärken:

Selbsthilfegruppen werden noch stärker in die Präventions- und Aufklärungsarbeit eingebunden und mit dafür notwendigen Ressourcen ausgestattet. Bürgerschaftliches Engagement wird konsequent in Patenschaftsprojekten und im Sinne des Peergedanken weiter gefördert.

Wichtig ist auch, Migrantinnen und Migranten noch stärker einzubinden und ihre kulturellen Kompetenzen zu nutzen zum Beispiel in der Nachbarschaftshilfe (vgl. Projekt Infö).

Paten sind wichtige Brückenbauer in der Flüchtlingsarbeit, bei der Bildungsförderung und Integration in Arbeit, beim Zusammenführen der Generationen und Kulturen und der Teilhabe von benachteiligten Gruppen am gesellschaftlichen Leben. Mit Patenschaftsprojekten gibt es schon sehr gute Erfahrungen:

- LeiTa Lernen im Tandem
- Patenschaftsprogramme von Schülern mit Flüchtlingen
- Schüler helfen Senioren (Bsp. Stadtteiltreff Derendingen)
- Multiplikatoren Initiative Tübingen MIT.

Auch der Peergedanke gilt als bewährt, wenn Gleichaltrige sich gegenseitig unterstützen und zu bestimmten Themen aufklären oder informieren. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist das Projekt Youth-Life-Line des Arbeitskreis Leben, bei dem Jugendliche Gleichaltrige in Krisensituationen in einem geschützten und anonymen Beratungssystem und über der Altersgruppe vertraute Kommunikationswege (Internet) beraten und begleiten.

Vielfalt berücksichtigen

Neben Inklusion und Geschlechtersensibilität ist die kulturelle Herkunft ein großes Thema, das aufgrund von Vorurteilen oder unterschiedlichen Lebensweisen immer wieder zu gesellschaftlichen Spannungen führt. Das 2010 vorgelegte Integrationskonzept bildet eine gute Arbeitsgrundlage wie hier vorgebeugt werden kann. Darin sind die Leitlinien der Tübinger Integrationspolitik formuliert, die nach wie vor Gültigkeit haben. Es empfiehlt sich auch, das Konzept der Fortbildungsoffensive Diversity Mainstreaming für Kindertageseinrichtungen auch auf andere Bereiche wie z.B. Schule und Jugendarbeit oder Altenhilfe zu übertragen.

Im Frühjahr 2014 hat der Integrationsbeirat seine konstituierende Sitzung gehabt. Dies ist eine gute Möglichkeit, um Teilhabe und Mitgestaltung von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Das vom Bund geförderte Projekt INET – Interkulturelles Netzwerk Elternbildung Tübingen – verfolgt Ansätze, die auch in anderen Kommunen erfolgreich sind, und nach der Projektphase in Regelstrukturen überführt werden sollte (Multiplikatoren Initiative Tübingen (MIT), Mütter im Gespräch, Tübinger Talente).

Zu 5 Weiterentwicklung für Schlüsselaufgaben hinsichtlich der Wirkungen der (sozialen) Leistungen

Bezahlbaren und geeigneten Wohnraum schaffen

Bezahlbaren und geeigneten Wohnraum zu schaffen ist ein dringliches Thema, das Menschen in ganz verschiedenen Lebenslagen betrifft. Im unteren Mietpreissegment ist die Nachfrage an Wohnraum groß und kann oft nicht gedeckt werden. Haushalte mit geringem Einkommen, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Alleinerziehende, Migrantenhaushalte und große Familien haben einen erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt. Dort konkurrieren sie mit Auszubildenden und insbesondere auch mit Studierenden.²

Am 1. März 2014 fand ein Workshop des Baudezernats zum Thema "Bezahlbares Wohnen" statt. Dabei wurde über Herausforderungen und Ansätze für Tübingen und auch den Bedarf sowie Instrumente aus Sicht der Sozialverwaltung diskutiert. Wichtig ist, dass Bau- und Sozialverwaltung integriert die Wohnungsentwicklung – insbesondere auch für die Menschen mit erschwertem Zugang zum Wohnen – planen.

Das am 14. Mai 2014 in Kraft getretene Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege löst das alte Landesheimgesetz ab und gibt Antworten auf die heutigen Bedürfnisse von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf. Das neue Gesetz fördert und ermöglicht eine Vielfalt von Wohn- und Versorgungsformen zwischen der Pflege zu Hause und stationären Einrichtungen.

► Dringender Handlungsbedarf für Gruppen mit besonderem Bedarf

- Ausbau barrierefreier Wohnungen; Erhebung und laufende Dokumentation über Zahl barrierefreier Wohnungen in den Stadtteilen von Wohnungsgesellschaften, gezielte Wohnungsvermittlung für Menschen, die auf barrierefreie Wohnungen, ggfs. mit besonderer Ausstattung angewiesen sind.
- Wohnprojekte mit Assistenz in den Stadtteilen ausbauen, die Wohnungen für Wohn-Pflegegemeinschaften ermöglichen.
- Bezahlbarer Wohnraum: regelmäßig überprüfen, ob festgelegte Mietobergrenzen für einfachen Wohnraum noch marktgerecht sind; Ermessensspielräume bei den Kosten der Unterkunft ggf. stärker nutzen (Konfliktfälle exemplarisch erörtern und bewerten, welches Vorgehen angemessen ist.
- Lotsen für Wohnungssuchende mit Hilfebedarf.

► Investitionen durch die Stadtgesellschaft ermutigen

In Tübingen gibt es schon mehrere Beispiele, bei denen private Bürgerinnen und Bürger Geld in Wohnprojekte anlegen und sozusagen soziales Investment machen. Dazu zählen die Wohnprojekte des Miethäusersyndikats – aktuell wird das Projekt Huberstraße geplant – sowie das Projekt im Schleifmühleweg der Nestbau AG – n.e.s.t.. Bei diesen Projekten besteht die Möglichkeit, besondere Wohnformen zu bezahlbaren Mieten zu integrieren wie Wohngemeinschaften für Rollstuhlfahrer, psychisch kranke Menschen usw.. Die Stadt sollte die Entwicklung derartiger Projekte fördern und die Gesellschaft ermutigen, sich einzubringen.

_

² Vgl. Universitätsstadt Tübingen, Wohnraumbericht 2012, S. 23

Integration in Arbeit für Menschen mit erschwertem Zugang

Für Flüchtlinge, Wohnungslose, arme Menschen, häufig auch Alleinerziehende, ältere arbeitssuchende Menschen, Frauen in der Phase des Wiedereinstiegs etc. ist die Integration in den Arbeitsmarkt der entscheidende Schritt zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Stadt kann sich zusammen mit vielen anderen Stellen (Landkreis, Jobcenter, Wirtschaftsverbände, Politik) dafür einsetzen, dass öffentlich geförderte Arbeitsangebote ausgebaut und Angebote auf dem 2. Arbeitsmarkt erhalten werden. Außerdem sollten Integrationsprojekte, Vermittlung in Arbeit, Unterstützung in Übergangssituationen (Schule-Beruf, Wiedereinstieg) gefördert werden. Durch die Wertschätzung und Förderung von Schlüsselqualifikationen und besonderen Fähigkeiten der angesprochenen Zielgruppen, werden sie positiv wahrgenommen und in ihrer persönlichen Entwicklung gestärkt.

Gesundheitsförderung, Prävention und frühe Hilfen

Gesundheitsförderung sollte als Querschnittsaufgabe verankert und in den Stadtteilen ausgebaut werden. Dazu gehört auch, Präventionsangebote und frühe Hilfen zu stärken. Angebote zur Gesundheitsförderung werden auch gerne wohnungsnah nachgefragt und zwar von allen Bevölkerungsgruppen. Dadurch eignen sie sich sehr zur Stärkung von Kontakten und Aktivitäten im Stadtteil.

Zu 6 Weiterentwicklung für grundlegende übergreifende Aufgaben

Die Stadtverwaltung sollte die Kompetenzen der vorhandenen Stelle beim Landratsamt mehr nutzen, um Finanzierungen – Mittel aus EU, Bund, Land, Stiftungen – effektiv(er) auch ressortübergreifend einzuwerben. Im Zusammenhang mit Ausschreibungen und Anträgen ist die Information und Vernetzung von Trägern wichtig. Vereine und freie Träger haben Bedarf an Beratung bei der Antragstellung und Abwicklung von Projektförderungen sowie bei Finanz- und Personalfragen.

Um die Entwicklung in den Sozialräumen weiterbeobachten und die Sozialraumanalysen fortschreiben zu können, fehlen bislang Strukturen in der Verwaltung. Diese halten wir auch für notwendig, um die Weiterentwicklung der sozialen Angebote zu begleiten, übergreifende sozialraumorientierte Ansätze und Konzepte zu entwickeln sowie Sozialplanung und Stadtplanung systematisch zu vernetzen.

Die Fortbildung, Schulung und Supervision von unbezahlten Kräften ist eine wichtige Aufgabe. Das Fortbildungsangebot "Fit für's Engagement" der beauftragten für Bürgerengagement sollte in Zusammenarbeit mit dem Sozialforum weiterhin bedarfsorientiert, übergreifend organisiert und fortgeführt werden. Übergreifendes Interesse gibt es an folgenden Themen:

- Gesprächsführung und Supervision
- Weiterbildung und Methoden in Beratung, Datenschutz in der Jugendhilfe
- ► Förderungsmöglichkeiten, Fundraising, Finanzierung
- ▶ Öffentlichkeitsarbeit, Vereinsrecht, Vorstandsarbeit
- ► Umgang mit bestimmten Personengruppen insbesondere mit psychisch kranken Menschen, Menschen mit Demenz; interkulturelle Schulungen

5 Steuerung, Struktur und Finanzierung

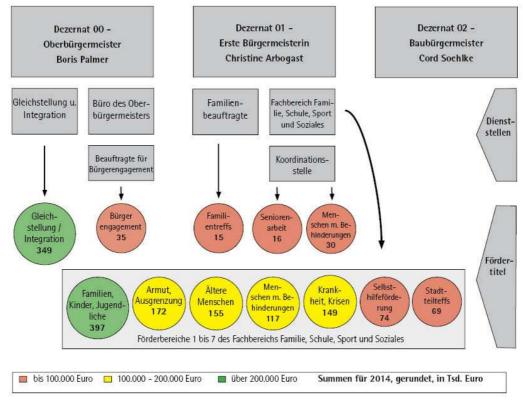
5.1 Förderungspraxis in Tübingen

Fördertitel und Zuständigkeiten

Die Universitätsstadt Tübingen hat zur Umsetzung ihrer sozialpolitischen Zielsetzungen mehrere Fördertitel eingerichtet. Sie sind dezentral den Fachbereichen und Dienststellen zugeordnet

- Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales (7 Fördertitel)
- Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit und Inklusion (2 Fördertitel)
- Familienbeauftragte (Fördertitel "Familientreffs")
- Beauftragte für Bürgerengagement (1 Fördertitel)
- Gleichstellung und Integration (1 Fördertitel)

Organigramm der Dienststellen im Sozialbereich und ihre zugehörigen Fördertitel



Weeber+Partner, 2014, eigene Darstellung; Quelle: Haushaltsplan der Stadt Tübingen, 2014.

Fördermittel in Euro nach Fachbereichen / Dienststellen

Fördertitel	Fachbereich / Dienstelle	Mittel in Euro 2014	
Förderbereiche 1 bis 7	FB 5, Dezernat 01	1.132.350	
Familien, Kinder, Jugendliche			
 Armut, Wohnungslosigkeit, Ausgren- zung, Flüchtlinge 			
► Ältere Menschen			
Menschen mit Behinderungen			
 Von Krankheit und Krisen betroffene Menschen 			
 Selbsthilfeförderung, flexible Einzelför- derung, Projektförderung 			
Stadtteiltreffs			
Seniorenarbeit und Inklusion	Koordinationsstelle für Senio- renarbeit und Inklusion, FB 5, Dezernat 01	16.000 Senioren 30.000 Menschen mit Behinderungen	
Gleichstellung und Integration	Stabsstelle Gleichstellung und Integration, Dezernat 00	349.160	
Familientreffs	Familienbeauftragte, Dezernat 01	15.000	
Zuschussmittel im Bereich Bürgerschaftli- ches Engagement	Beauftragte für Bürgerenga- gement, Dezernat 00 / BOB	26.500	
BüroAktiv Tübingen e.V.	Beauftragte für Bürgerenga- gement, Dezernat 00 / BOB	8.890	
Summe		1.577.900	

Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung; Quelle: Haushaltsplan der Stadt Tübingen, 2014

Die Fördertitel des Fachbereichs 5 werden direkt vom Gemeinderat einzeln beschlossen. Die Fördertitel der Stabs- bzw. Koordinationsstellen werden dem Umfang nach vom Gemeinderat beschlossen und durch die jeweiligen Beauftragten im Einzelnen verfügt. Das erlaubt zeitnah und flexibel auf Bedarfe zu reagieren.

Die gesonderte Stellung der Stabsstelle für Gleichstellung und Integration birgt Risiken von Überschneidungen und Erschwernisse der Koordination, die durch gute Zusammenarbeit minimiert werden können. Gleichwohl könnte eine durchgängigere Struktur zu mehr Stringenz der Förderung beitragen und inhaltliche wie konzeptionelle Bündelungen verbessern.

Förderungsformen im Fachbereich 5, Familie, Schule, Sport und Soziales

Kriterien und Formen der Förderung sind durch die im Januar 2001 in Kraft getretenen "Förderrichtlinien für städtische Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsbereich" geregelt. Folgende Förderungsformen sind vorgesehen:

► Eine vertragliche Förderung bezieht sich auf die Übernahme von kommunalen Aufgaben und gesetzlichen Leistungen oder fest umrissenen Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge durch freigemeinnützige Träger. Hierzu zählen auch die *Leistungsverträge*, die die Stadt mit Vereinen geschlossen hat für folgende Angebote (2013/14): Sophienpflege – Jugendarbeit

auf dem Herrlesberg, Arche e.V. – Männerwohnheim, Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung – Eingliederungsprojekte, BruderhausDiakonie – Streetwork, Mobile Jugendarbeit.

Zusätzlich wurden *Verträge* mit 19 Trägern geschlossen, um die Planungssicherheit für beide Seiten zu erhöhen. 2013/14 betrifft das: offene Jugendarbeit des CVJM, elkiko Familienzentrum, Jugendzentrum Epplehaus, Ki-Dojo, Schülercafé Toast+T, Schülertreff Neckarhalde, Spatzennest, Kinder- und Jugendfarm (seit 2014), Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige e.V., Stadtseniorenrat Tübingen e.V., Hirsch Begegnungsstätte für Ältere e.V., AIDS-Hilfe, Kontaktladen der Drogenhilfe, Bürgertreff Janusz-Korczak-Weg, Stadtteiltreff WHO, Sozialforum Tübingen – CeBeeF, Forum & Fachstelle Inklusion, Selbsthilfekontaktstelle, Sozialservice.

- ▶ Die **Regelförderung** sieht vor, regelmäßig aufzuwendende Personal- und Sachkosten zu übernehmen und auch den im laufenden Haushaltsjahr bewilligten Zuschuss für das Folgejahr zu gewährleisten. 2013 und 2014 erhielten fünf Vereine städtische Zuschüsse aus der Regelförderung: Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Verein für Schuldnerberatung, Tübinger Arbeitslosentreff, Arbeitskreis Leben Krisenberatungsstelle und Youth-Life-Line.
- ▶ Die **Sachmittelförderung** beinhaltet eine Bezuschussung für regelmäßig aufzuwendende Sachkosten (Miete, Mietnebenkosten, Büromaterial). 2013 erhielten fünf Einrichtungen derartige Zuschüsse: Bahnhofsmission, Tübinger Tafel, Tübinger Hilfswerk, Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung, Unabhängige Patientenberatung Tübingen, Werkstatt für Eigenarbeit e.V..
- ▶ Die flexible Einzelförderung/ Sonderförderung dient zur Förderung zeitlich begrenzter Projekte, zur Anschubfinanzierung oder für außerplanmäßige Sachaufwendungen, sowie für Vereinsjubiläen. Hierzu zählt auch der Notfonds für Vereine. Insgesamt haben im Jahr 2013 16 Einrichtungen Sondermittel in den Förderbereichen 1 bis 6 des Fachbereichs 5 erhalten.

Förderungsformen nach Summe im Fachbereich 5, Familie, Schule, Sport und Soziales, im Jahr 2014

		Durchschnitt		
Art der Förderung	Spanne (in €)	(in €)	Insgesamt (in €	Anteil in %
Verträge	11.427 - 70.860	34.361	652.862	58%
Leistungsverträge	29.400 - 85.000	52.080	260.400	20%
Regelförderung	14.960 - 56.740	31.628	158.140	14%
Sachmittelförderung	1.000 - 24.868	5.079	36.080	3,2%
Flexible Einzelförderung und Sonderförderung			11.800	1,0%
Notfonds für Vereine			13.068	1,2%
Summe			1.132.350	100%

Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung; Quelle: Beschlussvorlage 62/2014.

Beim überwiegenden Teil der Förderung handelt es sich um eine vertragliche Förderung, die jeweils über drei Jahre abgeschlossen wird. Dies betrifft Angebote im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen, die aber für die Stadt unverzichtbar sind und von einem freien Träger übernommen werden. Es fehlt an Transparenz bzgl. der Handhabung der vertraglichen Förderung in den verschiedenen Förderbereichen.

Die Förderbeträge sind überwiegend gering. Es handelt sich meist um Anteile von Mischfinanzierungen.

Eine derart breit gestreute Förderung wird oft als Gießkannenprinzip abgewertet, mit den zum Teil kleinen Zuschüssen wird aber auch der Wert dieser Arbeit von der Stadt anerkannt.

Gleichwohl sind die Möglichkeiten für Steuerung und Qualitätssicherung begrenzt. Was tatsächlich im Rahmen der Mischfinanzierung bezuschusst wird, ist teilweise kaum feststellbar. Außerdem ist der Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten groß.

Das Berichtswesen ist dementsprechend wenig ausgebaut, durch die Vielzahl der Leistungsempfänger können Vereinbarungen nur schwer gezielt getroffen und Berichte kaum systematisch ausgewertet werden. Insgesamt sind die Förderstrukturen intransparent.

Empfehlung: Insbesondere Schwerpunktsetzungen und Arbeitsteilungen mit dem Landkreis zur Klärung von Zuständigkeiten und Vermeidung von Verwaltungsaufwand (oder gezielt ergänzende Förderung für konkrete sozialraumbezogene Leistungen). Deutlichere Unterscheidung zwischen Kleinzuschuss und Förderschwerpunkten bei den Verfahrensweisen. Transparenz beim Prinzip der Vertragsförderung, einheitliche und klare Kriterien für die Übernahme von Angeboten in eine vertragliche Förderung.

Förderung nach Handlungsfeldern und Entwicklung von 2009 bis 2014

Entwicklung der Fördersummen (in Euro) nach Handlungsfeldern und Fördertitel (2009 bis 2014)

	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Familie, Kinder, Jugendlich	e					
Förderbereich 1, FB 5	396.640	360.167	324.763	309.068	309.613	308.241
Familienbeauftragte	7.000	8.460	9.453	9.600	7.200	-
Gleichstellung, Dez. 00	280.350	193.850	187.300	178.700	180.800	183.300
Summe	683.990	562.477	521.516	497.368	497.613	491.541
Von Armut, Wohnungslosig	keit und Au	sgrenzung b	edrohte u. b	etroffene M	enschen	
Förderbereich 2, FB 5	171.970	161.795	186.520	154.230	154.783	183.086
Integration, Dez. 00	67.810	56.960	47.915	34.065	31.670	-
Summe	239.780	218.755	234.435	188.295	186.453	183.086
Ältere Menschen						
Förderbereich 3, FB 5	154.930	142.840	136.466	134.680	135.790	141.410
Senioren / Stadtteiltreffs (FB 5, Koordinierungsstelle)	16.000	16.200	9.680	9.769	8.900	-
Summe	170.930	159.040	146.146	144.449	144.690	141.410
Menschen mit Behinderung	gen					
Förderbereich 4, FB 5	116.654	101.534	83.436	94.956	92.300	83.088
Menschen m. Behinderungen (FB 5, Koordinierungsstelle)	30.000	19.092	18.700	16.780	500	-
Summe	146.654	120.626	102.136	111.736	92.800	83.088
Menschen, die von Krankhe	eit betroffen	sind; in Kris	ensituation	en		
Förderbereich 5, FB 5	149.450	128.300	121.400	118.530	118.400	118.400
Selbsthilfeförderung, flexib	ole Einzelförd	derung, Proje	ktförderung)		
Förderbereich 6, FB 5	73.626	86.401	62.470	46.320	50.220	52.312
Stadtteiltreffs						
Förderbereich 7, FB 5	69.080	41.122	-	-	-	-
Bürgerschaftliches Engage	ment					
Zuschüsse an Vereine, Anerkennungsaufwand Ehrenamt, Zuschüsse Bür- gerschaftl. Engagement, Projektmittel; Beauftragte für Bürgerengagement, Dez. 00, BOB	26.500	26.500	_*	_*	_*	_*
BüroAktiv Tübingen e.V.	8.890	8.720	_*	_*	_*	_*
Gesamt	1.568.900	1.351.941	1.188.103	1.106.698	1.090.176	1.069.837
W I D : 0011 !	D	D	C			

Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung; Daten: Summen für 2013 und 2014 sind der Beschlussvorlage 62/2014 und den Haushaltsplänen für 2013 und 2014 entnommen, Summen für 2014 basieren auf dem veranschlagten Planansatz des Haushaltsjahres, Summen für die Jahre 2009 bis 2012 basieren auf Daten des Fachbereichs 5, interne Listen.

^{*} nicht in internen Listen enthalten

Im Handlungsfeld Familien, Kinder, Jugendliche liegt entsprechend der kommunalen Bedeutung der Förderschwerpunkt. Die Befragten der Online-Erhebung sagen zu 50%, dass hier nach wie vor ein großer Handlungsbedarf besteht. Auch der Fördertitel Gleichstellung beinhaltet eine relativ große Summe. Darin spiegelt sich die Wahrnehmung mehrerer Querschnittsaufgaben wider. So fallen in den Bereich der Gleichstellung Unterstützungs- und Beratungsangebote der Jugendhilfe, Bildungs-, Beratungs- und Anti-Gewaltarbeit aber auch Berufsorientierung, Begegnung, Inklusion und vieles mehr.

Das Handlungsfeld "Armut, Wohnungslosigkeit, Flüchtlinge" liegt mit seinem Fördervolumen im mittleren Bereich. Nach Einschätzung der Befragten der Online-Erhebung besteht hier aber besonders großer Handlungsbedarf (86%), was in der aktuellen Entwicklung der Flüchtlingszahlen begründet liegt sowie dem intensiven Unterstützungsbedarf der Zielgruppe. Auch für das Handlungsfeld "Menschen, die von Krankheit betroffene sind, und Menschen in Krisensituationen" wird großer Handlungsbedarf (53%) bei den Befragten gesehen insbesondere auch im Ausbau von Präventionsangeboten.

Die Integrationsprojekte haben in der Zuordnung gewechselt: so war das Asylzentrum bis 2009 im Fachbereich 5 im Förderbereich "Armut, Wohnungslosigkeit, Flüchtlinge" und ist jetzt im Bereich der Stabsstelle Gleichstellung und Integration.

Finanzierungsprobleme aus Sicht der Zuschussnehmer

Bei den in der Online-Erhebung genannten Problemen bezüglich der Finanzierung handelt es sich um Punkte, die allgemein Zuschussnehmer betreffen und nicht Tübingen spezifisch sind. Dazu zählen u.a.: ein Teil der Einnahmen sind unkalkulierbar (Spenden, Stiftungsmittel, Projektmittel, Erlöse aus Festen usw.), Akquise ist sehr aufwändig, Projektförderung ist befristet sowie oft nur für neue und nicht für erfolgreiche und etablierte Angebote nutzbar, Probleme bei Rücklagenbildung, Kostensteigerungen werden nur begrenzt ausgeglichen, untertarifliche Bezahlung, Bedarf kann nicht immer gedeckt werden (Unterfinanzierung), Präventionsarbeit ist oft nicht finanziert, für Vernetzung fehlen manchmal Kapazitäten oder verlässliche Angebote können nicht rein ehrenamtlich gestaltet werden.

5.2 Zuschüsse des Landkreises

Bei vielen Angeboten handelt es sich um Mischfinanzierungen. Das bedeutet in aller Regel, dass sich sowohl die Stadt als auch der Landkreis zu ihrer Verantwortung bekennen wie z.B. bei der Schuldnerberatung.

Besonders betroffen von Mischfinanzierungen durch Stadt und Landkreis sind Angebote im Bereich Gleichstellung sowie Krankheit und Krisensituationen. Hier bietet es sich an, eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Stadt und Landkreis vorzunehmen. Ab 2015 ist eine Neuverteilung der Zuschüsse in einigen Punkten beabsichtigt.

Die Tabelle zeigt Angebote, die von Stadt und Landkreis bezuschusst werden bzw. Angebote aus den Handlungsfeldern, an denen sich nur der Landkreis beteiligt.

Zuschussbeträge in Euro 2013:

	Stadt	Landkreis
"Familie, Kinder, Jugendliche und Gleichstellu	ıng"	
PfunzKerle e.V.	25.180	14.240
TIMA	26.850	30.000
Frauen helfen Frauen: Interventionsstelle, Frauenhaus	16.910	16.300
Frauen helfen Frauen: Beratungsstelle	50.760	
Summe	119.700	60.540
"Von Armut, Wohnungslosigkeit und Ausgren tegration"	zung bedroh	ite u. betroffene Menschen und In-
Fachberatungsstelle für Wohnungslose		102.000
Arche e.V.: Männerwohnheim	49.489	
Asylzentrum	35.000	250
Caritasverband: Migrationsberatung		2.050
Deutschkurs Schlatterhaus	4.000	3.400
Summe	88.489	107.700
"Ältere Menschen"		
Beratungsstelle für ältere Menschen: Pflege- stützpunkt	20.000	59.196
Beratungsstelle für ältere Menschen: Ehe-, Familien- und Lebensberatung	40.790	35.950
Beratungsstelle für ältere Menschen: SELMA		1.250
DRK Kreisverband: Gesundheitsprogramm, aktivierender Hausbesuch		2.750
Summe	60.790	99.146
"Menschen mit Behinderungen"		
Lebenshilfe Tübingen e.V.: u.a. Jugendarbeit und Familienentlastung		44.000
Lebenshilfe Tübingen e.V.: Eingliederungspro- jekte und AG Städtepartnerschaft	39.501	
Summe	39.501	44.000
"Menschen, die von Krankheit betroffen sind	in Krisensit	uationen"
Arbeitskreis Leben: Krisenberatungsstelle	35.220	51.520
Arbeitskreis Leben: Youth-Life-Line	14.960	26.000
Drogenkontaktladen	46.800	43.300
AMSEL: Familienentlastende Dienste		4.600
Betreuungsverein Landkreis Tübingen e.V.		32.500
Aids-Hilfe	30.290	
Summe	127.270	157.920
Gesamt	435.750	469.306

Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung; Daten: Online-Erhebung im Rahmen der Sozialkonzeption 2014, Liste Landkreis Tübingen Abt. Finanzen

5.3 Wie machen es andere?

Für einen Vergleich bezüglich der Methoden bei der Vergabe von Zuschüssen haben wir Gespräche mit Sozialamtsleitungen aus folgenden badenwürttembergischen Kommunen geführt:

kreisangehörige Städte

- ► Esslingen (91.573 Einwohner)
- ► Konstanz (85.688 Einwohner), eigenes Jugendamt, Sozialhilfedelegation
- ► Ravensburg (49.040 Einwohner)
- ► Reutlingen (110.681 Einwohner), Sozialhilfedelegation

Stadtkreise

- ► Heidelberg (141.885 Einwohner)
- ► Heilbronn (117.500 Einwohner)

Darüber hinaus haben wir den Blick auch über die Landesgrenzen gerichtet und beispielhafte Modelle bzw. Strukturen recherchiert.

5.3.1 Wie wohlhabend ist Tübingen im Vergleich mit anderen Städten in Baden-Württemberg?

Die Stadt Tübingen hat im Vergleich mit den ausgewählten Städten durchschnittlich hohe Steuereinnahmen. Die Gewerbesteuer liegt deutlich unter den verglichenen kommunalen Durchschnittswerten. Tübingen hat – auch aufgrund des hohen Anteils von Akademikern – eine vergleichsweise einkommensstarke Bevölkerung, im Vergleich mit den anderen prosperierenden Städten liegt sie im Mittelfeld. Die Schulden im Kernhaushalt sind eher unterdurchschnittlich.

In den Bereichen Demografie, Wohlstand und Soziale Lage (inklusive Faktoren wie Kaufkraft, Kommunale Schuldenlast, Fertilitätsrate, Kriminalitätsrate) schneidet Tübingen bzw. der Landkreis im kommunalen Vergleich sehr gut ab (vgl. Prognos-Zukunftsatlas 2013). Der Landkreis nimmt damit den Rang 55 (von 402) ein, hohe Zukunftschancen werden prognostiziert.

Demnach kann sich die Stadt auch eine solide, zukunftsorientierte Sozialpolitik leisten, die Empfehlungen zur Sozialkonzeption haben nicht das Ziel einer – gegebenenfalls schmerzlichen – Haushaltskonsolidierung, sondern zielen darauf, die Mittel zukunftsgerichtet optimal einzusetzen.

WEEBER+PARTNER 724 Sozialkonzeption Tübingen 121

Steuereinnahmen und Schulden ausgewählter Kommunen, 2013

Stadt / Einwohner	Steuereinnah- men pro Ein- wohner*	Gewerbesteu- ereinnahmen pro Einwohner	Gemeindean- teil Einkom- menssteuer pro Einwoh- ner**	Steuer- kraftmess- zahl pro Einwoh- ner***	Schulden (Kernhaus- halt) pro Einwohner
Tübingen (89.001)	1.123	423	461	642	364
Ulm (123.627)	1.566	764	475	1.013	952
Esslingen a.N. (91.573)	1.379	569	534	688	1.009
Konstanz (85.688)	1.023	352	435	912	318
Ravensburg (49.040)	1.264	549	469	947	664
Heidelberg (141.885)	1.180	504	427	875	1.254
Heilbronn (124.257)	1.629	896	404	734	251
Reutlingen (110.681)	1.080	349	483	750	799
Stuttgart (613.392)	1.783	888	506	1.197	58

Weeber+Partner 2014, eigene Darstellung; Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2013

Definitionen (vom Statistischen Landesamt BW)

- * Die Steuereinnahmen pro Einwohner (netto) umfassen die Grundsteuer A und B, die Gewerbesteuer, den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, Sonstige Steuern (z.B. Hundesteuer), Steuerähnliche Einnahmen (z.B. Abgaben von Spielbanken) abzüglich der Gewerbesteuerumlage.
- ** Die Gemeinden erhalten einen Anteil von 15 Prozent aus dem Aufkommen der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer sowie von zwölf Prozent vom Zinsabschlag, der nach einem Schlüssel auf die Gemeinden aufgeteilt wird (Schlüsselzahlen).
- *** Größe, mit der die Höhe der originären Steuerkraft eines öffentlichen Aufgabenträgers gemessen werden soll: Summe der mit fiktiven, landeseinheitlichen Hebesätzen modifizierten Steuereinnahmen der Gemeinden. Diese ist die Summe aus dem Grundsteuer- und Gewerbesteuernettoaufkommen, den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs, jeweils im zweiten vorangegangenen Jahr. Im Rahmen des kommunalen (ergänzenden) Finanzausgleichs wird die Steuerkraftmesszahl zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen der Ausgleichsmesszahl (relativer Finanzbedarf) gegenübergestellt.

Die Pflicht- und Freiwilligkeitsleistungen der anderen Städte konnten nicht – wie erhofft – verglichen werden, da die Zuordnungen sehr unterschiedlich und nicht vergleichbar sind.

5.3.2 Methoden und Kriterien bei der Vergabe von Zuschüssen in anderen Kommunen

In allen angesprochenen Kommunen handelt es sich im Bereich der Zuschüsse/ Freiwilligkeitsleistungen um über viele Jahre gewachsene Strukturen. Die Gemeinderäte entscheiden über die Förderungen, die Verwaltung bereitet die Entscheidungen mittels Sozialplanung und fachlichen Empfehlungen vor. Schwerpunktsetzung insbesondere auf der Grundlage eines regelmäßigen Berichtswesens und von Fachplanungen

Einige Kommunen haben ein regelmäßiges Berichtswesen zur sozialen Lage ihrer Bevölkerung aufgebaut (Heidelberg, Heilbronn, Esslingen). Kleinräumige Daten, die in der Regel alle zwei bis vier Jahre fortgeschrieben werden, machen aktuelle Entwicklungen sichtbar. Zum Teil werden diese Sozialdaten auch durch die Darstellung der Angebotslandschaft ergänzt. Sie sind wichtige Grundlage für die Festlegung von Prioritäten im sozialen Bereich sowie die Entwicklung von Zielen und Maßnahmen.

Aus Fachplanungen für Einzelthemen (z.B. Familienbericht, Altenhilfeplanung) werden Schwerpunkte für die Förderung abgeleitet.

Impulssetzung über eine Bürgerstiftung

Über die Bürgerstiftung Esslinger Sozialwerk hat die dortige Verwaltung die Möglichkeit, sozialpolitische Impulse zu setzen, indem jährliche Förderschwerpunkte bestimmt werden und Träger oder Einrichtungen neue Angebote initiieren können.

Bürgerstiftungen ermöglichen aber auch Förderungen in einem breiten Spektrum von Kultur über Soziales und Bildung bis zu Natur und Umweltschutz. Und es können gezielt Projekte, die von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe getragen sind, wert geschätzt und in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Die vertragliche Förderung ist im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen eine Ausnahme

In den meisten Kommunen wird die vertragliche Förderung nur im Bereich der Pflichtleistungen angewendet. Die freiwilligen Zuschüsse werden im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder neu beschlossen. Dort, wo es einen Doppelhaushalt gibt, haben die Träger Planungssicherheit für zwei Jahre. In Konstanz werden für Angebote, an denen die Kommune ein großes Interesse hat, Grundsatzbeschlüsse gefasst. Dies betrifft insbesondere gesamtstädtische Einrichtungen wie das Seniorenkulturzentrum, das Kinderkulturzentrum oder das Jugendzentrum. Darüber hinaus gibt es Überlegungen, mit Trägern, die unverzichtbare Aufgaben für die Stadt übernehmen, Rahmenvereinbarungen zu schließen. Damit soll der Zuschuss über einen längeren Zeitraum gesichert und ein Mindestbetrag festgeschrieben werden.

Sozialplanung als wichtige Grundlage strukturell verankert

Mit einem regelmäßigen und kleinräumigen Berichtswesen werden gute Erfahrungen gemacht. Es wird als wichtige Grundlage bewertet, um Prioritäten zu setzen und mögliche Handlungsschwerpunkte frühzeitig zu identifizieren. Wichtig ist die Bündelung von Informationen aus verschiedenen Bereichen wie Statistik, Stadtentwicklung, Wohnen, Wirtschaft und Infrastruktur. In Heidelberg wird der Bericht zur sozialen Lage bspw. vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik erarbeitet.

Esslingen und Ulm haben eine Stabsstelle für Sozialplanung geschaffen, um Einzelfachplanungen zu begleiten und zu bündeln, aktuelle soziale und gesellschaftliche Entwicklungen und deren Auswirkungen zu analysieren, stadtteilbezogene Konzeptionen und neue integrierte Planungsansätze (z.B. zielgruppenübergreifende Sozi-

alraumorientierung, Ressourcenmanagement, Quartierssozialarbeit) zu entwickeln. Eine solche Stelle übernimmt eine wichtige Querschnittsfunktion gerade zwischen den Bereichen Soziales und Stadtentwicklung/-planung.

Fazit: Die Stadt Tübingen bildet bei den Methoden der Förderung insofern eine Ausnahme und ist Vorreiter, als sie mit sehr vielen Trägern im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen bereits Verträge abgeschlossen hat. Für die Aufgaben der Sozialplanung und Sozialberichterstattung sowie der Entwicklung ressortübergreifender Ansätze oder Lösungen gibt es bislang bei der Stadt Tübingen keine Strukturen.

5.4 Empfehlungen für die Förderbereiche sozialer Angebote in Tübingen

Kriterien bei Förderung und Zielvereinbarungen für die Bewertung und Weiterentwicklung sozialer Angebote

Die Kriterien zur Bewertung und Weiterentwicklung der sozialen Angebote sind ergänzend zur Bewertung des Bedarfs sowie der konzeptionellen und methodischen Qualität der Angebote zu verstehen. Sie werden bei den Zielvereinbarungen differenziert für die jeweiligen Angebote interpretiert.

Vorgeschlagene Kriterien sind:

- ► Ehrenamt und Selbsthilfe (hier die Mitwirkung von Menschen aus der Zielgruppe) werden einbezogen.
- ► Fachberatungsstellen arbeiten auch sozialraumorientiert (informieren, Kontakte herstellen, Beratungssprechstunden, themenbezogene Gruppenangebote auch in den Stadtteilen).
- ► Drittmittel werden eingeworben und Eigenmittel eingebracht.
- Stadtteiltreffs sind inklusive Orte und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen.
- ▶ Das Verhältnis von übergreifenden Aufgaben (zum Beispiel Fortbildung, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, politische Arbeit) und direkter Hilfe für die Menschen (Beratung, Gruppenangebote, offene Angebote, Information für die Zielgruppen, schematisch: mindestens die Hälfte der Arbeitszeit) ist vertretbar.
- ► Kleinberatungsstellen und Zielgruppentreffs bilden auch räumlich einen Verbund mit anderen Angeboten.
- ► Die Angebote sind durch barrierefreie Räume, leichte Sprache, inklusive und interkulturelle Arbeitsansätze, Geschlechtersensibilität zugänglich.

Abläufe und Strukturen bei der Förderung freiwilliger Leistungen

Zur Verbesserung der Abläufe und Strukturen schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- ► Bei verschiedenen Anbietern: Ausschreibung von neuen Angeboten
- ► Entwicklung eines Antragsformulars, einschließlich der Angaben zu Inhalten, Bedarf, Methoden und Kriterien
- Uberarbeitung des Evaluationsbogens

- ► Umsetzung der Zielvereinbarungsgespräche für Qualitätssicherung, Evaluation, Weiterentwicklung, Steuerung und Vermeidung von Doppelstrukturen
- ► Mehr Abstimmung und Transparenz zwischen dem Fachbereich 5 und der Stabsstelle Gleichstellung und Integration
- ► Zuständigkeit für Berichterstattung und Evaluation beim Hauptförderbereich, koordiniert zwischen den Fachbereichen und Dienststellen
- mehr Arbeitsteilung und Schwerpunktsetzung zwischen Stadt und Landkreis bei der Förderung freiwilliger Leistungen
- durch die Stadt Tübingen: Gezielt ergänzende Förderung für sozialraumbezogene Leistungen